



Eckhard Fahlbusch

Homo progressivus – Der energische Widerstand

*Oder: Wie wir uns vom willkürlichen System
und schlechten Stil Donald Trumps
und von den Autokraten und
Rechtspopulisten befreien können*

Eckhard Fahlbusch Verlag

Eine Streitschrift
gegen den US-Präsidenten Donald Trump,
seinen Machtapparat und seine Politik sowie gegen
die Autokraten und Rechtspopulisten der Welt

Eckhard Fahlbusch

***Homo progressivus* – Der energische Widerstand**

Oder: / Wie wir uns vom willkürlichen System und schlechten Stil Donald Trumps und von den Autokraten und Rechtspopulisten befreien können/

Eckhard Fahlbusch Verlag

Impressum Titelabbildungen: titoOnz (www.shutterstock.com), Bild 269301620

[https://www.shutterstock.com/de/image-photo/space-travel-very-high-definition-picture-](https://www.shutterstock.com/de/image-photo/space-travel-very-high-definition-picture-269301620)

269301620 © 2017 Eckhard Fahlbusch,

Made in EU

Eckhard Fahlbusch Verlag

Tel.: + 49 (0) 67 27 / 897 19 77

ISBN 978-3-96134-042-2

Abraham Lincoln sagte:

„‘Alles geht vorüber‘.

Wie unterschiedlich ist doch die Bedeutung dieses Satzes!

*In einer glücklichen Stunde wirkt er ernüchternd,
angesichts von Kummer und Schmerz hingegen tröstlich.*

„Alles geht vorüber“.

Inhaltsverzeichnis

• Eine verlorene Wahl und ein ergaunerter Sieg	9
• Amerikanische Künstler sagen ihre Meinung und sind gefordert	11
• Donald Trump – Der Supergau	15
• Stephen Bannon – Der Strippenzieher	16
• Donald Trump und sein Gruselkabinett	17
• Zurück auf Los: Ein Appell an die Vernunft und den Anstand!	21
• Ist Amerika so arm dran, dass es von einem Psychopathen gerettet werden muss?	22
• Die Klimakumpel: Das tolle Team Trumputin	25
• Mit Atomkraft und Treibhausgas dem Weltuntergang entgegen	26
• Donald trumpelt auf der Verfassung herum	27
• Jemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen – mit Bumerangeffekt	29
• Auf die Gesundheit der Amerikaner: Mit Hustensaft zur Krebsbekämpfung	31
• Wirtschaftspolitik à la Trump: Sollten Unternehmer sich gängeln lassen oder lieber etwas unternehmen?	32
• So überflüssig wie ein Kropf: Handels- und Wirtschaftskriege	33
• Die Zukunft der USA: Spaltung und Schulden	34
• Auf dem besten Weg in die nächste Finanzkrise	35
• Donald Trump als Vorbild für Populisten und Paschas	38
• Donald Trump als Chance für ein einigereres Europa	44
• Trampel-Trump – Der einsame Rüpel	47
• Medienfreiheit und westliche Werte – ein Auslaufmodell?	52
• Lieber eine schlagkräftige Schutztruppe als vernichtende Alleingänge!	54
• Der Großmeister der „Deals“ im Minenfeld der Diplomatie	59
• Der nukleare Winter vor der Tür	61
• Das Schreckgespenst eines dritten Weltkriegs	63
• Zurück in die Flasche mit dem bösen Geist	66
• Die Rettung vor Trump: Eine Amtsenthebung	70

Gastbeiträge von Christian Matz, Mitglied der Chefredaktion der Allgemeinen Zeitung Mainz und der Wormser Zeitung	50 und 57
Gastbeitrag von Alexander Sarovicund Johannes Hano, der als Leiter des ZDF-Studios in New York arbeitet	68
Gastbeitrag von Professor Hans Küng, Theologe und Kirchenkritiker sowie Gründer und erster Präsident der <i>Stiftung Weltethos</i>	72
Gastbeitrag von Udo van Kampen, der von 1995 - 2015 als ZDF-Korrespondent aus New York und Brüssel berichtete	74
Gastbeitrag von Dr. Heribert Prantl, der als Mitglied der Chefredaktion das Ressort für Innenpolitik bei der Süddeutschen Zeitung leitet	76
Gastbeitrag von Andreas Petzold, Herausgeber des <i>stern</i>	78
Gastbeitrag von Evelyn Seibert, Korrespondentin Chefredaktion Hörfunk / SWR ARD-Hauptstadtstudio	81
Gastbeitrag von Jean-Luc Hees, der von 2009 bis 2015 Intendant von Radio France war und Dr. Willi Stolz, der seit 2009 Intendant von Deutschlandradio ist	84
Gastbeitrag von Professor Friedhelm Hufen, Johannes Gutenberg Universität Mainz und Professor Jean-Philippe Derosier, Universität für Gesundheit und Recht Lille	88
Gastbeitrag von Andreas Ross, der als Redakteur der <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i> in Washington, D.C. am Puls des Geschehens sitzt	92
Gastbeitrag von Lars Hennemann, Chefredakteur Echo Zeitungen in Darmstadt	100

Gastbeitrag von Marc Pitzke, der als Redakteur von <i>SPIEGEL ONLINE</i> in New York am Puls des Geschehens sitzt	102
Gastbeitrag von Thomas Gutschker, Redakteur für außen- und sicherheitspolitische Themen bei der <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i>	106
Über den Autor	111
Anmerkungen des Autors	112
Werke vom selben Autor	113

Eine verlorene Wahl und ein ergaunerter Sieg

Hillary Diane Rodham sagte am 31. Mai 1969:

„Ich muss reagieren, wie es unsere Generation seit einiger Zeit tut. Noch haben wir keine Machtpositionen inne. Aber wir haben die Aufgabe, Kritik zu üben, wir sind zum konstruktiven Protest verpflichtet. (...) Schon zu lange betrachten unsere Führer Politik als die Kunst des Möglichen. Die Herausforderung ist jedoch, Politik als die Kunst zu sehen, das Unmögliche möglich zu machen.“



Die Festrede, die Hillary Diane Rodham am 31. Mai 1969 beim Abschlussfest am Wellesley College hielt, handelte von Integrität, Respekt und dem Vertrauen der Menschen untereinander. Hillary Clinton stand im Jahr 2016 vor ihrer größten politischen Herausforderung. Um Donald Trump im Rennen um die US-Präsidentschaft im Jahr 2016 zu besiegen, hätte sie die von uns so ersehnte **Metamorphose von *Homo sapiens*** selbst durchlaufen müssen. Was sie vor 47 Jahren auf der Bühne des Wellesley College in sich trug - das Bedürfnis, die Gesellschaft zu verändern, die Beziehung zwischen den Menschen zu verbessern und die Institutionen zu hinterfragen, das hätte sie im Wahlkampf in sich tragen und nach außen verkörpern müssen. Hillary Clinton hat die Wahl auch deswegen verloren, weil sie die Anti-Establishment-Bewegung unterschätzt hat. Um dem Establishment in Washington eins auszuwischen, wollten viele Wähler zeigen, dass die Macht vom Volk ausgeht – sogar die Macht, kompletten Mist zu bauen. Ein Grund, der Trump zum Sieg verholfen hat. Die Wahl wurde vor allem in den Staaten abseits der Ost- und der Westküste von frustrierten Bürgern in eher ländlichen Gebieten entschieden. Dort wo die USA rassistischer, gewaltbereiter und fortschrittsfeindlicher sind - so, wie der neue Präsident und seine Gefolgschaft.

Wie konnte es passieren, dass Donald Trump der 45. Präsident der USA wurde? Die Ursachen im Detail:

- die Wähler Trumps, die die Wahrheit ausgeblendet haben und den tumben Parolen und offensichtlichen Lügen eines gefährlichen Populisten auf den Leim gegangen sind,
- die Schwächen und Fehler Hillary Clintons, die die Wähler nach rechts abdriften ließen. Zudem gab es die allgemeine Tendenz: mehr *gegen* Clinton als *für* Trump,
- das amerikanische Wahlsystem, bei dem nicht die Wählerstimmen, sondern die Stimmen der Wahlmänner zählen. Hillary Clinton gewann fast drei Millionen Stimmen mehr als ihr Konkurrent und verlor trotzdem. Das Wahlsystem hatte schon George W. Bush im Jahr 2000 ins Weiße Haus gehievt und nicht den Demokraten Al Gore, der eine halbe Million Stimmen mehr als der Republikaner erhielt,
- Cyberattacken und *fake news*, mit denen der hinterlistige Machtapparat Donald Trumps das amerikanische Volk auf gefährliche Weise manipulierte, und
- Vladimir Putin als Wahlhelfer von Donald Trump. Die Geheimdienste CIA und NSA sowie das FBI sehen es in dem am 6. Januar 2017 veröffentlichten Bericht als erwiesen an, dass der russische Präsident Vladimir Putin eine „Einflusskampagne“ mit Hackerangriffen angeordnet hat, um Trump zum Wahlsieg zu verhelfen. Dieser skandalträchtige Vorwurf verdichtet sich durch die anfänglich abgestrittenen Kontakte des bereits zurückgetretenen Sicherheitsberaters Michael Flynn und des Justizministers Jeff Sessions zu Moskau - und zwar vor der US-Wahl. Sessions war da noch Wahlkampf helfer von Trump.



Einen Tag nach seiner Vereidigung gingen weltweit Millionen von Menschen gegen Donald Trump auf die Straße. Allein in Washington waren es mindestens 500 000 und damit mehr als bei der Amtseinführung am Tag zuvor. Die Proteste richteten sich unter anderem gegen Frauenfeindlichkeit, Gewalt, Rassismus, Homophobie und religiöse Intoleranz.

Amerikanische Künstler sagen ihre Meinung und sind gefordert

Robert Redford sagte während der George-W.-Bush-Ära, er habe in seinem ganzen Leben noch nie dunklere Zeiten erlebt. Nun ist es noch finsterner geworden für die USA und die Welt. Auch die amerikanischen Künstler sind stärker denn je gefordert, die brüchig werdende Demokratie gegen den Machtapparat Donald Trumps zu verteidigen.



Einige amerikanische Künstler, die zur Erhellung der Gesellschaft beitragen könnten!

Noch viel mehr Künstler müssen jetzt gemeinsam die amerikanische Gesellschaft wachrütteln – auch die frustrierten Bürger im Landesinnern. Nachdem es nun mal passiert ist, bietet sich jetzt für alle Amerikaner die Gelegenheit, die tatsächlichen Ursachen für ihre Zerstrittenheit zu ergründen.

Scarlett Johansson sagte im März 2017:

„Die Mehrheit der Amerikaner, so wie ich auch, hat nicht mit einem solchen Wahlergebnis gerechnet. Das war schon niederschmetternd. Aber jetzt gilt es nach vorne zu schauen. Unser Land hat schon in der Vergangenheit einige dramatische Herausforderungen geschultert. Wir haben jetzt zwar eine Regierung, die kaum politische Erfahrung hat, doch vielleicht bringt sie die unterschiedlichen Strömungen unserer Gesellschaft wieder zusammen. Vielleicht sind wir zu selbstgefällig geworden. Vielleicht ist das eine Chance, dass wir unsere Unterschiede überwinden und uns zusammentun, ob nun aus Frust oder aus Angst. Vielleicht hat die Wahl den positiven Einfluss, dass sie die Nation wieder vereint. Ich sage nicht, dass das vier leichte Jahre werden. Wir werden sicher harte Stürme überstehen müssen und einen harten Winter. Doch wenn wir es schlau anstellen, nutzen wir das als Möglichkeit für eine Wende. Ich glaube daran, dass man in seinem Umfeld die größten Veränderungen bewirken kann. Mich in der Politik zu engagieren, könnte ich mir daher sehr gut vorstellen.“



Bruce Springsteen sagte vor der Wahl:

„Donald Trump ist ein abscheulicher und gefährlicher Narzisst, der das komplette demokratische System niederreißen wird. Er ist sich noch nicht einmal darüber im Klaren, da er völlig unreflektiert handelt und weder Anstand noch Verantwortungsbewusstsein besitzt.

Die Worte, die er in den vergangenen Wochen benutzt hat, sind ein Angriff auf die Demokratie schlechthin. Er wird das größtmögliche Chaos hinterlassen.“

Barbra Streisand sagte vor der Vereidigung:

„Ahnungslos, rücksichtslos, würdelos, hirnlos und herzlos: unser gewählter Präsident. Ich kann keinen rassistischen, fremdenfeindlichen Sexisten respektieren, der uns mit seinem Verhalten alle gefährdet. Es ist unser Recht und unsere Pflicht, unsere Freiheiten zu verteidigen und unseren Mitbürgern zu helfen. Das ist etwas, was uns alle angeht. Schreibt euren Abgeordneten und Senatoren. Spendet an Organisationen, die für Gleichberechtigung, Bürgerrechte, Pressefreiheit, Klimaschutz, Regulierung des Waffenverkaufs und die Gesundheitsversorgung kämpfen. Protestiert. Sagt eure Meinung. Helft anderen.“

Bruce Springsteen sagte nach der Vereidigung:

„Unsere Herzen und Gedanken sind mit den Hunderttausenden von Frauen und Männern, die auf die Straße gegangen sind, um gegen Hass und Spaltung und für Toleranz, Inklusion, reproduktive Rechte, Zivilrechte, Gerechtigkeit für alle Rassen sowie für Umweltschutz, Krankenversicherung und die Rechte von Einwanderern zu demonstrieren. Wir stehen an eurer Seite. Wir sind der neue amerikanische Widerstand.“



Meryl Streep sagte vor der Vereidigung:

„Dieser Instinkt, andere zu demütigen - wenn es von jemandem in der Öffentlichkeit vorgemacht wird, von einem Mächtigen - dann sickert das in jedermanns Alltag ein. Und es gibt anderen Leuten vermeintlich die Erlaubnis, dasselbe zu tun. Respektlosigkeit lädt zu Respektlosigkeit ein. Gewalttätigkeit animiert zu Gewalttätigkeit. Wenn die Mächtigen ihre Position benutzen, um andere zu tyrannisieren, dann verlieren wir alle. Das bringt mich zur Presse: Wir brauchen die Presse, um die Mächtigen zurück auf den Teppich zu bringen!

Das ist es, weshalb unsere Gründerväter die Pressefreiheit in unserer Verfassung verankert haben.“

George Clooney sagte vor der Vereidigung:

"Ich habe nicht für ihn gestimmt, ich unterstütze ihn nicht, und ich glaube nicht, dass er die richtige Wahl ist. Wir müssen jetzt hoffen, dass er nicht alles zerstört."

Meryl Streep sagte nach der Vereidigung:

"Wenn wir diesen unsicheren Moment überleben - wenn Trumps vernichtender Instinkt zurückzuschlagen uns nicht in einen nuklearen Winter führt - werden wir diesem Präsidenten vieles zu verdanken haben. Er hat uns dann alle aufgeweckt und uns gezeigt, wie zerbrechlich die Freiheit tatsächlich ist."



Donald Trump – Der Supergau

Nach der beängstigenden ersten Rede von Donald Trump als US-Präsident und den ersten Monaten im Weißen Haus ist zu befürchten, dass er als unkontrollierbares Trampeltier weiter wüten wird. Die Hoffnung auf eine dem Amt angemessene präsidentielle Wandlung hat sich schnell in Luft aufgelöst. Und die engsten Berater mutieren durch die unerwartete Machtfülle und ihre eigene Hemmungslosigkeit zu Brandbeschleunigern, oder sie disqualifizieren sich durch Unwissenheit, Unfähigkeit und Verlogenheit. Ein eventueller Widerstand einzelner Regierungsmitglieder gegen den völlig abgehobenen Mächtigen-Imperator kann schon im Keim erstickt werden, indem die nicht linientreuen Minister und Behördenchefs einfach ausgewechselt werden. Die in der Verfassung verankerte Gewaltenteilung und die Pressefreiheit sind bereits in die Schusslinie des Weißen Hauses geraten, in dem das Chaos regiert.

Donald Trump führt sich auf wie ein Patriarch. Er betrachtet die USA als sein Unternehmen, in dem er mit seinen Einflüsterern und Hintermännern schaltet und waltet, wie es ihm beliebt. Begriffe wie Logik, Vernunft und Kompromissfähigkeit erscheinen dabei als Fremdwörter. Dieser Mann und die Mehrheit der inzwischen vereidigten bzw. bestätigten Regierungsmitglieder gefährden in existentieller Weise den Charakter der republikanischen Partei und der Demokratie in den USA insgesamt. Diese katastrophalen Auswirkungen würden noch verstärkt, wenn sich die republikanischen Abgeordneten im Kongress und im Senat bei der Verabschiedung von Gesetzen und Verordnungen mehrheitlich auf einen Pakt bzw. Deal mit Trump einlassen.



Stephen Bannon – Der Strippenzieher

Die wildesten Zocker und trickreichsten Falschspieler haben immer einen Joker in der Tasche und ein As im Ärmel. Stephen Bannon ist jedoch weder As noch Joker, sondern eher ein besessener Psychopath, wie ihn der Schauspieler Heath Ledger im Film verkörperte.



Stephen Bannon ist aber leider keine Comic-Figur aus einem Batman-Film, sondern ein radikaler, brandgefährlicher Krieger aus dem realen Leben, der entweder im Schatten agiert oder sein Gift öffentlich verspritzt. Es gefällt ihm, wenn andere ihn als Fürst der Finsternis bezeichnen, der seine satanischen Züge zur Schau stellt.

Stephen Bannon sagt: *„Finsternis ist doch gut! Es nützt uns doch nur, wenn die Gegenseite nicht erkennt, wer wir sind und was wir wollen. Das ist wahre Macht.“* Und der Präsident hört ihm sehr genau zu. *„Nichts in den USA wird bleiben, wie es ist“*, sagt Bannon weiter. Er führt Krieg gegen die Medien. Er greift Abgeordnete, Senatoren und Richter an, die nicht nach seiner Pfeife tanzen. Trump und Bannon bekämpfen im Schulterschluss die Washingtoner Elite und erklären das „Establishment“ zum gemeinsamen Feind. *„Wir werden diesen Sumpf trockenlegen“*, heißt es in der Antrittsrede von Donald Trump.

Stephen Bannon ist ein militanter Rechtsaußen, ein im Geist zerrütteter Umstürzler, der den Staat zerstören und das politische Establishment zu Fall bringen will. Dass ein Präsident eine derart unheimliche Figur zu seinem Chefstrategen macht und ihm sogar einen ständigen Sitz im Nationalen Sicherheitsrat verschaffte, ist erschreckend und Anlass zu tiefster Besorgnis. Nach dem Rücktritt des Sicherheitsberaters Michael Flynn zog Trump seinen Wachhund am 5. April 2017 aus dem Sicherheitsrat ab. Damit kann Bannon sein Unwesen voll auf die US-Innenpolitik konzentrieren. Das Ohr des US-Präsidenten wird er als Chefstrategie behalten.

Donald Trump und sein Gruselkabinett

So sieht die Abrechnung Donald Trumps mit dem politischen Establishment aus. Das Kabinett besteht aus Milliardären, Ex-Generälen, Klimaskeptikern und Homophoben, die wenig Erfahrung in der Politik haben. Bei dieser Besetzung und den Allmachtsphantasien in den Köpfen des Trump-Teams kann später niemand sagen: *Das war nicht vorhersehbar!*

Rex Tillerson, ehemaliger Chef des weltweit größten Energiekonzerns Exxon Mobil, ist der neue Außenminister. Er hat persönliche Kontakte zu Vladimir Putin.

Rick Perry, Energieminister. Der ehemalige Gouverneur von Texas gilt als Unterstützer der Ölindustrie und hält den Klimawandel für ein Märchen.

Scott Pruitt, ehemals Chefankläger von Oklahoma, heute Chef der Umweltschutzbehörde EPA. Er gilt als Förderer fossiler Energieträger und bezweifelt, dass der Mensch für den Klimawandel verantwortlich ist.

Ryan Zinke ist als Innenminister zuständig für die Nationalparks. Er will Umweltauflagen lockern, mehr Ölbohrungen veranlassen und den Kohleabbau fördern.

Jeff Sessions, Justizminister, ist gegen die gleichgeschlechtliche Ehe, gegen ein liberales Abtreibungsgesetz und gegen Freihandelsabkommen. In der Einwanderungspolitik gilt er selbst bei den Republikanern als radikal.

James Mattis, Verteidigungsminister, ist Gegner des Atomdeals mit dem Iran und nahm als General am Krieg gegen den Irak teil. Er trägt den Beinamen „Mad Dog“.

Steven Mnuchin, Finanzminister, arbeitete 17 Jahre für Goldman Sachs. Er kritisiert die nach der Finanzkrise eingeführten Regulierungen für Banken.

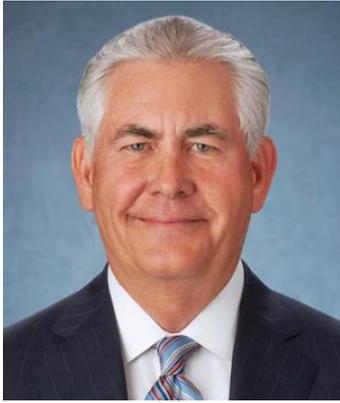
Wilbur Ross, Wirtschaftsminister, investierte in die Kohle- und Ölindustrie. Der Milliardär übernahm strauchelnde Unternehmen, die er mit Gewinn weiterverkaufte.

John Kelly, Ex-General und neuer *Border Protection*-Minister, wird oft als „Grenzschutz-Falke“ beschrieben. Zuletzt hatte er die Aufsicht über Guantánamo.

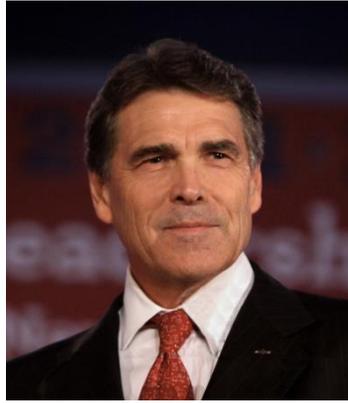
Tom Price, Gesundheitsminister, ist gegen *Obamacare* und lehnt Abtreibungen ab. Die Einführung der Trauung für Homosexuelle war für ihn ein „trauriger Tag für die Ehe“.

Ben Carson, Bauminister, vergleicht Homosexualität mit Kindesmissbrauch und bezeichnet die vor Jahrhunderten in die USA verschleppten Sklaven als „Einwanderer“.

Mike Pompeo, der neue CIA-Direktor, kritisierte die Schließung illegaler CIA-Gefängnisse und macht sich stark für eine Ausweitung der Überwachungspraktiken der US-Regierung.



Außen - Rex Tillerson



Energie - Rick Perry



Umwelt - Scott Pruitt



Innen - Ryan Zinke



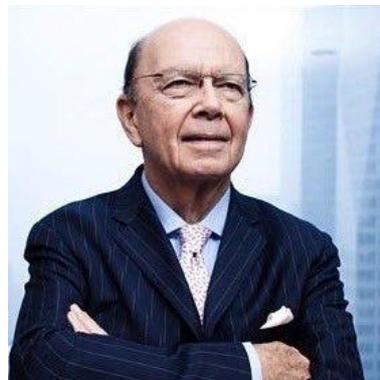
Justiz - Jeff Sessions



Verteidigung - James Mattis



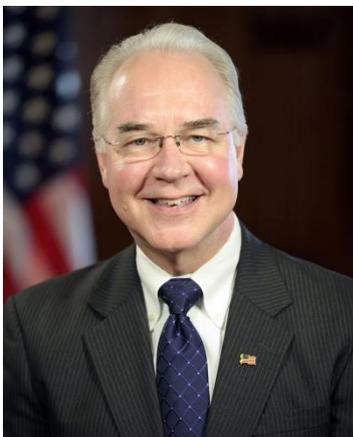
Finanzen - Steven Mnuchin



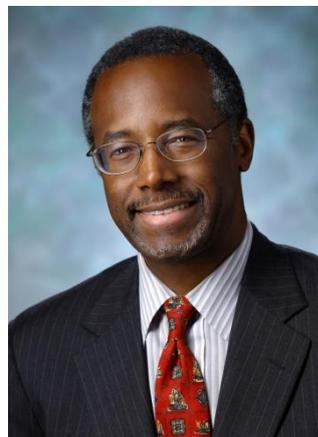
Wirtschaft - Wilbur Ross



Heimatschutz - John Kelly



Gesundheit - Tom Price



Bauwesen - Ben Carson



CIA - Mike Pompeo

Bertolt Brecht schrieb in der „Dreigroschenoper“

*„Denn die einen sind im Dunkeln
und die andern sind im Licht.
Und man siehet die im Lichte
die im Dunkeln sieht man nicht.“*



Das Weiße Haus will künftig sein Logbuch über Besucher geheim halten - das heißt, die Öffentlichkeit wird nicht mehr erfahren, welche Aktivisten, Lobbyisten oder politische Geldgeber direkten Zugang zum Präsidenten oder dessen Mitarbeitern haben. Die Listen würden wegen „gravierender nationaler Sicherheitsrisiken und Sorge um die Privatsphäre der Hunderttausenden jährlichen Besucher“ zurückgehalten, zitierten die *New York Times* und andere Medien am 15. April 2017 den Kommunikationsdirektor des Weißen Hauses, Mike Dubke.

Das ist der nächste Versuch Donald Trumps, eine genauere Prüfung seiner Aktivitäten zu verhindern. Das Vorgehen passt unter anderem zu der anhaltenden Weigerung des US-Präsidenten, seine jüngsten Steuererklärungen zu veröffentlichen. Diese Verdunklungsabsichten sind eine krasse Abkehr von den Praktiken seines Amtsvorgängers Barack Obama. Nach einer Direktive des Präsidenten sollen die Besucherlisten nun frühestens fünf Jahre nach seinem Ausscheiden aus dem Amt zugänglich gemacht werden. Hier wird zum wiederholten Mal dem Prinzip transparenter Politik in einer offenen demokratischen Gesellschaft eine Absage erteilt. Gut, dass eine Gruppe von Bürgerrechtsorganisationen die neue Regierung bereits auf Offenlegung der Listen verklagt hat.

Salil Shetty sagte:

„Die Welt wurde 2016 finsterner und unsicherer. Die Wahl von Donald Trump ist möglicherweise das größte der vielen politischen Erdbeben gewesen. Trump hat bereits im Wahlkampf eine Politik versprochen, die der Wahrung der Menschenrechte in höchstem Maße zuwiderläuft. Trumps vergifteter Wahlkampf war nur ein Beispiel eines weltweiten Trends hin zu einer Politik, die auf Wut und Spaltung setzt. Der möglicherweise bösartigste Angriff auf die Menschenrechte besteht darin, dass Politiker ‘die Anderen’ für soziale Probleme verantwortlich machen. Mit hasserfüllter, spaltender und hetzerischer Rhetorik bedienen sie die finsternen Instinkte der menschlichen Natur. Damit bereiten sie den Weg für Diskriminierung und Hassverbrechen.“



Das System Trump mit seinen totalitären Machtansprüchen, in dem die unbeugsamen Medien als „Volksverräter“ und Feinde des amerikanischen Volkes bezeichnet werden, in dem die bedingungslose Loyalität mehr zählt als Sachkenntnis und politische Weitsicht, das macht uns Angst. Aber nicht so viel Angst, dass wir die Decke über den Kopf ziehen. Gewiss, die Bedrohungen dieses Systems sind groß. Aber nicht so groß, dass wir aufgeben, dass wir aufhören Widerstand zu leisten und unserer Verantwortung gerecht zu werden.

Zurück auf Los: Ein Appell an die Vernunft und den Anstand!

Jeder hat eine zweite Chance verdient. Auch Donald Trump! Aber nur, wenn er zu einer Umkehr bereit ist. Trump darf die zweite Chance jedoch nicht als Vorschuss erhalten, sondern er muss sich diese „verdienen“, indem er seine Politik mit Vernunft und Anstand ändert. Er muss zeigen, dass er im mächtigsten Amt der Welt in angemessenem Stil Verantwortung für alle Menschen auf der Erde übernehmen kann und tragen will. Wenn er sich - dank des Einflusses geeigneter Berater und Parteifreunde - verändern ließe, dann könnte aus einem radikalen Wüterich vielleicht doch noch ein lösungsorientierter und erfolgreicher Weltpolitiker werden!



Trump's Außenminister scheint ihm bei der notwendigen Veränderung schon einen Schritt voraus zu sein. Beim Besuch einer Gedenkstätte für Naziverbrechen in Italien im April 2017 sagte Rex Tillerson: *"Wir verschreiben uns wieder dem Ziel, jeden in der ganzen Welt zur Rechenschaft zu ziehen, der Verbrechen an Unschuldigen verübt"*. So weit so gut. Jetzt sollte Donald Trump nachziehen. Im Ansatz scheint es, dass das Amt und die Kräfte der Geopolitik doch noch einen positiven Einfluss auf ihn haben könnten. Die Entdeckung der Nato als wichtiges Bündnis, ein sich wandelndes Verhältnis zu Russland und Vladimir Putin und eine vernünftige Zusammenarbeit mit China auch in Handelsfragen weisen darauf hin, was möglich sein könnte. Doch bei seiner ersten neuntägigen Auslandsreise, die ihn in den Nahen Osten, in den Vatikan, ins Nato-Hauptquartier und zum G7-Gipfel führte, zeigte er, dass bei ihm Hopfen und Malz verloren sind. Nach dem Ausstieg aus dem Weltklimavertrag grübeln wir, ob er wirklich eine zweite Chance verdient hat. **In den nachstehenden Szenarien wird dargelegt, was schon passiert ist, was noch passieren könnte und was passieren müsste, um das zu verhindern!**

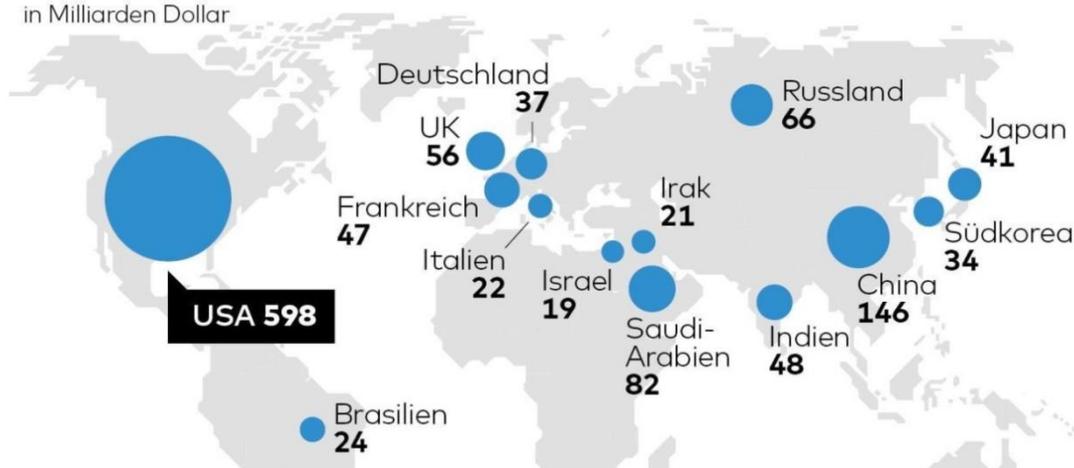
Ist Amerika so arm dran, dass es von einem Psychopathen gerettet werden muss?

Präsident Trump gaukelt seinen Landsleuten vor, die Weltmacht USA läge am Boden und ließe sich nur durch ihn „wieder groß machen“ und dahin bringen, wo sie hingehört: auf Platz eins. Die Fakten sprechen eine andere Sprache, sowohl in wirtschaftlicher als auch in militärischer Hinsicht:

- Das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der USA lag im Jahr 2015 bei rund 18 Billionen US-Dollar. Die EU folgte mit über 17 Billionen Dollar. In China betrug das BIP im Vergleichsjahr gut 11 Billionen Dollar, in Russland lediglich 1,3 Billionen. Die Arbeitslosenquote halbierte sich in den USA während der Amtszeit Barack Obamas von zehn auf fünf Prozent. Die USA sind noch immer die größte Volkswirtschaft der Welt.
- Die börsennotierten Unternehmen der USA haben im Jahr 2017 - gemessen am Wert aller börsennotierten Unternehmen weltweit - einen Anteil von mehr als 50 Prozent.
- Die Militärausgaben der USA lagen im Jahr 2015 bei 598 Milliarden Dollar. Die EU-Mitgliedstaaten folgten zusammengerechnet mit 280 Milliarden Dollar. In China betrug die Militärausgaben im Vergleichsjahr 146 Milliarden und in Russland 66 Milliarden Dollar.

Staatsausgaben für Waffen

in Milliarden Dollar



Die von Trump angestrebte protektionistische Abschottung wird – wenn sie wirklich umgesetzt wird – nicht nur die Wirtschaft der USA in ihren Grundfesten erschüttern, sondern das globale Handelssystem insgesamt gefährden, vor allem durch weitere nationale Alleingänge anderer Länder und die Verhängung von gegenseitigen Strafzöllen.



Außerdem droht weltweit die größte Aufrüstung seit dem Kalten Krieg. Und es wird nicht mehr so einfach sein zu unterscheiden, wo der Freund und wo der Feind steht oder fliegt. Statt immer mehr Geld in die militärische Ausrüstung zu stecken und sich damit gegenseitig aufzuschaukeln und zu bedrohen, sollte die Krisenvorbeugung und die Krisenbewältigung sowie die Entwicklungshilfe in den Vordergrund gerückt werden. Die dafür erforderlichen Mittel sollten als primäre Sicherheits-Investitionen aufgestockt und in die Verteidigungshaushalte eingerechnet werden. Statt die Nato militärisch immer weiter aufzupumpen, sollte Trump lieber sein Engagement und die finanzielle Unterstützung seines Landes bei den Vereinten Nationen erhöhen, damit diese einflussreicher und schlagkräftiger werden.

Doch Trump macht genau das Gegenteil: Er stellt die Mitgliedschaft der USA in den Vereinten Nationen in Frage und sagt am 27. Februar 2017 vor den versammelten Gouverneuren der Bundesstaaten bei einem Festakt im Weißen Haus: „*Wir müssen wieder anfangen, Kriege zu gewinnen!*“ und verspricht eine der größten militärischen Aufrüstungen in der amerikanischen Geschichte. Der neue US-Präsident will den Militärhaushalt im Jahr 2017 um 54 Milliarden US-Dollar erhöhen. Das sind 18 Milliarden Dollar mehr als der Verteidigungsetat in Deutschland im Jahr 2016 insgesamt betrug und 12 Milliarden Dollar weniger als die gesamten Militärausgaben Russlands im Jahr 2015. Es ist die größte Haushaltssteigerung für das Militär in der Geschichte der USA. Die enorme Erhöhung des US-Militärbudgets soll mit Einsparungen in anderen Haushaltsposten finanziert werden: von der

Entwicklungshilfe über den Umweltschutz bis zu Sozialleistungen wie Lebensmittelkarten für Arme. Auch Kürzungen der Arbeitslosenhilfe und der Mietzuschüsse für arme Familien sowie die Abschaffung der Krankenversicherung *Obamacare* sind im Gespräch. Trumps Credo lautet: „*Der Staat muss den Gürtel enger schnallen.*“ Donald Trump will uns in eine Welt entführen, in der die individuelle Stärke des Einzelnen über dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und der sozialen Verantwortung des Staates steht. In der die Stärkung des Militärs und die Ausdehnung militärischer Gewalt wichtiger sind als die Umsetzung essentieller Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen. Das mag die Welt von Donald Trump sein. Wir sollten sie uns nicht zu eigen machen.



Bei dieser Politik muss mit starkem Gegenwind gerechnet werden!

Von dem präsidial anmutenden Auftritt, den Donald Trump bei seiner ersten Rede vor dem US-Kongress am 28. Februar 2017 phasenweise hinlegte, dürfen wir uns nicht einlullen lassen. Schließlich handelte es sich um eine vom Ghostwriter formulierte Ansprache, die geschickt auf das Publikum im hohen Haus zugeschnitten war, und die vom Teleprompter abgelesen wurde. Um das amerikanische Volk und die Kongressmitglieder nicht vollends zu brüskieren, hatte Trump an diesem Abend keine andere Wahl als die üblichen Drohgebärden und Schmähungen an der Garderobe abzugeben. Im Ton gelang es ihm weitgehend ohne Keifen, den staatsmännischen Schein zu wahren. In der Sache blieb er knallhart und ließ keinen Zweifel daran, dass er sein Programm durchziehen wird, koste es, was es wolle. Nancy Pelosi, die Chefin der Demokraten im Abgeordnetenhaus, brachte den Auftritt Trumps wie folgt auf den Punkt: *"Die Rede des Präsidenten war völlig losgelöst von der grausamen Realität seines Verhaltens."* Donald Trump und seine Strategen bleiben ein Stresstest für die Einhaltung von völkerrechtlichen Abkommen und Rüstungskontrollverträgen, für das US-System der „checks and balances“ und die demokratische DNA, die hoffentlich tief genug in der amerikanischen Gesellschaft verwurzelt ist.

Die Klimakumpel: Das tolle Team Trumputin

Das Klimaschutzabkommen von Paris hatte die US-Regierung unter Barack Obama Anfang September 2016 gemeinsam mit China ratifiziert. US-Präsident Donald Trump ist Anfang Juni 2017 mit einem Paukenschlag ausgestiegen. Die nationalistischen Hardliner um Steven Bannon und Scott Pruitt setzten sich durch gegen die Vernunft-Fraktion um Rex Tillerson. Statt dem Klimawandel entgegenzusteuern, sollen wieder mehr Kohle gefördert und neue Ölfelder erschlossen werden. Donald Trump hat zudem angekündigt, die Ölproduktion in den USA durch „Fracking“ zu subventionieren und dadurch wiederzubeleben.

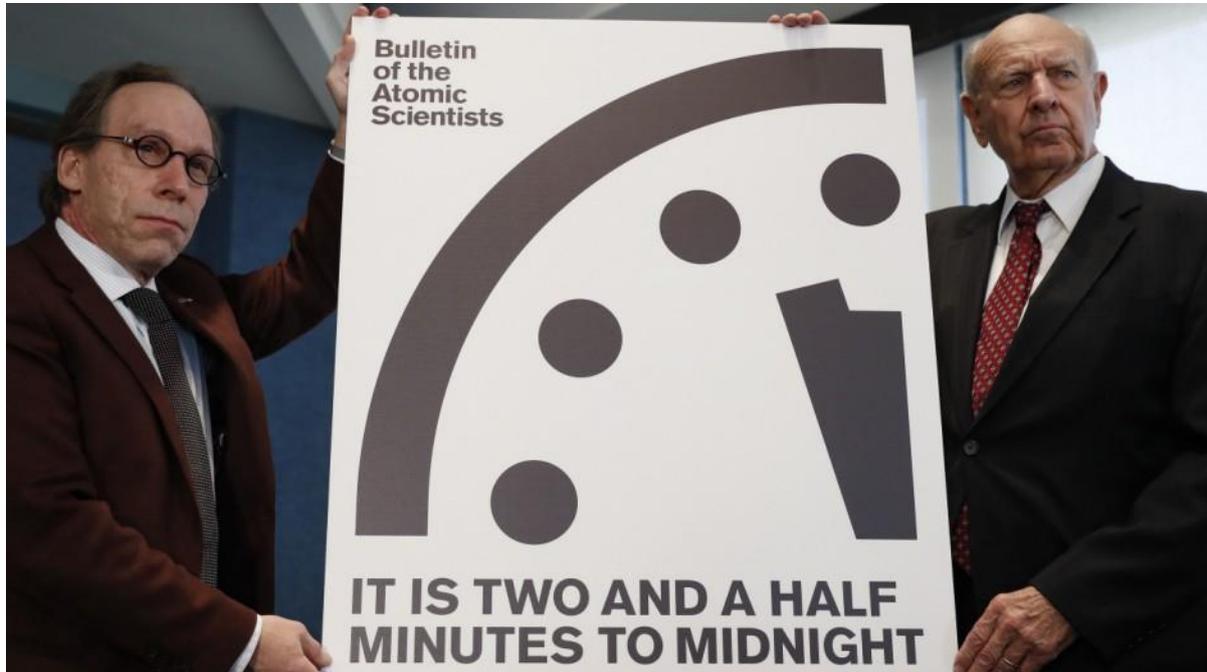
Nach Auffassung von Trump ist der vom Menschen verursachte Klimawandel eine Erfindung der Chinesen. Sein Dekret vom 28. März 2017 spricht Bände. Mit diesem Dekret und seinem Ausstieg aus dem Weltklimavertrag betreibt Trump einmal mehr Schaufensterpolitik und zeigt, wie sehr er – an den Kohlerevieren klebend – in der Vergangenheit verhaftet ist. Während man an den Küsten schon lange weiß, wie wichtig erneuerbare Energien sind, hängt man dazwischen an den alten Zöpfen, die den Klimaschutz torpedieren. Es bleibt zu hoffen, dass auch dieses Dekret auf dem Klageweg kassiert und außer Kraft gesetzt wird. Und dass der fossile US-Präsident die Akteure für den Klimaschutz und die, die es werden wollen, noch stärker und schneller zusammenführt – in Konkurrenz zu den Kohle-, Öl- und Gasbaronen. Die Entwicklung und der Einsatz erneuerbarer Energien müssen weltweit schneller vorangetrieben werden. Sonst lacht sich Vladimir Putin ins Fäustchen, da der rohstoffreiche Permafrostboden in Sibirien schneller auftauen würde und die Bodenschätze darunter somit gehoben werden könnten. Dass die Zukunft von *Homo sapiens* durch die Freisetzung von Abermilliarden Kubikmetern Methan weiter zusammenschmilzt, interessiert ihn erst in zweiter Linie. Denn in erster Linie ist Putin Russe. Auch für ihn gilt: „**Russia First**“.



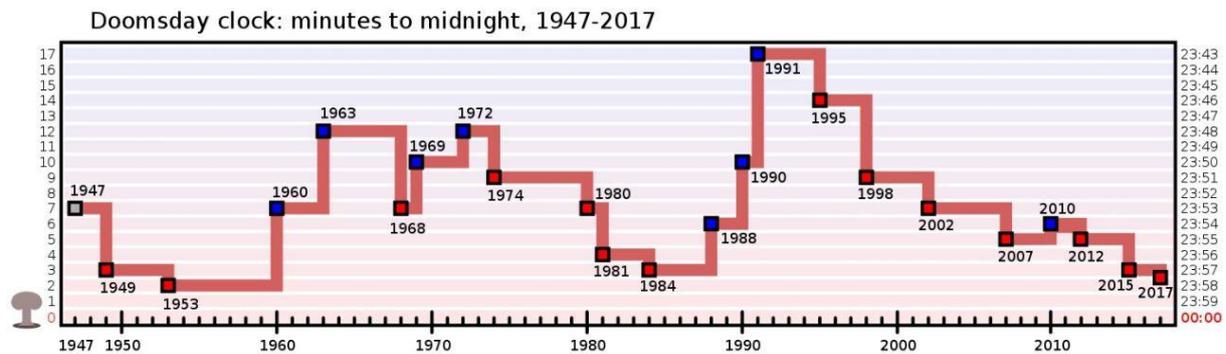
Sibirien taut auf, und die Welt säuft ab!

Mit Atomkraft und Treibhausgas dem Weltuntergang entgegen

Seit 1947 präsentieren die Forscher in der Zeitschrift *Bulletin of the Atomic Scientists* eine symbolische "Weltuntergangsuhr", die so genannte *Doomsday Clock*. Die weltweit anerkannten Wissenschaftler, die diese Uhr vor- und zurückstellen, sehen die Welt so nahe am Abgrund wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Seit dem 26. Januar 2017 ist es zweieinhalb Minuten vor zwölf. Mit der Weltuntergangsuhr soll veranschaulicht werden, wie nahe die Menschheit der Zerstörung der Erde gekommen ist. Gründe für das Vorstellen der Uhr sind unter anderem der „Anstieg eines schrillen Nationalismus weltweit, eine verschlechterte weltweite Sicherheitslandschaft und die zunehmende Missachtung wissenschaftlicher Erkenntnisse“. Besonderes Gewicht wurde der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten beigemessen. Trump habe im Wahlkampf und bei der Amtseinführung Besorgnis erregende Bemerkungen über den Einsatz und die Weiterverbreitung von Atomwaffen gemacht und wissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimawandel infrage gestellt.



In ihrer siebzigjährigen Geschichte standen die Uhrzeiger nur einmal näher am Weltuntergang: 1953 war es zwei Minuten vor zwölf. Die Sowjetunion hatte damals die erste Wasserstoffbombe zur Explosion gebracht und damit den Rüstungswettlauf des Kalten Krieges ausgelöst.



Donald Trump hat mit zumindest sittenwidrigen Wahlkampfmethoden gesiegt, und am 20. Januar 2017 die Macht übernommen. Was er seit dem alles angestellt hat, hält uns weiter auf Trab und stürzt uns von einer Ohnmacht in die nächste. Mit atomarem Schub und einer energetischen Rolle rückwärts bringt uns Trump dem Rande des Abgrunds immer näher. Wo werden die Uhrzeiger stehen, wenn Trump seine atomaren Pläne umsetzt und die Russen und Chinesen nachziehen?

Donald Trump heizt den Klimawandel an und beschleunigt das atomare Wettrüsten. Er ignoriert Wissenschaftler und setzt sich über ihre Argumente hinweg. Durch seinen Ausstieg torpediert er den Weltklimavertrag ohne Rücksicht auf Verluste, die dann der gesamte Erdball ausbaden muss. Mit „America First“ und nach mir die Sintflut legt Trump die Axt an – und bedroht damit unser aller Zukunft und den Fortbestand der Menschheit.

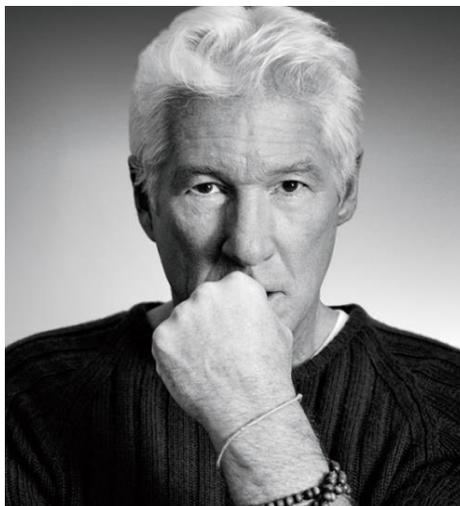
Donald trumpelt auf der Verfassung herum

Ob sich die gesamte Justiz in den USA strikt an die Verfassung hält, wird z.B. der Umgang mit dem von Trump erlassenen Einreiseverbot für Menschen aus sieben muslimisch geprägten Ländern (Irak, Iran, Libyen, Somalia, Sudan, Syrien und Jemen) zeigen, das er eine Woche nach seinem offiziellen Amtsantritt publikumswirksam im *Oval Office* präsentierte. Nachdem mehrere Bundesrichter und ein Berufungsgericht das Dekret Anfang Februar 2017 als nicht

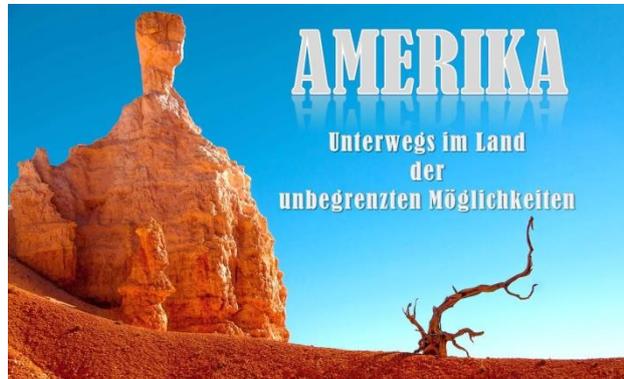
verfassungskonform außer Kraft setzten, hatte Trump am 6. März 2017 ein neues, „entschärftes“ Einreiseverbot erlassen, das den Irak ausnimmt und erst nach 10 Tagen in Kraft treten sollte (Vorwarnzeit). Auch der 2. Versuch scheiterte wenige Stunden vor dem für den 16. März 2017 vorgesehenen Inkrafttreten am Veto des US-Bundesrichters Derrick Watson aus Hawaii. Der Rechtsstreit landet nun voraussichtlich beim höchsten US-Gericht (*Supreme Court*). Nach dem der US-Senat den von Trump für den Obersten Gerichtshof nominierten konservativen Bundesrichter Neil Gorsuch am 7. April 2017 bestätigte, wird der Supreme Court mehrheitlich von republikanischen Richtern dominiert. Am 8. Februar 2017 hat der Senat den erzkonservativen Hardliner und Einwanderungsgegner Jeff Sessions als Justizminister bestätigt. Und der schließt sich nur zu gerne dem diskriminierenden Pauschalurteil seines Chefs an: „*Mit Flüchtlingen aus arabischen Ländern holt man sich potentielle Terroristen ins Land.*“

Richard Gere sagte:

"Das Schlimmste, was Trump gemacht hat, war, dass er zwei Wörter zu einem verschmolzen hat – Flüchtling und Terrorist. Es bedeutet für viele inzwischen das Gleiche. Früher sind Flüchtlinge in den USA Menschen gewesen, denen man helfen wollte. Heute haben viele Leute Angst vor ihnen. Das ist das größte Verbrechen, diese beiden Begriffe zu einem zu machen. Die Zahl der aus Hass begangenen Gewalttaten in den USA ist enorm gestiegen. Hass erzeugt Angst. Und Angst bringt uns dazu, wirklich schreckliche Dinge zu tun. Es ist an der Zeit, wirklich wahrzunehmen, was Trump und seine konservative Bewegung mit der Welt machen."



Die Justiz hat einen großen Einfluss darauf, ob Amerika seine Möglichkeiten durch fremdenfeindliche, islamfeindliche, protektionistische und unsoziale Tendenzen selbst begrenzt, oder ob es das Land der unbegrenzten Möglichkeiten für alle bleibt.



Jemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen – mit Bumerangeffekt

Donald Trump will an der Grenze zu Mexiko eine 3144 km lange undurchlässige Mauer mit Wachtürmen und Sensorfeldern errichten lassen. Und die Mexikaner sollen absurderweise dafür bezahlen. Das ist so, als hätte die ehemalige DDR den Bau der Berliner Mauer im Jahr 1961 der Bundesrepublik in Rechnung gestellt. „*Niemand hat die Absicht eine Mauer zu bauen*“ sagte Walter Ulbricht 1961 als Staatsoberhaupt der DDR. Manchmal wiederholt sich die Geschichte – diesmal hoffentlich mit umgekehrten Vorzeichen. Gut, dass der Bau der Mauer gegenwärtig auch aus Sicht der Mehrheit der republikanischen Partei nicht zu finanzieren ist, und das Mexiko die geforderte Kostenübernahme ausschließt. Das Haushaltsgesetz - mit einem Umfang von einer Billion Dollar - hat die beiden Kammern des US-Kongresses Ende April 2017 passiert. Es enthält keine Mittel für Trumps Prestigeprojekt. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben, brüllt der Baulöwe.

Bevor der selbstherrliche Leugner des Klimawandels eine nach seinem Willen für Mexikaner unüberwindbare Mauer an der mexikanischen Grenze errichten lässt, empfehlen wir ihm, sich den Film *The Day After Tomorrow* anzuschauen. In diesem Film zeigt sich, wie schnell aus Fiktion Realität werden und wie erbarmungslos die Ironie des Schicksals sein kann. In dem Film überschreiten unter den dramatischen Folgen des Klimawandels leidende US-Bürger illegal die Grenze zu Mexiko, bevor diese von der mexikanischen Regierung wieder geöffnet wird. Lateinamerika, das gelobte Land! Im Film erscheint der Schriftzug

„Amerikanisches Flüchtlingslager in Mexiko" und der Schauspieler Kenneth Welsh hält als US-Präsident eine Fernsehansprache in der Botschaft der USA in Mexiko:

„Die zerstörerische Gewalt der Natur, die wir in den vergangenen Wochen erleben mussten, hat uns alle mit tiefer Demut erfüllt. Viele Jahre haben wir geglaubt, wir könnten uns der natürlichen Ressourcen unseres Planeten uneingeschränkt bedienen, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen. Wir haben uns geirrt, ich habe mich geirrt. Die Tatsache, dass ich hier aus einem Konsulat auf ausländischen Boden zu ihnen spreche, ist Zeugnis unserer veränderten Realität. Nicht nur wir Amerikaner, sondern auch viele andere Menschen überall auf der Erde, sind nun Gäste in den Ländern, die wir einst als Dritte Welt bezeichnet haben. Sie nahmen uns in Zeiten der Not bei sich auf und gewährten uns Schutz. Und ich empfinde tiefe Dankbarkeit für ihre Gastfreundschaft.“



Auf die Gesundheit der Amerikaner: Mit Hustensaft zur Krebsbekämpfung

Mit 217 zu 213 Stimmen wurde am 4. Mai 2017 ein Gesetzentwurf zur „Reform“ der Krankenversicherung durch das US-Repräsentantenhaus gepeitscht. Obwohl den „nachgebesserten“ Entwurf die wenigsten Abgeordneten gelesen hatten, wurde der „Abstimmungserfolg“ zur Abschaffung von *Obamacare* von den US-Republikanern gefeiert. Zuvor hatte ihr Anführer einigen Abgeordneten zu verstehen gegeben bzw. eingebläut, was dabei herauspringt, wenn eine Mehrheit zustande kommt oder erneut verfehlt wird. So schließt man einen Pakt, macht einen Deal und bleibt im Spiel mit Donald Trump. Eine Reform ist im Regelfall eine Verbesserung – für manche mehr, für andere weniger. Bei der Gesundheitsversorgung à la Trump sieht das etwas anders aus: Gestrichen werden sollen die bisherigen Steuern für Besserverdienende und Unternehmen der Gesundheitsbranche, mit denen zurzeit die Versicherung für Ärmere finanziert wird. Im Gegenzug sollen Geringverdiener Steuergutscheine erhalten, mit denen sie die Beiträge zumindest teilweise begleichen können. Gestrichen werden vor allem diverse Programme des sogenannten Medicaid, mit dem bisher den Ärmsten der Armen und den Behinderten geholfen wurde. Den Versicherungsunternehmen soll es wieder erlaubt werden, von älteren Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen deutlich höhere Beiträge zu verlangen. Bei der „Nachbesserung“ des Entwurfes handelt es sich um einen Acht-Milliarden-Fonds für Bedürftige, der von Experten als minderbemittelt gilt. Es ist zu befürchten, dass in den nächsten zehn Jahren mehr als 20 Millionen Amerikaner ihren Versicherungsschutz verlieren könnten. Durch die entstehenden Versicherungslücken, kann von einem Versicherungssystem kaum noch die Rede sein. Der Fraktionschef der Demokraten, Charles Schumer sagte: *„Das Gesetz gleicht dem Versuch, einem Krebspatienten mit Hustensaft behandeln zu wollen. Es ist eine Schande.“* Bleibt zu hoffen, dass der Entwurf im US-Senat im September 2017 scheitert. Die Mehrheit der Republikaner ist im Senat mit nur zwei Stimmen hauchdünn.



Wirtschaftspolitik à la Trump: Sollten Unternehmer sich gängeln lassen oder lieber etwas unternehmen?

Donald Trump gibt die Marschrichtung vor, und die US-Wirtschaft tanzt nach seiner Pfeife: Abschottung, Abschiebung, Isolation. Viele Unternehmer beugen sich und lassen sich sogar über Twitter zu Befehlsempfängern degradieren. Das früher angestimmte Loblied auf die Globalisierung ist verstummt. Trump sagt den Unternehmen, wo's lang geht: wo sie einkaufen sollen, wo sie Arbeiter anstellen sollen, wo sie investieren und wo sie es bleiben lassen sollen. Seine Wirtschaftspolitik richtet sich eindeutig gegen den freien Markt. Und die Manager arrangieren sich damit, solange sie damit ihre Geschäfte machen können und die Quartalszahlen stimmen. Konzernlenker, die als „Unternehmer“ die langfristige ökonomische Perspektive im Auge haben, sind kaum noch in Sicht. Unter den Konzernmanagern herrscht die opportunistische Grundeinstellung: Mit Konfrontation gegenüber Donald Trump gerät man auf die Verliererstraße - sowohl wirtschaftlich als auch politisch.

Der geistig unambitionierte – um nicht zu sagen minderbemittelte – und ordinäre Trump hat in seinem Leben noch nie Geschäfte gemacht, die eine mobile Ausrichtung hatten. Trump hat sich bisher nur mit Immobilien befasst. Sein ganzes Wesen strahlt Unbeweglichkeit aus, als leide er an einem Immobilitätssyndrom. Das sollten sich die Unternehmen und ihre Manager vor Augen halten, besonders in der Automobilindustrie.

Wo sind die Unternehmer, die sozial verantwortlich mit längerfristig gesteckten Zielen agieren? Hoffentlich finden wir sie auch weiterhin im Silicon Valley, dem Tal, in dem die Kreativität zuhause ist, in dem viele gute Ideen entwickelt wurden, die ihren Siegeszug rund um den Globus angetreten haben.



So überflüssig wie ein Kropf: Handels- und Wirtschaftskriege

Donald Trump ist nicht nur darauf aus, neue Grenzen zu ziehen, sondern auch bestehende Grenzen zu überschreiten. Er wird sich, wenn er und seine Hintermänner das für richtig halten, auch nicht an die Spielregeln der Welthandelsorganisation (WTO) halten. Zwei für alle Beteiligten enorm wichtige Aspekte bleiben beim Umgang mit dem sprunghaften Deal-Maker Trump auf der Strecke: Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit. Einen Vorgeschmack zeigt der von Trump per Dekret beschlossene Ausstieg aus dem Transpazifischen Freihandelsabkommen TPP im Januar 2017. Es ist zu erwarten, dass die elf verbliebenen TPP-Länder (Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam) einen geeigneten Ersatz für die USA finden werden. China scharrt bereits mit den Hufen. Damit dürfte auch die beabsichtigte Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der Europäischen Union und den USA vom Tisch sein. Anstelle von TPP und TTIP will Trump Strafzölle für Importe in die USA von bis zu 35 Prozent verhängen. Anstatt sich auf einen wirklich gerechten globalen Freihandel zu einigen, wird es so am Ende nur Verlierer geben, die sich auf dem Schlachtfeld der Weltwirtschaft in sich abschottenden Märkten bekriegen. Wenn Trump so handelt wie er twittert, dann droht uns ein Handels- und Wirtschaftskrieg, der schnell um den ganzen Globus rasen kann. Erinnern wir uns an die Zeiten zwischen den beiden Weltkriegen. In den 1920er und 30er Jahren ließen Handelskriege die Weltwirtschaft abstürzen. Die Folgen scheinen nur noch den Wenigsten bekannt zu sein. In ihrer Not und Verzweiflung ließen sich die Menschen damals in zunehmendem Maße von einem nationalsozialistischen Demagogen verführen. Adolf Hitler und seine Schergen gaben nicht die Parole „Germany First“ aus, sondern „Sieg Heil“. Größenwahn, der damit einhergehende Realitätsverlust, Rassismus und die Rachegelüste eines österreichischen Obergefreiten reichten aus, Deutschland und die Welt in ein Elend ohnegleichen zu stürzen.



Die Zukunft der USA: Spaltung und Schulden

Die Keile, die Trump einschlägt, haben die Spalten und Gräben in der amerikanischen Gesellschaft noch verbreitert und vertieft. Eine Versöhnung zwischen den blinden Gefolgsleuten auf der einen und den wütenden Gegnern auf der anderen Seite scheint in weiter Ferne. Dazu passt, dass die Errungenschaften Barack Obamas erst mal in den Schmutz gezogen werden, um sie danach abzuschaffen.

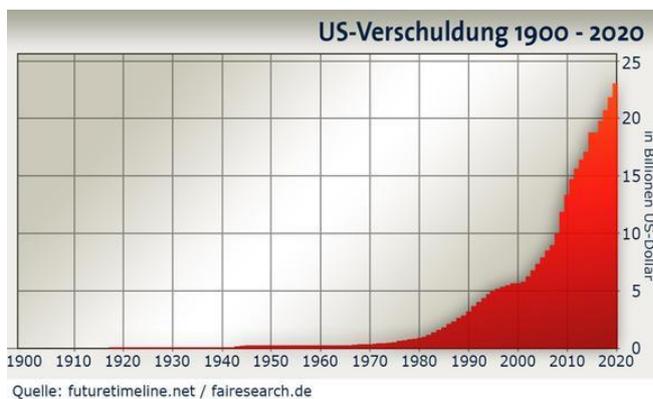


Mit seinen für viele Amerikaner wohlklingenden Botschaften „*America First*“ und „*I will make America great again*“ will er sich besonders bei den Menschen einschmeicheln, die sich als soziale Verlierer fühlen. Er verspricht alles auf einmal: Steuern senken, Jobs schaffen, die Konjunktur ankurbeln und Schulden abbauen. Kam dieser Geistesblitz über Nacht - oder ist das nur ein strategisch gelegtes Strohfeuer?

Die von Trump angekündigten massiven Steuersenkungen für die Wirtschaft und die privaten Steuerzahler ließen die US-Börsenbarometer im Februar 2017 auf neue Rekordhochs klettern. „Trumps Wirtschaftsnationalismus“ könnte kurzfristig funktionieren. Das beabsichtigte Konjunkturpaket würde zunächst einmal für Wachstum und Arbeitsplätze sorgen. Trump könnte so die Abgehängten, die ihn gewählt haben, fürs Erste zufriedenstellen. Trump wird versuchen, die Staatsverschuldung über eine höhere Inflation in den Griff zu kriegen. Steigt die Inflationsrate in den USA an und bleiben die Zinsen niedrig, würde das der US-Regierung helfen, die Schulden zu verringern. Doch dadurch wird das Geld zunehmend weniger wert. Und die Verlierer sind die Bürger, besonders die mit geringem Einkommen. Trumps Plan könnte also anfänglich aufgehen. Langfristig dürfte er den Amerikanern aber schaden - vor allem den Abgehängten, die ihn gewählt haben.

Am Ende wird die Abschottungspolitik inklusive der geplanten Import-Strafzölle den Dollar stärken, die US-Exporte dadurch schwächen, und die durch die Trump-Politik verunsicherten Investoren werden Zuflucht in der noch immer globalen Leitwährung suchen: dem US-Dollar.

Trumps Wirtschaftspolitik wird die Staatsverschuldung weiter hochtreiben, und zwar mit gravierenden Folgen. Durch Trumps Steuersenkungen würden die Schulden innerhalb der nächsten zehn Jahre um 7,2 Billionen Dollar steigen. Hinzu kommt, dass die Babyboomer-Generation in den nächsten Jahren in Rente geht, was die Sozialkassen extrem belasten wird. Die USA haben schon heute einen Schuldenberg von 20 Billionen Dollar und führen die Liste der Länder mit den höchsten Schulden an. Die Staatsverschuldung lag im Jahr 2016 in Relation zum BIP bei über 100 Prozent.



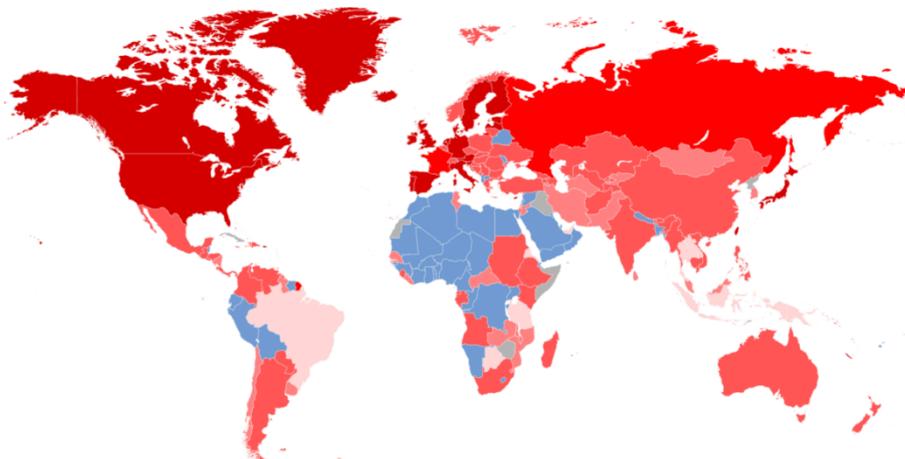
Auf dem besten Weg in die nächste Finanzkrise

Die dramatischen Folgen der letzten Finanzkrise für die Welt-Wirtschaft und die Steuerzahler sind bekannt und noch immer spürbar. Trotzdem will Trump eine Deregulierung des Bankensektors einführen, die den Spekulationen und Manipulationen jenseits der Realwirtschaft wieder Tür und Tor öffnet. Der von Trump genannte Grund, Unternehmen würden bei der derzeitigen Regulierung keine Kredite erhalten, ist vorgeschoben und soll in Wahrheit die Banken von den zu Recht angelegten Fesseln befreien. Der ehemalige Manager von Goldman Sachs, Steven Mnuchin und der ehemalige Investmentbanker an der Wallstreet, Wilbur Ross, die nun als Finanz- und Wirtschaftsminister in der US-Regierung sitzen, lassen grüßen. Und Lloyd Blankfein, der Vorsitzende der Investmentbank Goldman Sachs, zeigt sich mehr als zufrieden. Es ist zu befürchten, dass eine Deregulierungswelle in den USA sich schnell global ausbreiten würde.

Die Pleite von Lehman Brothers in den USA führte an den Weltfinanzmärkten im Jahr 2008 zu einem Verlust von 16 Billionen US-Dollar. Seit 2008 sind die weltweiten Schulden durch die Finanzkrise von 200 Billionen Dollar auf 300 Billionen Dollar gestiegen. Das bedeutet: Ohne eine strenge Kontrolle der Finanzbranche verschwimmen die Grenzen zwischen der realen Welt und einer undurchschaubaren Schattenwelt, in der die skrupellosen Finanzhaie mit wertlosen Derivaten und Schneeballsystemen ihr schmutziges Geschäft betreiben.

Im Februar 2017 – also vor der beabsichtigten Deregulierung – ist der „Wert“ der ausstehenden Derivate-Kontrakte bei Banken weltweit auf über 700 Billionen Dollar gestiegen. Mit 280 Billionen jonglieren allein die US-Banken. Zum Vergleich: Das weltweite BIP betrug im Jahr 2016 insgesamt 74 Billionen Dollar. Derivate sind „Wettscheine“ im Finanz- und Börsenbereich. Es gibt zahlreiche Arten und Unterarten von Derivaten, mit denen unzählige Finanzspekulationen möglich sind. Hier sind gierige Broker am Werk, die wie Heuschrecken den Markt verwüsten. Hier tickt eine Zeitbombe.

Statt in reale Werte zu investieren, wird das Geld in Aktien und Immobilien gepumpt, die das Geld von unten nach oben schaufeln – hin zu den Superreichen. Die kleinen Sparer gucken bei den mickrigen Zinsen in die Röhre. Diejenigen, die keinen eigenen Wohnraum besitzen, leiden unter den erhöhten oder nicht mehr bezahlbaren Mieten. Und wenn die Blasen platzen, stehen wieder die im Regen, die sie am wenigsten verursacht haben. Es ist abzusehen, dass eine Deregulierung unweigerlich in eine neue globale Finanzkrise münden und damit eine noch schlimmere Weltwirtschaftskrise auslösen wird.



Ausmaß der Krise im Zeitraum 2007 – 2008

- Je tiefer das Rot, umso gravierender war die Krise -

Statt einer Deregulierung des Bankensektors benötigen wir ausreichend kapitalisierte und regulierte Kreditinstitute, die die Realwirtschaft bedienen und das spekulative Geschäft der Finanzjongleure ausbremsen. Hierzu gehören:

- die Erhöhung der Eigenkapitalquote auf 10 Prozent, auch um das Vertrauen der Anleger in die Überlebensfähigkeit von Banken zu stärken, die in Notlagen geraten,
- die Einhaltung des Eigenhandel-Verbots mit international abgestimmten strengen Aufsichtsregeln, um Sparer und Steuerzahler vor den Zockergeschäften zu schützen,
- die Einführung einer globalen Finanztransaktionssteuer, um die Finanzmärkte zu stabilisieren und die Globalisierung gerechter zu machen,
- die Inkraftsetzung weltweit einheitlicher Transparenz-Register, in denen die wahren Eigentümer von Briefkastenfirmen aufgelistet werden mit dem Ziel, die Steuerhinterziehung zu geißeln und auszutrocknen,
- der weltweite Einsatz von Staatsanwaltschaften (wie der neuen „Europäischen Staatsanwaltschaft“), die schlagkräftig, koordiniert und mit abschreckender Wirkung gegen Korruption, Geldwäsche und Betrug vorgehen, und
- die Abschaffung der Buch- oder Giralgeld-Schöpfung bei den Privatbanken, bei der das Geld nicht physisch existiert, sondern nur elektronisch.

Viele Banken sind verkommen zu Spielcasinos, in denen gezockt und mit krimineller Energie spekuliert wird. Kein Wunder, dass der größte Teil des Geldes, mit dem die Notenbanken die Märkte fluten, in der Realwirtschaft nicht ankommt. Trotz allem dürfen wir den Mut und die Hoffnung nicht verlieren. Denn die Schockwellen, die Donald Trump mit seiner Politik auslöst, können auch zu einem neuen Wertesystem insgesamt führen, wenn wir gemeinsam Widerstand leisten. In fiskalischer Hinsicht brauchen wir mehr denn je eine Wertschöpfung, die dafür sorgt, dass das Geld Gemeinwohl fördernd eingesetzt wird.



PROJEKT
**BANK FÜR
GEMEINWOHL**

Donald Trump als Vorbild für Populisten und Paschas

Donald Trump, der auch als amtierender US-Präsident keinen Respekt vor der in der US-Verfassung verankerten Gewaltenteilung zeigt, sprengt Wasser auf die Mühlen der Regierenden in Ungarn, Polen und der Türkei sowie der rechtspopulistischen Parteien in Frankreich und Deutschland. Wer hätte einen Cent darauf gewettet, dass Donald Trump US-Präsident wird? Oder wer hätte damit gerechnet, dass die Briten für einen „Brexit“ stimmen? Nichts scheint unmöglich, wie die folgenden Beispiele in der Türkei und in Frankreich zeigen:

In der Türkei wurde am 16. April 2017 über die umstrittene Verfassungsreform zur Einführung eines Präsidentsystems abgestimmt. Das türkische Volk hat nach dem vorliegenden Wahlergebnis mit 51,4 Prozent zugestimmt. Erdogan hat nun mit seinem Traum von einem neuen Osmanischen Reich die uneingeschränkte Macht errungen. Das Osmanische Reich hatte vor den Zeiten Kemal Atatürks eine sehr viel größere Ausdehnung und umfasste im so genannten „Goldenen Zeitalter“ den Balkan sowie große Teile Arabiens. Geht es jetzt „Heim ins Reich“ am Bosphorus? Erdogan hat nach dem gescheiterten Militärputsch im Jahr 2016 selbst einen Putsch ausgeführt: gegen die Pressefreiheit, gegen die Verfassung und gegen die Demokratie in der Türkei. Und wer sich gegen Erdogan stellt, wird als Terrorist verfolgt. Die ständigen Nazi-Vergleiche, die Erdogan gegen die Niederlande, Deutschland und die EU abfeuerte, gipfelten am 21. März 2017 in dem abstrusen Vorwurf: *„Dieses Europa ist das vor dem Zweiten Weltkrieg, ein rassistisches, faschistisches und grausames Europa.“* Am 2. April 2017 legte Erdogan nach und bezeichnete die EU als Kreuzritter-Allianz. Die Wähler hatten es in der Hand, diesem Despoten mit seinen Größenwahn und seinen totalitären Machtansprüchen einen Strich durch die Rechnung zu machen. Es war ein Urnengang im „Ausnahmestand“.



TURKEY REFERENDUM
Sultan
Erdogan





Zwei Motivwagen aus der Mainzer Fastnacht im Februar 2017

Neben dem „Trampeltier“ im Porzellanladen sitzt Schnitter Erdogan auf einem Rasenmäher und mäht Menschenrechte, Demokratie und Pressefreiheit nieder.

Und wie geht es jetzt weiter? Erdogan kündigte unmittelbar nach Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses an: Das Thema Todesstrafe kommt jetzt schnell auf die Tagesordnung! Das werde eine seiner ersten Aufgaben sein. Er fügte hinzu: „Und wenn mir so ein Gesetz vorliegt, bin ich bereit, es zu unterschreiben.“ Die staatliche Nachrichtenagentur *Anadolu* gab bekannt, dass 63 Prozent der in Deutschland für gültig erklärten Stimmen pro Erdogan waren. In Österreich kam das Erdogan-Lager auf mehr als 73 Prozent. Im Wahlkampf standen die Wähler in und außerhalb der Türkei unter Erdogans propagandistischem Dauerbeschuss, der die Gehirne vernebelte und die Argumente der Oppositionsparteien übertönte und erstickte. Was haben die Türken am Ostersonntag angerichtet? Sie haben Recep Tayyip Erdogan vom Straßenkämpfer zum neuen Sultan befördert, der den Islam in seinem neuen Reich immer stärker instrumentalisieren wird. Bis Staat und Religion eine unheilvolle Einheit bilden. Wir stellen uns besser nicht vor, wie z.B. das Bildungssystem danach aussieht, das dank der Säuberungsaktion nach dem gescheiterten Militärputsch im Jahr 2017 kaum noch funktioniert. Die „Hayir“ („Nein“)-Sager hätten sich gewiss einen anderen Ausgang des Putschversuchs gewünscht. Sie leben nun in noch größerer Angst oder hinter Gittern, und die Hoffnung auf eine Mitgliedschaft in der EU stirbt. Das Wort, das in diesem Zusammenhang bald die Runde machen wird lautet **„Türxit“**. Goodbye Europe! Und noch einer schmunzelt: Donald Trump freut sich über den „Brexit“, reibt sich die Hände nach dem „Türxit“ und schiele in Frankreich auf den „Frexit“.



Die Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und der EU liegen praktisch auf Eis, und es bahnt sich ein neues russisch-türkisches Bündnis an. Eine Partnerschaft, die die militärischen Interessen und die wirtschaftlichen Schwächen in beiden Ländern noch stärker offen legen wird. Die Karten werden im globalen Spiel der Kräfte ordentlich durchgemischt.

In Frankreich fand am 23. April 2017 die erste Runde der Präsidentschaftswahl statt. Marine Le Pen blieb im Spiel. Mit 21,3 Prozent wurde sie zweiter Sieger – geschlagen nur von Emmanuel Macron, der 24 Prozent der Stimmen erhielt. Die Entscheidung fiel dann bei der Stichwahl am 7. Mai. Das Rennen schien bereits gelaufen zu sein. Umfragen deuteten vor der Stichwahl auf 63 Prozent für Macron und 37 Prozent für Le Pen. Wo sollten die dreizehn Prozent der Stimmen für Le Pen herkommen, wenn die Verlierer Francois Fillion und Benoît Hamon noch am Abend des ersten Wahlgangs ein klares Votum für Macron ausgesprochen hatten? Vorsicht war trotzdem geboten, denn: Wie würden sich die älteren Wähler des konservativen Lagers entscheiden, die dem jungen Überflieger nicht folgen wollen, hatten wir uns gefragt. Und wie würden die Wähler aus dem sozialistischen Lager reagieren, die noch immer sauer auf Macron sind, weil er aus der Parti Socialiste ausgetreten ist, um seine eigene Bewegung zu gründen? Der Nationallinke Jean-Luc Mélenchon, der mit 19,6 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang zu den Geschlagenen zählte, riet seinen Anhängern, nicht für die Rechtspopulistin Marine Le Pen zu stimmen. Eine Wahlempfehlung für Macron verweigerte er jedoch, da Macron nicht geeignet sei, das Land zu regieren. Das war quasi ein Aufruf zum Wahlboykott. Gefährlich hätte es werden können, wenn diejenigen, die Macrons Wahl bereits als gesichert betrachteten, am 7. Mai 2017 zu Hause geblieben oder beim Picknick eingeschlafen wären. Das galt vor allem für die jungen Franzosen. Wir erinnerten uns an den „Brexit“, der zustande kam, weil die älteren Generationen am 23. Juni 2016 die jüngeren überstimmt hatten. 73 Prozent der 18- bis 24 Jährigen stimmten gegen den

„Brexit“. In der Altersgruppe 25 bis 34 hatten die EU Befürworter eine Mehrheit von 62 Prozent, bei den 35- bis 44-Jährigen waren es noch 52 Prozent. Am deutlichsten lehnten die Über-65-Jährigen die EU ab: 60 Prozent von ihnen stimmten für den „Brexit“. Nach dem Sieg der „Brexit“-Befürworter sorgen sich viele junge Briten um ihre Zukunft: „Wir Jungen müssen ausbaden, was die Alten entschieden haben.“

Dabei sind sie an dem Ergebnis selber schuld – vor allem die 18- bis 24-Jährigen, von denen 64 Prozent nicht gewählt hatten. Bei den Über-65-Jährigen lag die Wahlbeteiligung dagegen bei 83 Prozent. Das zeigte, wie wichtig der Urnengang gerade für die jungen Franzosen am 7. Mai 2017 war, um zu verhindern, dass Marine Le Pen Präsidentin von Frankreich wird, denn Le Pen setzte weiter auf den Trump-Effekt. Ihr Wahlprogramm ähnelte in frappierender Weise der Politik Donald Trumps. Le Pen stellte das so dar: „Ich habe mir nicht Trump als Modell gewählt, er ist es, der umsetzt, was ich seit Jahren fordere.“ Als Präsidentin strebte Le Pen ein Referendum über den Austritt Frankreichs aus der EU – den „Frexit“. Das wäre ganz im Sinne Donald Trumps gewesen, der den „Brexit“ gut findet und mehr davon haben will. Es lag am französischen Wahlvolk, die Demokratie bei der Stichwahl am 7. Mai zu verteidigen. Auch die Freundschaft der ehemaligen Erbfeinde Frankreich und Deutschland stand auf dem Spiel. Diese Freundschaft ist besonders nach dem „Brexit“ mehr denn je der Kitt, der die EU zusammen- und die Hoffnung auf eine gemeinsame Zukunft in Frieden und Freiheit aufrechterhält. Sonst wäre es finster geworden in Frankreich, und die bereits taumelnde EU hätte samt ihrem Friedensnobelpreis von 2012 im Strudel einer rechtsextremen Revolte untergehen können.



Als Gastbeitrag erscheint am Ende dieser Streitschrift ein Briefwechsel, den die Journalistin und Moderatorin Evelyn Seibert mit ihrer Freundin Antoinette Marti im April 2017 führte. Antoinette Marti genießt als ehemalige Grundschullehrerin in Paris ihren Ruhestand. Auf eine hinreißende Art schrieben sich die beiden, was sie durch die deutsch-französische

Freundschaft unter dem Dach der Europäischen Union für das alltägliche Leben gewonnen haben. Wir hofften und wir wünschten uns, dass die Möglichkeit, so zu leben, auch nach dem 7. Mai 2017 in Frankreich, in Deutschland und in Europa auf lange Sicht erhalten bleibt – und zwar ohne Stacheldraht und Grenzmauern, die die Menschen so oft voneinander getrennt haben.

Zum Glück ist es so gekommen: Über 66 Prozent stimmten für Emanuel Macron und weniger als 34 Prozent für Marine Le Pen.



Vive la France, Vive les français, vive l'Europe, vive les européens!!!

Wir hoffen nun besonders für die Franzosen und die Europäer, dass es Emanuel Macron gelingt, die tiefe Spaltung des Landes zu überwinden und die unterschiedlichen Strömungen in der französischen Gesellschaft zusammenzuführen. Dass Macron keiner traditionellen Partei angehört, das muss dabei kein Manko sein, sondern kann viel mehr ein Vorteil werden. Voraussetzung hierfür ist, dass die politischen Kräfte nach den Parlamentswahlen im Juni 2017 zum Wohle Frankreichs zusammenarbeiten und eine starke Regierung unter dem neuen Präsidenten bilden. Ein „weiter so“ darf es nicht geben. Denn Marine Le Pen wartet nur darauf, dass auch der neue Hoffnungsträger – wie seine Vorgänger - im Amt scheitert. Sie wird darauf setzen, dass eine solche negative Entwicklung ihr vor und bei der nächsten Präsidentschaftswahl in die Karten spielt, nachdem Sie das Ergebnis ihres Vaters aus dem Jahr 2002 nahezu verdoppeln konnte. Um Marine Le Pen endgültig kalt zu stellen, muss Emanuel Macron das Links-Rechts-Schema der französischen Politik aufbrechen und ein breites Bündnis in der Mitte bilden. Äußerst wichtig ist, dass Macron bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Juni 2017 eine Mehrheit für seine Reformagenda erreicht. Gelingt ihm das, könnte er eine neue Regierung ohne politische Gegner einsetzen.

Auch der ehemalige Intendant von Radio France, Jean-Luc Hees und der Intendant von Deutschlandradio, Dr. Willi Stolz waren besorgt über die „heimtückische Musik“ und die „Flötentöne des Egoismus“, die den Wahlkampf vergifteten. Nach ihrem bewegenden Briefwechsel am Ende dieser Streitschrift freuen sich die beiden Freunde sicher, wenn aus dem ‘Hätschelkind der Umfragen’ ein erfolgreicher Präsident wird, dem man den Schlüssel zum Hause Frankreich gerne anvertraut.

In Erinnerung an Charles de Gaulle, Georges Pompidou, Valéry Giscard d’Estaing und François Mitterrand und deren Stärken sollte es dem neuen Präsidenten gelingen, den Zusammenhalt und das Verantwortungsbewusstsein der Franzosen zu stärken. Es wäre eine Befreiung aus einer fundamentalen sozialen und ökonomischen Krise. Dann stellt sich auch nicht mehr die Frage, ob sich der starke Nachbar im Westen ökonomisch zurücknehmen sollte, wenn man gegen die eigenen Schwächen im Lande erfolgreich vorgegangen ist. „Made in France“, „Made in Germany“ und „Made in Europe“ das sind die Markenzeichen einer Wertschöpfungskette, die sich im Wettbewerb auch mit den USA und China behaupten könnten.

Es liegt jetzt vor allem an der deutschen Bundeskanzlerin und dem neuen französischen Präsidenten die Aufbruchsstimmung nach den positiven Wahlergebnissen in den Niederlanden, in Österreich (bei der Bundespräsidentenwahl) und in Frankreich zu nutzen, um den extremistischen Populisten in Europa Einhalt zu gebieten. Für Europa wäre es wegweisend, wenn in den nächsten Monaten und Jahren die europäische Einheit im Vordergrund steht und nicht der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU, der nach dem „Brexit“ zu verhandeln und abzuwickeln ist.



Nachdem die Vernunft der Wähler in Frankreich gesiegt hat, und in Deutschland am 24. September 2017 mit Vernunft gewählt worden ist, kann es auch so kommen...

Donald Trump als Chance für ein einigereres Europa

Will man den polternden, Angst schürenden Auftritten Donald Trumps etwas Positives abgewinnen, dann vielleicht die Erkenntnis, dass die Stärkung der Europäischen Union zwingend notwendig ist und forciert werden muss. In ihrem Buch *Europa am Abgrund* schreiben Brendan Simms und Benjamin Zeeb, dass erfolgreiche staatliche Unionen nicht durch schrittweise Konvergenzprozesse unter verhältnismäßig günstigen Umständen entstanden sind, sondern durch Brüche in extremen Krisenzeiten oder durch einen „großen Knall“ (siehe Botschaft 2 in unserer Fibel *Homo progressivus – Der energische Aufstand oder: Wie sich Planet Erde vom ärgsten Virus befreit*). Der neue Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika könnte also unbeabsichtigt zum Geburtshelfer der „Vereinigten Staaten von Europa“ werden, die sich gemeinsam und mit vereinter Kraft zur Wehr setzen. Die Fähigkeit der EU-Mitgliedstaaten, vernünftige Kompromisse zu schließen, ist für den künftigen Zusammenhalt der EU entscheidend. Die bisherige Unfähigkeit – nicht nur bei der kläglich gescheiterten Lösung der Flüchtlingskrise - hat den vielen rechtspopulistischen Bewegungen, die den Zerfall der EU im Visier haben, erst Auftrieb gegeben.



Christian Ponceau sagte als Außenminister Frankreichs zur
Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957:

*„Unsere Einigkeit und unsere Stärke werden denjenigen Achtung einflößen,
die die Absicht haben sollten, den Frieden zu stören. Unsere Uneinigkeit und unsere
Schwäche würden für sie jedoch die gefährlichste Versuchung darstellen.“*



Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande unterzeichneten am 25. März 1957 die Römischen Verträge. Das war die Geburtsstunde der Europäischen Union. 60 Jahre danach steht die EU vor gewaltigen Herausforderungen. Europa spürt den Gegenwind, der wohl gebraucht wird, um über sich und andere hinauszuwachsen. Der „Brexit“ schweißt zusammen, und Donald Trump wirkt wie ein Beschleuniger. In der „Erklärung von Rom“, die die Regierungschefs von 27 EU-Mitgliedstaaten (ohne das Vereinigte Königreich) bei der Geburtstagsfeier am 25. März 2017 abgaben, steht folgender Kernsatz: *„Wir werden gemeinsam – wenn nötig mit unterschiedlicher Gangart und Intensität – handeln, während wir uns in dieselbe Richtung bewegen, so wie wir es schon in der Vergangenheit getan haben.“* Dieser auf einen europäischen Kern abzielende Satz ist richtungsweisend. Denn ein vereintes Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten ist immer noch besser als eine gescheiterte Union, die sich gegen tot geglaubte Rattenfänger und Allmachtsüchtige aller Couleur nicht behaupten konnte.

Die „Vereinigten Staaten von Europa“ müssen nicht aus den 28 Mitgliedstaaten der EU bestehen. Viel wichtiger ist, dass die Staaten vorangehen, die gemeinsame Werte besitzen und gemeinsame Ziele umsetzen – zum Wohle ihrer Bürger in einem friedlichen und wertbeständigen Staatenbund.

Ansonsten droht ein Rückfall in Nationalismus und Kleinstaaterei. Globale Lösungen für eine nachhaltige Weltwirtschaft, für eine globale Bevölkerungskontrolle und gegen den von uns Menschen verursachten Klimawandel würden ausgehöhlt oder gar unmöglich gemacht.

Wir leben in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg zunehmend in demokratischen Verhältnissen, die besonders die Mitgliedstaaten der EU und ihre Bürger bereichert und in freundschaftlicher Weise verbunden haben. Diese Errungenschaften betrachten wir heute als selbstverständlich. Wir müssen uns aber erinnern, dass die Geschichte Europas vornehmlich dunkle Seiten hatte und von kriegerischen Auseinandersetzungen bestimmt war, die zum Teil Jahrzehnte andauerten. Damit nicht genug. Von Europa aus wurden viele Kriege in die Welt hinausgetragen und viele Länder kolonisiert und brutal ausgebeutet. Es ist nun an der Zeit, eine großartige Zukunftsvision wahr werden zu lassen: Die „Vereinigten Staaten von Europa“ (USE) werden zum Motor für die ersehnte globale Friedensordnung.



Trampel-Trump – Der einsame Rüpel

Donald Trumps erste Auslandsreise begann am 20. Mai 2017 im Nahen Osten. Was er dort in Kairo, Jerusalem und Betlehem angestellt hat, steht weiter hinten in dieser Streitschrift unter der Überschrift: **Der Großmeister der „Deals“ im Minenfeld der Diplomatie.**

Am 24. Mai 2017 traf Donald Trump erstmals mit Papst Franziskus im Vatikan zusammen. Die beiden Männer haben in zentralen Punkten (Mauerbau zu Mexiko, Flüchtlingspolitik, Militär, Waffen, Klimaschutz) eine konträre Auffassung. Die beiden Oberhäupter sprachen 30 Minuten miteinander. Am Ende überreichte Franziskus seinem Gegenüber seine zweite Enzyklika „Laudato si“, die sich mit dem Umwelt- und Klimaschutz befasst. „Ich werde sie lesen“, sagte Trump, **und zog die USA aus dem Weltklimavertrag am 1. Juni 2017 zurück!** Die Mine des Papstes spricht Bände. Er hat bestimmt damit gerechnet, dass er sich auf den Leugner des Klimawandels nicht verlassen kann.



Am 25. Mai 2017 traf sich der US-Präsident mit den Regierungschefs der NATO-Länder zur Einweihung des neuen Hauptquartiers des Militärbündnisses. Während eines Rundganges durch das 75-Millionen-Euro-Gebäude zeigt Donald Trump - im wahrsten Sinne des Wortes - Ellenbogen: Beleidigt darüber, dass er nicht an der Spitze stand, rempelte er aus der zweiten Reihe heraus den vor ihm stehenden Regierungschef von Montenegro zur Seite. Dusko Markovic zeigte sich völlig überrumpelt, als Trump ihn rücksichtslos an der Schulter nach hinten zieht, um sich – wie auf einem Schulhof - in den Vordergrund zu stellen.

Zum x-ten Mal eine peinliche Szene Trumps, die von Zuschauern aus der ganzen Welt mit Kopfschütteln und Unverständnis begleitet wird.



Trump rieb sich wiederholt an den anderen 27 NATO-Mitgliedsstaaten, die in seinen Augen mangelnde Finanzbereitschaft bei dem Militärausgaben zeigen. Der Gipfel: Der US-Präsident beschreibt die Deutschen als „böse, sehr böse.“ Grund ist wieder der deutsche Außenhandelsüberschuss und die von Deutschland aus in die USA importierten Autos. So miserabel war ein Nato-Gipfel noch nie."

Am 26. und 27. Mai 2017 trafen sich die G7-Staaten in Taormina, Sizilien. Auch hier wurde deutlich, dass Donald Trump den Einzelkämpfer spielt und sich ins Abseits stellt. Die Positionen, vor allem beim Klimawandel und der Weltklimapolitik, konnten unterschiedlicher nicht sein. Trump gab bekannt, dass er noch keine Entscheidung getroffen hat, ob er den von den USA unter Barack Obama ratifizierten Weltklimavertrag von Paris aufkündigt oder nicht. In Sachen Klimaschutz und Migration war der G7-Gipfel ein Desaster.

Bye-Bye Klimaschutz, dass ist die Quintessenz, die aus dem Ausstieg der USA aus dem historisch so wichtigen Weltklimavertrag zu ziehen ist. Nichts ist wichtiger als das Wohl des

amerikanischen Volkes, verkündete Trump beim Rückzug vom Pariser Abkommen am 1. Juni 2017. Der Ausstieg der USA aus dem Weltklimavertrag ist ein fatales Signal für den G20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg. Angela Merkel sucht nach dem G7-Gipfel bereits den Schulterchluss mit China. Bei ihrem Treffen mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Li Keqiang am 1. Juni 2016 ging es nicht nur um Klimaschutz, sondern auch um engere Beziehungen zwischen der EU und China insgesamt.



Nach dem G7-Gipfel scheint das Verhältnis zerrüttet

Aus der Sicht des einsamen Rüpels und Einzelkämpfers war seine erste Auslandsreise ein voller Erfolg. Hinter ihm liege eine „wirklich historische Woche“ mit wichtigen Verbündeten der Vereinigten Staaten, sagte Trump bei einer Rede auf dem US-Militärstützpunkt Sigonella, kurz nachdem er den G7-Gipfel in Taormina verlassen hatte. Dort habe er „große Fortschritte“ gemacht, erklärte der Präsident.

Angela Merkel gab besonders im Hinblick auf den gescheiterten G7-Gipfel eine ganze andere Bewertung ab. In aller Deutlichkeit warnte sie Trump vor einem Weg in die Isolation und sagte: *„Wer sich heute nationale Scheuklappen aufsetzt und keinen Blick mehr für die Welt um sich herum hat, verläuft sich (...) letztlich ins Abseits.“* *„Die Zeiten, in denen wir uns auf andere verlassen konnten, die sind ein Stück weit vorbei, das habe ich in den letzten Tagen erlebt.“* *„Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen.“* *„Europa muss ein Akteur sein, der sich auch einmischt international.“*

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel sagte am 29. Mai 2017: *„Die Herausforderungen der Migration werden durch die Abkehr der neuen Regierung der Vereinigten Staaten vom*

westlichen Politikens nur größer. Es gibt drei große Faktoren für Migration: Klimawandel, Kriege und politische wie religiöse Verfolgung. Diese Probleme werden durch den neuen US-amerikanischen Isolationismus nur größer. Mehr noch: Rüstungsexporte vergrößern die Gefahr von Kriegen und das Ignorieren des Klimawandels zerstört die Lebensgrundlagen vieler Völker. (...) Die Trump-Administration will Klima-Abkommen kündigen, in den Krisenregionen aufrüsten und Menschen aus bestimmten Religionskreisen nicht einreisen lassen. Wenn die Europäer heute dem nicht entschlossen entgegengetreten, dann werden sich die Migrationsstürme nach Europa noch weiter vergrößern. Wer dieser Politik nicht entgegen tritt, macht sich schuldig. (...) Wer also dem Klimawandel durch weniger Umweltschutz beschleunigt, wer mehr Waffen in Krisengebiete verkauft und wer religiöse Konflikte nicht politisch lösen möchte, der bringt den Frieden in Europa in Gefahr. Die kurzsichtige Politik der amerikanischen Regierung steht gegen die Interessen der Europäischen Union.“



Und wie bewerten die Medien die neuntägige Reise von US-Präsident Donald Trump? Wir haben dazu Christian Matz, *Allgemeine Zeitung Mainz* und Thomas Gutschker, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* gefragt. Christian Matz beschreibt nachstehend kurz und bündig seine Eindrücke. Und Thomas Gutschker bringt es am Ende dieser Streitschrift auf den Punkt: Auf diesen amerikanischen Präsidenten kann sich Europa nicht verlassen.

Christian Matz sagt zu Trump, G7 und Europa:

„Es reicht jetzt. Die Europäer haben sich lange genug mit der Frage aufgehalten, wie der neue Mann im Weißen Haus überhaupt dort hinein kommen konnte. Es ist höchste Zeit, dass der Westen und vor allem die EU-Länder den Reset-Knopf drücken und ihr Verhältnis untereinander sowie zu den USA neu ordnen. Das haben die zurückliegenden Tage deutlich gezeigt. Kanzlerin Merkel hat völlig Recht: Das Trump-Amerika fällt auf praktisch jedem

Politikfeld und in Handelsfragen als verlässlicher Partner aus. Der erste Trump-Auftritt auf großer internationaler Bühne hat in Inhalt und Form bestätigt, was nach seinen ersten Monaten im Amt zu befürchten war. Er hofiert die Terror-Finanzierer in Saudi-Arabien und brüskiert seine Verbündeten; er schert sich einen Dreck um alles, was nicht den - von ihm definierten - amerikanischen Interessen dient. Er stößt Partner nicht nur verbal vor den Kopf, er weist sie tatsächlich auch körperlich in die Schranken. Er scheint überdies nicht in der Lage zu sein, die Bedeutung eines Ortes wie Yad Vashem intellektuell erfassen oder den anderen Staatschefs inhaltlich folgen zu können. Und auch das ist ihm völlig egal. Die Bezeichnung "Polit-Rüpel" verharmlost sein ignoranten Tun; sollten nach den Rempelen bei diesem Gipfel beim nächsten tatsächlich die Fäuste fliegen, käme das auch nicht mehr überraschend. Aber: Mit Trump und seinem Politik-‘Stil’ muss die Welt jetzt leben. Was es deshalb überhaupt nicht mehr braucht, sind weitere Ratschläge aus Europa, wie die Amerikaner mit diesem - immerhin gewählten - Präsidenten umzugehen haben. Ein Amtsenthebungsverfahren ist noch weit entfernt, und falls es irgendwann tatsächlich dazu kommen sollte, möchte man sich lieber nicht ausmalen, zu welchen Kurzschlussaktionen ein am Abgrund taumelnder Trump fähig ist. Nein, die Europäer müssen sich auf sich selbst besinnen und vom Krisen-Verwaltungs- in den Politik-Gestaltungsmodus umschalten - und hierzu, dies ist der positive Trump-Effekt, sind die Chancen seit dessen Sieg gestiegen. Denn sein abschreckendes Beispiel mobilisiert die Vernünftigen gegen die Populisten und Europafeinde. Wenn es gelingt, aufbauend auf der Achse Paris-Berlin die Streitigkeiten innerhalb des Bündnisses beizulegen, dann können weder Trump noch Brexit der EU nachhaltig schaden. Insofern mögen die Nato- und G7-Gipfel zwar das Ende der bisherigen Partnerschaft markieren – für Europa jedoch ist dies zugleich ein Neustart.“



Medienfreiheit und westliche Werte – ein Auslaufmodell?

Donald Trump setzt auf totale Kontrolle und Ergebnisorientierung. Er will, dass man ihm huldigt, und verträgt keine Kritik. Am 24. Februar 2017 greift Trump die Medien erneut frontal an. Medien, die kritisch über ihn und seinen Apparat berichten, verbreiten in seinen Augen weiterhin *fake news* und sind somit das, was bei uns als „Lügenpresse“, bezeichnet wird: Verbreiter von falschen Nachrichten, um das Volk zu täuschen und gegen ihn aufzuwiegeln. Die bisher für US-Präsidenten obligatorische Teilnahme am traditionellen Presse-Dinner sagte Trump am 26. Februar 2017 ab. Vorher wurden Berichterstatte der New York Times, von CNN und BBC sowie weiterer kritischer Medien bei einem Briefing im Weißen Haus ausgeschlossen. Dagegen wurden konservative Reporter zugelassen. Darunter waren auch Vertreter des rechtsradikalen Internetportals „Breitbart“, das nach wie vor von Stephen Bannon hinter den Kulissen gesteuert wird.



Stephen Bannon und Kellyanne Conway – die mit den „alternativen Fakten“

Bei einem Blick über den Tellerrand erkennen wir, dass Donald Trump nicht nur die Medienfreiheit in den USA, sondern das ganze Wertesystem der westlichen Welt in Gefahr bringt. Doch diese Gefahr geht nicht nur von ihm aus. In China regiert Xi Jinping mit uneingeschränkter Macht und ebenfalls egoistisch nach dem Grundsatz „**China First**“. Mehr noch: China strebt nach einer neuen internationalen Ordnung, in der das von Vladimir Putin autoritär geführte Russland lediglich als Juniorpartner gesehen wird. Hiervon zeugt auch Chinas neue Seidenstraße „One Belt, One Road“, die Handelsgüter mit dem Zug und dem

Schiff bis nach Europa bringt. Bislang ist das eine Einbahnstraße. In den USA baut Trump gerade das Land um mit dem Ziel, autoritäre staatliche Strukturen zu schaffen, die von seinem Machtapparat gesteuert und vom Mainstream-Journalismus gutgeheißen werden. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung droht dadurch zerschlagen zu werden. Wenn diese finsternen Vorstellungen Realität werden, bestimmen zukünftig die Autokraten nicht nur in China und Russland, sondern auch in den USA das Leben der Menschen. Am Ende wird uns weisgemacht, dass autokratisch geführte Länder die Gesellschaft besser zusammenhalten und erfolgreicher sind als die bisherige liberale Ordnung der westlichen Welt, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist. Es ist kälter geworden – vor allem im Westen.

Es ist zu befürchten, dass die bereits brüchige Einheit in Europa einem solchen totalitären Bollwerk aus China, Russland und den USA nicht standhalten kann und zerbrechen wird. Der Traum von den „Vereinigten Staaten von Europa“ zerplatzt, und das transatlantische Bündnis des Westens wird dann der Vergangenheit angehören. Und die Freiheit der Menschen versinkt in den zerstrittenen Staaten der Welt mit global vernetzten Überwachungsapparaten, gegen die George Orwells „Big Brother“ der reinste Waisenknabe war.

Im Vorwort unserer Fibel *Homo progressivus – Der energische Aufstand oder: Wie sich Planet Erde vom ärgsten Virus befreit* stehen die zehn Szenarien, die den Fortbestand von *Homo sapiens* ernsthaft in Frage stellen. Im vorletzten Szenario heißt es: *"Die Digitalisierung ist Segen und Fluch zugleich. Das Internet bietet uns Wissen, Bildung und politische Aufklärung. Gleichzeitig torpedieren Datenkraken unsere Sicherheit im Netz. Ein Albtraum beim Verlust demokratischer Verhältnisse im Überwachungsstaat."* Am Ende der zehn Szenarien heißt es: **Mensch, wach auf - es ist noch nicht zu spät!**



Lieber eine schlagkräftige Schutztruppe als vernichtende Alleingänge!

Nach sechs Jahren Krieg mit mehr als 400 000 Kriegstoten und über 12 Millionen Heimatlosen steht eins fest: Unter der Schreckensherrschaft des Augenarztes Baschar al-Assad ist das Augenmaß in Syrien verloren gegangen. Assad ist zum Schlächter seines eigenen Volkes geworden. Der gnadenlose, an der Macht klebende Diktator hat sich vom einstigen Hoffnungsträger für das bereits von seinem Vater unterdrückte syrische Volk zum abscheulichen Kriegsverbrecher entwickelt. Dafür muss er vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag gestellt werden. Damit es dazu kommen kann, muss er vorher abgesetzt werden.



Es geht nicht anders: Er muss aus dem Amt gedrängt werden – notfalls auch mit Gewalt. Spätestens nach den mutmaßlichen Giftgasanschlägen gegen die eigene wehrlose Bevölkerung ist die Zeit dafür reif. Dass der Präsident des wirtschaftlich und militärisch stärksten Landes der Erde die Speerspitze bildet, das geht in Ordnung. Ob der vom bauchgesteuerten Trump im Alleingang befohlene US-Raketenangriff richtig war, da streiten sich die Experten. Die Nato und die Außenminister der G7-Staaten gaben Rückendeckung, während es für Vladimir Putin ein Bruch des Völkerrechts war. Ab jetzt gilt es, Lösungen unter dem Dach der Vereinten Nationen zu finden und ohne Veto umzusetzen.

Trumps „Hü-hott-Politik“, die zeigt, wie impulsiv er entscheidet und handelt, muss schnellstmöglich aufhören. Was passiert nun? Wie reagieren die Länder, die im Syrienkrieg in den letzten zwölf Monaten das Gesetz des Handelns an sich gerissen hatten? Russland, der Iran, Saudi-Arabien und die Türkei sind durch den US-Raketenangriff auf eine syrische Luftwaffenbasis in der Nacht auf den 7. April 2017 sicher überrascht worden. Hoffentlich bleibt den diplomatischen Unterhändlern die Zeit für eine humanitäre Lösung. Es darf nicht sein, dass die Kriegsherren – durch Kurzschlussreaktionen auf allen Seiten – das Heft in die Hand nehmen und den Syrienkrieg mit gezielten Angriffen und Gegenangriffen auf die nächste Eskalationsstufe bomben. Trump zündelt mit solchen willkürlichen Aktionen an der Lunte des Pulverfasses im Nahen Osten und setzt gleichzeitig seine Marine Richtung Nordkorea in Bewegung. Wir sind gespannt, welches Begrüßungskomitee die Chinesen schicken werden, die die Hoheit über die Gewässer in dieser Region zu besitzen glauben.



Und die Vereinten Nationen, denen eine echte Entscheidungsgewalt zum Eingreifen in Syrien fehlt, schauen mehr oder weniger tatenlos zu. Das syrische Volk wird von allen Seiten im Stich gelassen. Wir nehmen den russischen Präsidenten beim Wort, der bereits im September 2015 eine breite Allianz bilden wollte - vor allem für den Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in Syrien und im Irak. Diese Anti-Terror-Allianz sollte - auf russischen Vorschlag - mit einem Mandat des UN-Sicherheitsrates ausgestattet werden. Die Mission kann noch immer gelingen, wenn die fünf Vetomächte USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich an einem Strang ziehen und den Weg für die Bildung einer schlagkräftigen Schutztruppe freimachen. Die Vereinten Nationen wurden nach dem 2. Weltkrieg gegründet, vor allem um weitere Völkermorde zu verhindern. Es wird Zeit, dass sie

ihren Auftrag erfüllen. Es liegt an den Vereinten Nationen und ihren Entscheidungsbefugnissen, ob das syrische Volk geopfert oder gerettet wird.

Papst Franziskus sagte in seiner Ansprache am Ostersonntag 2017:

„(...) Der auferstandene Hirt macht sich zum Weggefährten all derer, die gezwungen sind, aufgrund bewaffneter Konflikte, terroristischer Angriffe, unterdrückerischer Regime oder von Hungersnöten ihre Heimat zu verlassen. Er lässt diese erzwungenermaßen umherziehenden Migranten immer und überall Brüdern und Schwestern begegnen, um auf dem gemeinsamen Weg Brot und Hoffnung zu teilen. Der auferstandene Herr leite angesichts der vielschichtigen und mitunter dramatischen Geschehnisse bei den Völkern die Schritte derer, die nach Gerechtigkeit und Frieden suchen; er gebe den Verantwortlichen der Nationen den Mut, die Ausweitung der Konflikte zu verhindern und den Waffenhandel zu unterbinden. In diesen Zeiten unterstütze er besonders die Bemühungen aller, die sich aktiv für eine Entlastung und Ermutigung der zivilen Bevölkerung in Syrien einsetzen, die Opfer eines Krieges ist, der nicht aufhört, Schrecken und Tod zu verbreiten. (...)“



Wie sehr wünschen wir uns, dass Gott noch eine Tochter hat, die uns zur Unterstützung von Jesus und Mohammed und den vielen anderen Propheten mit einer Botschaft geschickt wird – einer Botschaft, die wir verstehen, und mit der es uns selbst gelingt, in Frieden und Freiheit miteinander zu leben.

Christian Matz sagte am 11. April 2017:

„Bis vor wenigen Tagen war Donald Trump noch ein schwer angeschlagener US-Präsident, der auf großmäulige Ankündigungen nur große Misserfolge folgen ließ. Mit dem Angriff in Syrien und der Entsendung von Kriegsschiffen vor die koreanische Küste zeigt Trump Tatkraft - und dass bei ihm mit allem zu rechnen ist, auch mit einer kompletten Kehrtwende. Statt isolationistischer 'America first'-Parolen demonstriert er in zwei Krisenregionen Entschlossenheit. Innenpolitisch betrachtet hat er sich damit vorerst aus der Defensive herauslaviert. Wohin diese außenpolitische Entschlossenheit führt, und ob ihr überhaupt eine Strategie zugrunde liegt, ist aber völlig ungewiss. Bezogen auf Ostasien jedenfalls ist ein Kräftemessen zwischen Trump und Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un das letzte, was die Welt noch braucht. Nicht zu erwarten ist, dass sich der Nordkoreaner von ein paar US-Kriegsschiffen beeindrucken lässt; stattdessen wird er dies wie den als Warnung verstandenen Angriff in Syrien zum Anlass nehmen, das Atomprogramm voranzutreiben. Und dann? Will Trump tatsächlich einen Präventivschlag wagen und eine nukleare Konfrontation riskieren? Die einzige Lösung liegt, wie in Syrien, am Verhandlungstisch, auch wenn man sich dies in beiden Fällen nur schwer vorstellen kann. Und die einzige Hoffnung ist, auch das eine Parallele zu Syrien, dass die weitere Großmacht im Spiel - hier China, dort Russland - ihren Einfluss auf den Diktator zur Mäßigung nutzt. Nicht mit Peking und Moskau abgestimmte Alleingänge können als Provokation verstanden werden, und dass Trump aufgrund seiner Unberechenbarkeit genau dazu neigt, ist brandgefährlich.“



Die beiden Krisenherde Syrien und Nordkorea sind so gefährlich, dass eine Kooperation vor allem zwischen den USA, Russland und China zwingend notwendig ist. Russland schützt nach wie vor den Kriegsverbrecher Assad, und China unterstützt den skrupellosen Machthaber in

Nordkorea, Kim Jong-un. Und Donald Trump überlegt, wie er nach dem Alleingang in Syrien Nordkorea von einem Tyrannen befreien kann. Am 12. April 2017 forderte der chinesische Präsident Xi Jinping seinen amerikanischen Kollegen am Telefon dazu auf, eine friedliche Lösung zu finden. Trump hatte via Twitter verkünden lassen, dass er mit oder ohne China das Problem Nordkorea lösen werde. Nach Nordkoreas missglücktem Raketenstart vom 16. April 2017 „liegen alle Optionen auf dem Tisch, auch eine militärische“, hieß es aus dem Trump-Stab. Einen Tag vor dem erneut fehlgeschlagenen Raketentest am 29. April 2017 hatte Trump vor einer „großen Katastrophe für Nordkorea“ gewarnt. Der 29. April war Trumps 100. Tag im Amt. Kim Jong-un betrachtet seine Atomwaffen als Lebensversicherung. Nach einem US-Angriff auf Nordkorea kann nicht ausgeschlossen werden, dass er – mit dem Rücken zur Wand – atomar zurückschlägt, auch um sein Gesicht und seine Macht in Nordkorea nicht zu verlieren. Mit seinen Trägerraketen kann er Ziele in Südkorea, Japan und vielleicht bald auch in den USA erreichen. Wenn Pjöngjang nach einem Erstschlag einen Gegenschlag unternimmt, sind Washington und die ganze Welt extrem bedroht. Selbst der Einsatz „schmutziger Bomben“, der zu nuklearen Verseuchungen von unabsehbarem Ausmaß führen würde, ist nicht auszuschließen. Der japanische Premierminister Shinzo Abe warnt vor dem tödlichen Saringift, das mit nordkoreanischen Langstreckenraketen verschiedene Ziele erreichen könnte – z.B. US-Stützpunkte in Japan. Die japanische Regierung denkt an eine Verfassungsänderung, um im Ernstfall einen Präventivschlag gegen Nordkoreas Nuklearwaffenarsenale ausführen zu können. Japan sieht sich als Bündnispartner der USA bei einem möglichen Krieg gegen Nordkorea. Und im Südchinesischen Meer will Japan an der Seite der USA seine Territorialinteressen gegenüber China durchsetzen. Diese bedrohliche Gemengelage könnte das „Gleichgewicht des Schreckens“ aufheben. Die Vertreter der Spezies *Homo progressivus* sollten das verhindern.



Der Großmeister der „Deals“ im Minenfeld der Diplomatie

Seine erste Auslandsreise führte Donald Trump in den Nahen Osten, der seit ewigen Zeiten ein Herd von Spannungen und kriegerischen Auseinandersetzungen ist. Die erste Station war Saudi-Arabien. Bei seiner Ankunft in Riad am 20. Mai 2017 verkündete Trump vor Vertretern aus 55 islamischen Staaten die Botschaft von „Freundschaft, Hoffnung und Liebe“. Ein Vertreter aus dem Iran war nicht dabei. Die zweite Station war Israel. Bei seiner Ankunft in Tel Aviv am 22. Mai 2017 sagte Trump: „vor uns steht die seltene Gelegenheit, dieser Region und ihren Völkern Sicherheit, Stabilität und Frieden zu bringen.“

Zwischen diesen wohlklingenden Worten schließen die USA und Saudi-Arabien einen Mega-Waffendeal ab. Trump einigte sich mit den Saudis über ein Waffengeschäft im „Wert“ von rund 110 Milliarden US-Dollar. US-Regierungssprecher Sean Spicer sprach vom größten Rüstungsdeal in der US-Geschichte. Über einen Zeitraum von zehn Jahren soll Riad Waffen für etwa 350 Milliarden Dollar aus den USA kaufen. Zuvor hatte Trump in Washington streng vertrauliche Geheimdienstinformationen aus Israel über den IS an den russischen Außenminister Lawrow weitergegeben.

Statt Israels Vertrauen zu missbrauchen und dessen militärische Vormachtstellung in der Region durch das Waffengeschäft mit den Saudis ins Wanken zu bringen, hatte man dort ganz andere Gastgeschenke erwartet: unter anderem die von Trump im Vorfeld angekündigte Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem und die Zustimmung des US-Präsidenten zur Siedlungspolitik der israelischen Regierung. In beiden Fällen Fehlanzeige.



Ein Kontrastprogramm – Trumps Business-Plan für den Nahen Osten

Die gigantische Aufrüstung in Saudi-Arabien wird sehr wahrscheinlich einen neuen nie da gewesenen Rüstungswettlauf im Nahen Osten entfachen. Der Iran wird von Saudi-Arabien und von Israel als Todfeind betrachtet. Der Iran hat wiederum ein Zweckbündnis mit Russland geschlossen - nicht nur im Kampf gegen den IS, sondern auch zum Schutz des syrischen Machthabers Baschar al-Assad. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht kooperieren die beiden Staaten. Der Iran ist zudem geostrategisch entscheidend für den Aufstieg Chinas zur wirtschaftlichen Weltmacht. Die Zusammenarbeit zwischen dem Iran und China ist auch in militärischer Hinsicht intensiviert worden. Wir sind gespannt, wie viele und welche Waffen der Iran nun in Moskau und Peking bestellen wird und von dort geliefert bekommt.



Hassan Ruhani und Vladimir Putin



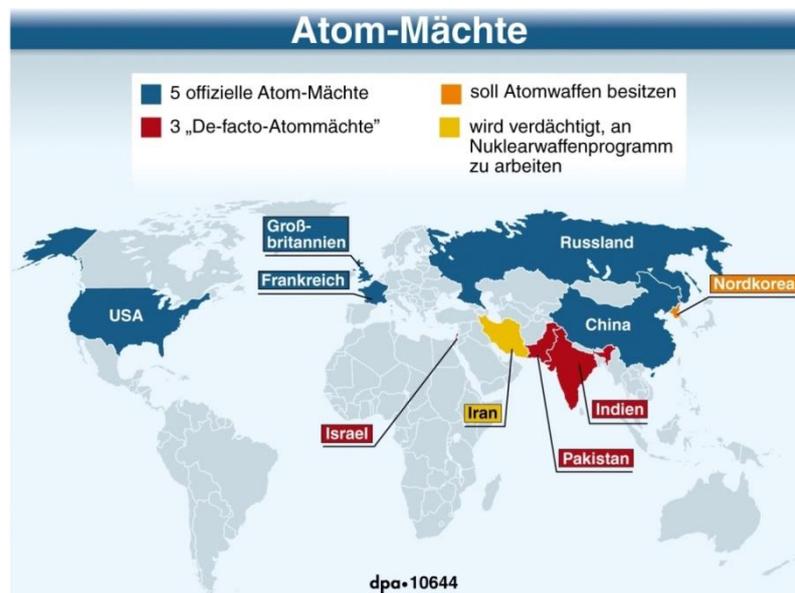
Xi Jinping und Hassan Ruhani

Nach den anti-islamistischen Parolen und Dekreten zu Beginn seiner Amtszeit entsteht der Eindruck, dass Trump sich auf einer heiligen Mission sieht. So hat er in seiner Rede in Saudi-Arabien immer wieder Bezug auf Gott alias Allah genommen. Hinzu kommen der Besuch der jüdischen Klagemauer und der christlichen Grabeskirche in Jerusalem sowie der Besuch in Bethlehem mit Palästinenserführer Mahmud Abbas. Bei der Betonung des Religiösen zeigt Trump erneut seine Blauäugigkeit und seine Unkenntnis. Im Nahen Osten verbindet man mit Religion nicht den himmlischen Frieden, sondern viel mehr heilige Kriege - auch zwischen den beiden größten Glaubensrichtungen des Islam - den Schiiten und den Sunniten. Trumps Business-Plan für den Frieden wird eher zu einer Verschärfung des Konflikts und zu einem neuen Aufflammen von Gewalt führen. Am Ende des Trump-Besuchs im Nahen Osten steht viel heiße Luft im angespannten Raum. Der einzige Deal, der im Nahen Osten zu Buche schlägt, werden am Ende die Waffengeschäfte sein. Eine Annäherung zwischen Israelis und Palästinensern geschweige denn ein Frieden im Nahen Osten ist nicht in Sicht. Und der Großmeister der „Deals“ versinkt - ohne die UN-Karte zu ziehen - im Minenfeld der Diplomatie.

Der nukleare Winter vor der Tür

Donald Trump sagte am 23. Februar 2017: „So lange Staaten Atomwaffen haben, werden wir im Rudel ganz oben stehen. Die USA sind auf diesem Gebiet zurückgefallen. ‘New Start’ ist ein weiteres schlechtes Geschäft für die USA gewesen. Im neuen Rüstungswettlauf wird Amerika mit guten ‘Deals’ siegen.“

Das im Jahr 2011 zwischen den USA und Russland geschlossene Abkommen „New Start“ sieht vor, bis 2020 die Zahl der strategischen Atomwaffen auf 1550 Sprengköpfe zu verringern. Die Zahl der Trägersysteme soll auf jeweils höchstens 800 halbiert werden. Im Februar 2017 besitzen Russland 7000 und die USA 6800 nukleare Sprengköpfe. Donald Trump will die unter Barack Obama bereits angelaufene „Modernisierung“ der Atomwaffen nicht nur forcieren, sondern die nuklearen Kapazitäten noch weiter ausbauen. Der Traum Barack Obamas und so vieler Menschen von einer „Welt ohne Atomwaffen“ war bereits vorher über Bord gespült worden.



Donald Trump und seine aggressive Administration wollen sich anscheinend mehr dem aufstrebenden China in den Weg stellen. Russland scheint als Erzfeind ausgedient zu haben und wird als wirtschaftlicher Konkurrent - bei einem BIP von lediglich 1,3 Billionen Dollar - ohnehin nicht ernst genommen. Im Vergleich einzelner Staaten sind die Chinesen den Amerikanern zahlenmäßig sowohl wirtschaftlich als auch militärisch am dichtesten auf den Fersen. China ist mit seiner enormen Wirtschaftskraft, dem anhaltenden

Wirtschaftswachstum und dem großen Hunger von 1,3 Milliarden Menschen nach Wohlstand bereits auf die Überholspur gewechselt und strebt die Pool-Position an. Das will Donald Trump mit allen Mitteln verhindern. Durch die steigende nukleare Aufrüstung in den USA wird besonders China sich gezwungen fühlen (mit nur 260 Sprengköpfen im Jahr 2016), massiv in Atomwaffen zu investieren mit dem Ziel, den USA und Russland auf Augenhöhe zu begegnen. Durch dieses perfide nukleare Wettrüsten wird unsere Existenz immer stärker aufs Spiel gesetzt. Einen solchen machtbesessenen Präsidenten mit einem derart gewaltbereiten Machtapparat hat es in der Geschichte der USA noch nicht gegeben. Angesichts dieses Albtraum-Szenarios und des sich abzeichnenden nuklearen Winters halten sogar schon einige republikanische Senatoren Donald Trump für ein nicht vertretbares sicherheitspolitisches Risiko.

Unsere Hoffnung ist, dass Trump entweder zur Vernunft kommt oder ein brüllender Baulöwe bleibt, der als zahnloser Tiger schnell in die Geschichte eingeht. Die bisher schon eingesteckten Niederlagen bei der Abschaffung von *Obamacare* und bei den Einreiseverboten für Muslime zeigen, wie ein schwergewichtiger Immobilien-Tycoon auf einen Bruder Leichtfuß im Weißen Haus reduziert werden kann, der viel riskiert und wenig durchsetzt. Oder ist er schon eine *lame duck*, weil ihm nicht einmal die Republikaner die erforderlichen Mehrheiten beschaffen? Das politische Programm von Trump scheint wie ein Kartenhaus einzustürzen. Noch nie stand ein US-Präsident so früh so klar im Abseits. Der „Dealmaker“ ist angeschlagen. Die Bewertung des mächtigsten Menschen der Welt fällt nach seinen ersten 100 Tagen im Amt katastrophal aus. Die sich dabei aufstauende Wut könnte Donald Trump und seinen Chefstrategen Stephen Bannon noch gefährlicher machen. Die Machtbefugnisse, die das Amt verleiht, sind enorm. Je geringer die Hemmschwellen, desto größer sind die Verlockungen, diese Macht zu missbrauchen.



Das Schreckgespenst eines dritten Weltkriegs

Wird die demokratische Gesellschaft in den USA den Präsidenten Donald Trump mit seinen populistischen, totalitären und protektionistischen Zielsetzungen überstehen? Oder muss die Gesellschaft aufbegehren, um die am längsten funktionierende Demokratie der Welt zu retten und damit auch die desaströsen Folgen für die ganze Welt zu verhindern?

Der Nebel des Grauens hat sich in Washington über das Weiße Haus gelegt, und die Welt droht in Flammen aufzugehen – auch in den USA.



Der unberechenbare Despot sowie seine gefährlichen Hintermänner und stramm marschierenden Gefolgsleute sind die größte Gefahr für die Demokratie und den Weltfrieden seit dem Zweiten Weltkrieg. Stellen wir uns besser nicht vor, es kommt zum dritten Weltkrieg unter Einsatz der verfügbaren Massenvernichtungswaffen auf allen Seiten.

Die hier beschriebenen Tatbestände und Bedrohungspotentiale sollten eigentlich schon ausreichen, um schnellstmöglich ein Amtsenthebungsverfahren gegen den bisher untragbaren US-Präsidenten einzuleiten. Zu wissen, dass dieser in seinem Wesen verhaftete Mann kraft seines Amtes den Finger am Drücker der Atombombe hat, gebietet einen solchen Schritt geradezu. Hierbei kommt es nicht nur auf die Verfassungsorgane an, sondern auf eine überwältigende Mehrheit der amerikanischen Gesellschaft, die durch demokratische Bewegungen weltweit unterstützt wird. Wir glauben fest daran: Die große Mehrheit der Amerikaner und der Menschen in der Welt stehen auf für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie und nicht für Nationalismus, autoritäre Führung und Rücksichtslosigkeit gegenüber Minderheiten.

Es muss gelingen, auch die Trump-Wähler fern der Küsten wachzurütteln. Es muss gelingen, das totalitäre Zündeln zu beenden und die bereits lodernden Feuer zu löschen. Auch in der Türkei, in Ungarn, Polen, Frankreich und in Deutschland. Es muss gelingen, den nationalistischen rechtsradikalen Spuk von unserem Planeten zu vertreiben.

Wir müssen jetzt begreifen, dass alles passieren kann, dass alles möglich ist - und, dass es an uns liegt, ob es gut oder schlecht wird!

Dustin Hoffmann sagt in unserer Fibel, in Erinnerung an den Vietnamkrieg und Bezug nehmend auf den Krieg gegen den Irak im Jahr 2003, dass sich die Geschichte manchmal wiederholt. Die Rechtfertigung für beide Kriege basierte auf Manipulationen und Lügen.

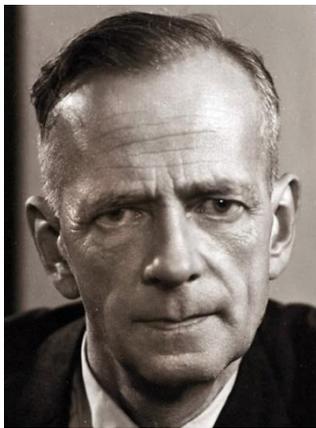
Was uns in der Welt von heute immer mehr abhandenkommt sind Toleranz und Zusammenhalt, der respektvolle Umgang miteinander, der Blick über den Tellerrand und nicht zuletzt die Wertschätzung einer starken Demokratie. Wenn weltweit die nationalistischen Rechtspopulisten die Macht übernehmen und mit totalitären Instrumenten regieren, bleibt die Demokratie am Ende auf der Strecke. Die sich gegenseitig kontrollierenden Verfassungsorgane verlieren ihre Bedeutung, die Medien werden auf Kurs gebracht oder mundtot gemacht, und die Justiz wird gleichgeschaltet. Und am Ende werden Cyberattacken, „alternative Fakten“ und *fake news* den dritten Weltkrieg auslösen.



Hitler hatte seine teuflischen Ziele konkret vor Augen und setzte diese auf barbarische Weise um. Am Anfang haben die späteren Bezwingler von Nazi-Deutschland das aufziehende Höllenfeuer nicht erkannt bzw. die Nazi-Herrschaft nicht wirklich ernst genommen. Die nachstehende Warnung wurde auch in Frankreich, in England und den USA überhört, nicht verstanden oder einfach ignoriert.

Der SPD-Reichstagsabgeordnete Kurt Schumacher sagte am 23. Februar 1932 im Deutschen Reichstag in einer mutigen Rede:

"Die ganze nationalsozialistische Agitation ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen."



Die Warnung verhallte, das „Tausendjährige Reich“ des Größenwahnsinnigen dauerte zwölf Jahre, riss die Welt in unsägliches Leid und versank 1945 in Schutt und Asche!

Wie Bruce Springsteen sind auch wir der Meinung, dass Donald Trump – im Gegensatz zu Hitler – völlig unreflektiert handelt und die Konsequenzen nicht voraussieht. Aber unabhängig davon, ob er weiß oder nicht weiß, was seine Politik in den USA und in der Welt anzurichten droht: **Wenn er so weitermacht**, muss ihm so schnell wie möglich das Handwerk gelegt werden.

Der Schriftsteller Louis Begley sagte am 5. Februar 2017: *„Wir schämen uns für Donald J. Trump, weil wir in der langen Geschichte der Republik niemals einen dermaßen im Geist und Charakter beschränkten Präsidenten hatten, der von Philosophie, Kunst und Wissenschaft nichts versteht und nichts verstehen will, und dem es so sehr an Freundlichkeit und Empathie fehlt. Und den haben wir jetzt am Hals!“* **Hoffentlich nicht zu lange!**

Zurück in die Flasche mit dem bösen Geist

Donald Trump sagte am 29. April 2017:

„Ich bin davon überzeugt, dass die ersten 100 Tage meiner Regierung die schier erfolgreichsten in der Geschichte unseres Landes waren.“



Ein Egomane und Hochstapler!

Wir haben dazu den Chefredakteur der Echo Zeitungen in Darmstadt, Lars Hennemann und den Korrespondenten von SPIEGEL ONLINE in New York, Marc Pitzke befragt. In ihren Gastbeiträgen am Ende dieser Streitschrift schütteln sie das bizarre Ego Trumps kräftig durch und stellen es auf den Kopf.

Inzwischen wurde der frühere FBI-Chef Robert Mueller als Sonderermittler eingeschaltet, um die zum Zwecke der Vertuschung verdeckten Informationskanäle bezüglich der Russland-Affäre offenzulegen. Im Hinblick auf die Ermittlungen zur Russland-Affäre und die dubiose Amtsenthebung des FBI-Chefs James Comey twitterte Trump am 18. Mai 2017: *„Das ist die größte Hexenjagd auf einen einzelnen Politiker, die die amerikanische Geschichte je gesehen hat.“*

Die Ernennung des externen Sonderermittlers erfolgte nicht durch den Justizminister Jeff Sessions, der selbst zum Wahlkampfteam von Trump gehörte, sondern durch den Vize-Justizminister Rod Rosenstein, der damit die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit der Ermittlungen garantieren will. Zwar habe er großes Vertrauen in die Unabhängigkeit und

Integrität seiner eigenen Ermittler, erklärte der Vizeminister. Er halte einen unabhängigen Sonderermittler dennoch für nötig, "damit das amerikanische Volk volles Vertrauen in die Ergebnisse haben kann".



Der Hexenjäger!



Der Gejagte! Mit seinem Wahlhelfer!?

Der Vorgänger von James Comey beim FBI Robert Mueller soll prüfen, ob es zwischen Trumps Wahlkampfteam und der Regierung in Moskau geheime Absprachen gab und ob Russland Einfluss auf die Präsidentenwahl im November 2016 nahm. Sein Amt ist mit umfassenden Vollmachten ausgestattet und vor politischer Einflussnahme geschützt.

Der von allen Seiten geschätzte Sonderermittler steht nicht im Verdacht, die politische Agenda wichtiger zu nehmen als seinen Ermittlungsauftrag. Er soll als Sonderstaatsanwalt potentielle Straftaten aufdecken und nach Beweislage Verdächtige anklagen. Wir sind gespannt, ob er der Öffentlichkeit wissen lässt, was er herausfindet. Es bleibt zu hoffen, dass auch die verantwortungsbewussten republikanischen Abgeordneten eine gewissenhafte Aufklärung mit Nachdruck verfolgen.

Neues Material über fragwürdige Verbindungen des Geschäftsmannes Trump erhält Sonderermittler Robert Mueller von Johannes Hano, der als Leiter des ZDF-Studios seit 2014 in New York arbeitet und von Alexander Sarovic. In ihrem Film „Gefährliche Verbindungen“, der am 24. Mai 2017 im ZDF ausgestrahlt wurde, gingen die beiden Autoren der Frage nach, ob sich US-Präsident Donald Trump als Geschäftsmann einer kriminellen Verschwörung schuldig gemacht hat, und ob seine Verbindungen nach Russland enger sind als er behauptet?



obs/ZDF/Daniel Strobel

"ZDFzoom" über Trump und seine Geschäftspartner:

„Sind die Verbindungen von US-Präsident Donald Trump nach Russland enger als er behauptet? Seit Monaten untersuchen Ausschüsse des Kongresses die Frage, ob Russland Einfluss auf den Ausgang der US-Wahlen genommen hat und ob es Verbindungen zu Donald Trump und seinem Wahlkampfteam gab. Hinzu kommen neue Hinweise auf fragwürdige Verbindungen des Geschäftsmannes Trump. ‘ZDFzoom: Gefährliche Verbindungen’ beleuchtete am 24. Mai 2017, 22.45 Uhr, ‘Trump und seine Geschäftspartner’. In der ‘ZDFzoom’-Dokumentation begaben sich die Autoren Johannes Hano und Alexander Sarovic auf Spurensuche. Dabei stießen sie auf Verbindungen zwischen den großen amerikanischen und russischen Mafiasyndikaten und dem Trump Tower. ‘Es ist eine lange Liste hochrangiger Figuren des organisierten Verbrechens, die im Trump Tower residierten. Nicht nur amerikanische Verbrecher, sondern auch Gangster aus Russland, Kasachstan und der Ukraine nutzten den Trump Tower als Zentrum für kriminelle Machenschaften, unter anderem Glücksspiel, Prostitution und Drogenhandel’, erklärte Scott Horton, ein weltweit gefragter Antikorruptionsexperte gegenüber dem ZDF. Bei den Recherchen stieß das ZDF auch auf Trumps Geschäftsbeziehungen mit der Firma Bayrock. In mindestens einem gemeinsamen Projekt, dem Trump Soho, hielt der US-Präsident

Anteile. Einer seiner Partner bei dem Projekt war der Exil-Russe Felix Sater, ein verurteilter Betrüger und Gewaltverbrecher mit den besten Kontakten nach Russland. Doch selbst als Trump von der dubiosen Vergangenheit und den Machenschaften seines Partners erfuhr, führte er die Geschäftsbeziehungen weiter. Damit aber habe sich Donald Trump schuldig gemacht, sagt der Anwalt Fred Oberlander, der gegen Bayrock prozessiert: Das FBI beginnt sich immer mehr für die Vergangenheit des Präsidenten und seine auch heute noch fragwürdigen Geschäftsbeziehungen zu interessieren. Ist das ein Grund, warum FBI-Direktor James Comey gehen musste? Der Film von Johannes Hano und Alexander Sarovic ist im folgenden Link bei ZDFzoom zu sehen: <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzoom/zdfzoom-gefaehrliche-verbindungen-100.html>“



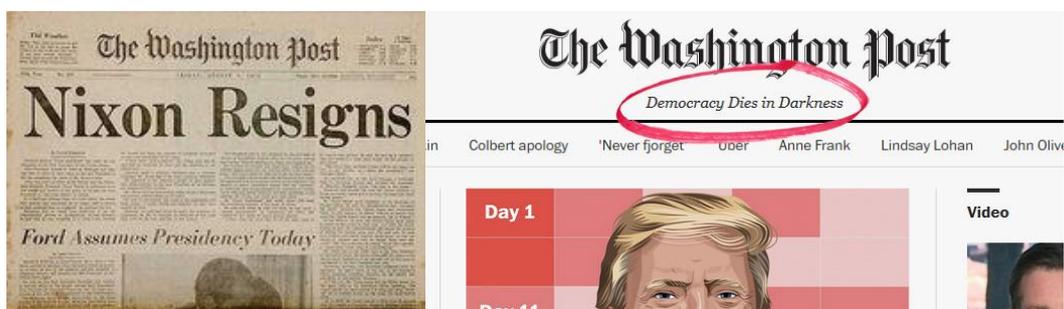
Die ZDF-Autoren Alexander Sarovic und Johannes Hano in ihrem New Yorker Büro.

COPYRIGHT: ZDF/Daniel Strobel

Die *New York Times* titelte am 17. Mai 2017: „Die Welt wird von einem Kind geführt.“ Wir fügen hinzu, dass Trump wie ein unerzogenes Kind handelt, das mit der plötzlichen Machtfülle nicht umgehen kann. Die zweite Chance, die wir dem ausgerasteten Riesenbaby schon vorne in unserer Streitschrift anbieten, trägt die Überschrift: **Zurück auf Los mit Vernunft und Anstand! Bestimmt wohnt auch im Weißen Haus ein guter Geist, der den bösen Geist des verwirrten Kindes als ein Fantasieprodukt von frustrierten US-Bürgern wieder in der Flasche verschwinden lassen kann. Wenn nicht, gibt es nur eine Rettung!!!**

Die Rettung vor Trump: Eine Amtsenthebung

Der 37. Präsident der Vereinigten Staaten, Richard M. Nixon, trat am 9. August 1974 zurück. Er war bisher der einzige Präsident in der amerikanischen Geschichte, der gezwungen wurde, das Weiße Haus vor Ablauf seiner Amtszeit zu verlassen. Mit seinem Rücktritt kam Nixon einer Amtsenthebung zuvor. Richard Nixon stolperte über die Watergate-Affäre, die die Reporter der Washington Post Bob Woodward und Carl Bernstein ans Licht der Öffentlichkeit brachten. Der Untertitel der weltweit angesehenen Tageszeitung lautete am 22. Februar 2017: *Democracy Dies in Darkness* – In der Finsternis stirbt die Demokratie.



Verglichen mit „Watergate“ ist das, was Trump veranstaltet, ein viel gewichtigerer Grund für ein Amtsenthebungsverfahren. Er scheint das Gefühl zu haben, bereits mit dem Rücken zur Wand zu stehen. Anders lässt sich die Twitter-Attacke mit mehreren Tweets gegen Barack Obama am 4. März 2017 nicht erklären. Trump behauptet nach wie vor, vor der Wahl von Obama abgehört worden zu sein. Beweise dafür liefert er nicht. Die Twitter-Attacke gipfelt in dem Tweet: *„Wie tief ist Obama gesunken, dass er mein Telefon während der Wahl abhören ließ. Das ist Nixon/Watergate. Böser (oder kranker) Typ!“* Hört Donald Trump bereits die Sturmglocken läuten, oder warum lässt er seinen Kettenhund wieder von der Leine? Schließlich bezieht sich Trump auf Vorwürfe, die in einem Artikel des rechtsradikalen Online-Magazins „Breitbart“ am Tag zuvor veröffentlicht wurden. Trumps Chefstrategie im Weißen Haus, Stephen Bannon, der vorher Chefredakteur bei „Breitbart“ war, versucht die Macht an sich zu reißen. Doch je mehr er Trump aufhetzt, umso schneller geht dessen Amtszeit als US-Präsident zu Ende. Und der Kettenhund wird zum Straßenkötter.

Bei der US-Präsidentenwahl 2016 lag die Wahlbeteiligung bei 58,9 Prozent. Das bedeutet, dass weniger als 30 Prozent der wahlberechtigten US-Bürger Donald Trump gewählt haben. Die Chancen stehen also gut, dass die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens im

Repräsentantenhaus und eine Zustimmung zum *Impeachment* im Senat von einer großen Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung getragen werden. Dass die Gründe für eine Amtsenthebung ausreichen, dafür sorgt Donald Trump selbst. Und die Luft wird trotz Nebelkerzen und Ablenkungsmanövern immer dünner. Zu den getwitterten Abhörvorwürfen gegen Barack Obama sagte FBI-Direktor James Comey am 20. März 2017 vor dem Geheimdienstausschuss des Repräsentantenhauses: *"Ich besitze keine Informationen, die diese Tweets stützen."* Donald Trump hatte den FBI-Chef bezüglich dessen Ermittlungen in der Russland-Affäre am 9. Mai gefeuert und soll ihn im Gespräch mit dem russischen Außenminister Lawrow am 10. Mai als „echten Spinner" und „verrückt" bezeichnet haben. Comey will nun Anfang Juni 2017 in öffentlicher Sitzung vor dem Geheimdienstausschuss des Senats aussagen. Die Abwärtsspirale Trumps scheint sich unaufhaltsam weiter zu drehen.

Donald Trump und seine Komplizen gefährden sowohl die nationale Sicherheit in den USA als auch die internationale Sicherheit. Das wird selbst hartgesottene Abgeordnete in der Republikanischen Partei überzeugen, für eine Amtsenthebung zu stimmen – bevor die tickende (Zeit) Bombe hochgeht. Besonders wegen seiner Selbstherrlichkeit und Selbstüberschätzung ist nicht zu erwarten, dass Donald Trump einer Amtsenthebung durch Rücktritt zuvorkommt.

Die Wissenschaftler, die sich mit der Weltgefahrenlage befassen und die *Doomsday Clock* im Auge behalten (darunter 17 Nobelpreisträger), kamen am 26. Januar 2017 zu dem Fazit: *"Die Wahrscheinlichkeit einer globalen Katastrophe ist sehr hoch."* Politische Führungspersonlichkeiten sollten unverzüglich handeln, *"um die Welt vom Abgrund wegzuführen"*. ***Andernfalls müsse die Zivilgesellschaft hervortreten und den Weg weisen.***



Wir dürfen nicht warten, bis Donald Trump uns das Licht ausknipst!

Hans Küng sagt:

„Ungezählte Menschen in allen Regionen und Religionen bemühen sich auch in unserer Zeit um ein Leben in Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit. Und doch gibt es in der Welt von heute unendlich viel Lug und Trug, Schwindel und Heuchelei, Ideologie und Demagogie. Hierzu gehören auch Politiker und Geschäftsleute, welche die Lüge als Mittel der Politik und des Erfolges benützen. Aus den großen alten religiösen und ethischen Traditionen der Menschheit aber vernehmen wir die Weisung: Du sollst nicht lügen! Oder positiv: Rede und handle wahrhaftig! Besinnen wir uns also wieder neu auf die Konsequenzen dieser uralten Weisung: Kein Mensch und keine Institution, kein Staat und auch keine Kirche oder Religionsgemeinschaft haben das Recht, den Menschen die Unwahrheit zu sagen. Dies gilt besonders für die Politiker und die politischen Parteien, wenn sie ihr Volk ins Angesicht belügen, wenn sie sich der Manipulation von Wahrheit, der Bestechlichkeit oder einer rücksichtslosen Machtpolitik im Inneren wie im Äußeren schuldig machen, haben sie ihre Glaubwürdigkeit verspielt und verdienen den Verlust ihrer Ämter und ihrer Wähler. Umgekehrt sollte die öffentliche Meinung diejenigen Politiker unterstützen, die es wagen, dem Volk jederzeit die Wahrheit zu sagen.“



Abraham Lincoln sagte:

„‘Alles geht vorüber’. Wie unterschiedlich ist doch die Bedeutung dieses Satzes! In einer glücklichen Stunde wirkt er ernüchternd, angesichts von Kummer und Schmerz hingegen tröstlich. ‚Alles geht vorüber‘“.



Abe, wie ihn seine Anhänger bis heute liebevoll nennen, wird als *Homo progressivus* Recht behalten. Und Donald Trump wird ohne Metamorphose scheitern – als *Homo sapiens*!

Gastbeitrag von Udo van Kampen,
der von 1995 - 2015 als ZDF-Korrespondent
aus New York und Brüssel berichtete

Udo van Kampen sagt:

„Die EU darf nicht ihren Optimismus verlieren. Es wird zu viel über Krisen und zu wenig über das Erreichte und die Chancen eines vereinten Europa gesprochen. Dass Großbritannien die ‘Scheidungsurkunde’ eingereicht hat, macht mich nicht unbedingt fröhlich. Doch die EU wird auch ohne die Briten weiter bestehen. Österreich mit seinem grünen Bundespräsidenten und das Wahlergebnis in den Niederlanden haben den Rechtspopulisten einen deutlichen Dämpfer gegeben. Momentan starrt jeder auf Frankreich, wo Marine Le Pen vermutlich den ersten Wahlgang gegen Macron gewinnen wird. Frankreich, das ich sehr gut kenne, ist leider wahnsinnig gespalten. Aber mit Prognosen bin ich vorsichtig, nachdem ich mich bei Trump und dem Brexit so grandios geirrt habe. Trotz allem, der Einigungsprozess muss weitergehen. Ich möchte nicht zu der Generation gehören, die dieses große Einigungswerk an die Wand gefahren hat. Unsere Kinder und Enkel würden uns das nie verzeihen. Ich sehe keine Alternative zu einem vereinten Europa, das sich künftig politisch wie auch wirtschaftlich noch enger zusammenschließen muss, inklusive einer europäischen Armee unter gemeinsamem Kommando. Solange nämlich Donald Trump in den USA die Macht hat, wird Amerika nicht für unsere Sicherheit garantieren. Der neue Präsident stellt alles infrage, was die transatlantischen Beziehungen über Jahrzehnte so erfolgreich gemacht hat. Auch die Nato ist von ihm zu Beginn in Frage gestellt worden, gemeinsame Werte sind ihm nicht viel wert. Es wäre daher fatal, wenn wir Trump nur als ‘tumben Tor’ abtun. Dass ein ‘großspuriger Proll’ wie er die Wahl gewinnt, war für mich vorher unvorstellbar. Doch hat der US-Milliardär mir bereits in einem ZDF-Interview 1999 angekündigt, Präsident werden zu wollen. Als ich damals sein Büro im Trump-Tower verließ, habe ich vor mich hin gegrinst und dachte mir nur, der ist größtenwahnsinnig. Doch dann wurde es 2016 bittere Realität.“



Gastbeitrag von Dr. Heribert Prantl,
der als Mitglied der Chefredaktion
das Ressort für Innenpolitik bei der
Süddeutschen Zeitung leitet

Heribert Prantl sagte nach der US-Wahl am 9. November 2016:

„Bisher galt auch für Populisten der Satz: Man muss wissen, wie weit man gehen kann. Es gab Grenzen des Sagbaren, auch für Populisten. Trump hat diese Grenzen gesprengt – und er war erfolgreich damit. Trump hat die Verfassung der USA mit und in seinem Wahlkampf wieder und wieder gebrochen. Schon bevor er als Präsident nun die Möglichkeit hat, Verfassungsrichter zu ernennen, hat er über die Verfassung gerichtet. Sein Wahlkampf hat gezeigt, dass sie ihm nichts bedeutet: Er hat die Rechte der Minderheiten verhöhnt und die Religionsfreiheit missachtet. Er hat Frauen verächtlich gemacht und seine politische Gegnerin bedroht. Sein Wahlerfolg macht Trump zu einer globalen Leitfigur des neuen Aggressivpopulismus. Sein Rassismus, sein Nationalismus, seine Xenophobie und seine Verfassungsverachtung sind aufreizend und ansteckend. Der Erfolg, den Trump damit gehabt hat, stachelt Nationalisten und Rassisten auch in Europa an - dazu, jede Zurückhaltung fallen zu lassen, bisherige Grenzen des Anstands zu durchbrechen und den Tabubruch als politisches Rezept zu verkaufen. Trump hat die politische Feinderklärung in die Demokratie getragen. Das ist ein tödliches Gift. Bei Trump hat sich gezeigt, dass der mediale und digitale Tanz, der um seine Tabubrüche aufgeführt wird, dem Tabubrecher letztendlich hilft - weil die Dauerpräsenz, die er damit genießt, ihn wie mit einem Panzer umgibt. Die europäischen Rechtspopulisten sollte man mit den Trumpisten nicht in einen Topf werfen. Aber gemeinsam ist ihnen die Missachtung und Verachtung der Humanitas. Es ist eine große Aufgabe, den von Globalisierungängsten und gesellschaftlichen Umbrüchen verunsicherten Menschen zu zeigen, dass Gift ihre Lage nicht besser, sondern schlechter macht. Man sollte sich in Deutschland nicht darauf verlassen, das die Deutschen weniger anfällig sind für populistische Simplizitäten als die Amerikaner - auch wenn hierzulande politische Stabilität und politische Erfahrung höher geachtet werden mögen als in den USA. Es ist eine große, es ist eine gewaltige, aber bitter notwendige Aufgabe, die soziale Demokratie groß und den Aggressivpopulismus damit wieder klein zu machen.“

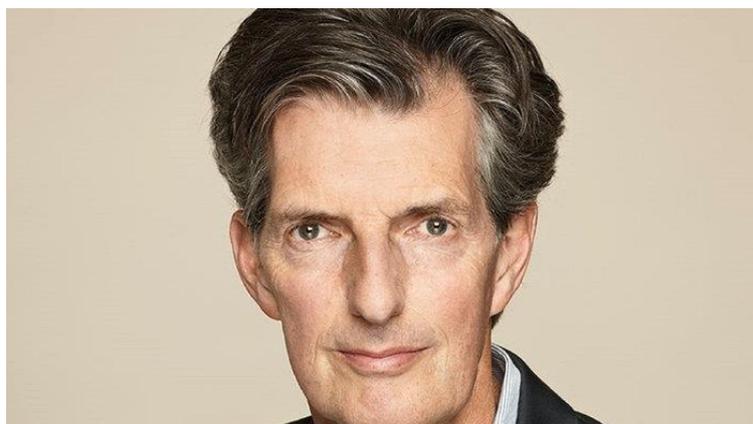


Gastbeitrag von Andreas Petzold,
Herausgeber des *stern*

Andreas Petzold sagt:

„Trump. Überall Trump. Hier, in allen Medien, beim Frühstück, in Telefonaten mit Freunden, auf dem U-Bahn-Bildschirm, auf allen Smartphones und Geburtstagspartys, in sozialen Netzwerken. Durch die Lügenstrategie des Weißen Hauses weiß niemand mehr so recht, was nun eigentlich die Realität ist. Das soll auch so sein, Donald Trump will selbst entscheiden, was wahr und was falsch ist. Man fühlt sich mental überschwemmt von zyklischen Empörungswellen, die der Präsident der Vereinigten Staaten (man muss sich zwingen, das zu schreiben) und seine unorganisierte Meute aus dem Oval Office auslösen. Sie türmen täglich derart viele Ungeheuerlichkeiten auf, dass man abends mit dem Sortieren, geschweige denn mit dem Einordnen der Konsequenzen, gar nicht mehr hinterherkommt. Peinlichkeiten, Provokationen, Pannen, Verschwörungstheorien, Lügen, Beleidigungen, Anfeindungen, Drohungen, Diskriminierungen. Niemand außer den eigenen Wählern ist davor gefeit: die Presse, Regierungschefs, befreundete Staaten, die eigene Partei, Richter, Firmen mit hunderttausenden Beschäftigten. Donald Trump führt einen Krieg gegen die Realität. Das Schlachtfeld reicht vom Press Room des Weißen Haus bis ins südchinesische Meer. Und die Brocken fliegen uns von morgens bis abends um die Ohren. Es ist wie im Film. Aber es ist nicht Hollywood, sondern Washington. Die häufigen Lügen und frech vorgetragenen Widersprüche sollen Medien und Öffentlichkeit langsam müde und mürbe machen. Sie sollen sich in einem Abnutzungskampf an diesen spätrömischen Regierungsstil gewöhnen und am Ende akzeptieren, dass die Regierung bestimmt, was gut und böse, was falsch und richtig ist. Das Weiße Haus als Kathedrale der Wahrheit, mittendrin ein pathologischer Narzisst, der bauchgesteuert mit dem Schicksal der wichtigsten Nation der Welt jongliert, frei von jeglicher Empathie und gierig nach Selbstbestätigung. Das kann nicht gut gehen. Aber Trump kann nicht anders. Er führt den Laden Amerika wie ein Generaldirektor, der seine Allmacht im hohen Alter von 70 Jahren von nichts und niemand mehr in Frage stellen lässt. Der Blick von außen auf seine Persönlichkeit lässt diese Feststellung zu, weil er dauernd unverblümt sein Innerstes nach Außen kehrt. Nicht nur in seinen Tweets, sondern auch in zahlreich dokumentierten Ausfällen und Zitaten. Donald Trump fehlt offensichtlich das Bewusstsein dafür, dass er mit dem permanenten Twittern die Selbstverstümmelung seiner amtsgebundenen Macht betreibt. Keine Kontroverse erscheint ihm zu unbedeutend. Durch das inflationäre Kommentieren, Schelten und Ankündigen stumpft er die schärfste Waffe ab, über die ein US-Präsident verfügt – das gesprochene oder geschriebene Wort!

Dieses Kommunikationsverhalten wird das politisch-diplomatische Geschäft des Präsidenten nicht einfacher machen. Politische Gesprächspartner gewähren einem Neuling im Weißen Haus üblicherweise einen großen Vertrauensvorschuss. Man geht davon aus, dass Vertrauliches vertraulich bleibt. Im Falle von Donald Trump könnte es dagegen sein, dass ihm vor allem ausländische Politiker mit einem Misstrauensvorschuss entgegentreten. Was nützt ein abhörsicheres Oval Office, wenn der Amtsinhaber am nächsten Morgen seine Erkenntnisse in die Welt twittert? Man kann jetzt leider nur darauf warten, dass Donald Trump und seine Mineure irgendwann an den eigenen Überheblichkeiten scheitern. Die Chance ist groß. Und die Lehre aus dem Desaster Donald Trump ist die alte Erkenntnis: Frauen und Männer, die notorisch lügen, haben in verantwortlichen Positionen der Politik nichts verloren - schon gar nicht in Demokratien. Denn sie entziehen jeder Gesellschaft die Möglichkeit eines vernünftigen Diskurses, weil sie eigentlich unstrittige Fakten zu Unwahrheiten umdeuten. Weshalb es am Ende unmöglich wird, mittels Fakten den Wettstreit konkurrierender Meinungen oder Behauptungen überhaupt noch zu entscheiden. An diesem Punkt sind wir jetzt angekommen. In Europa haben die Wähler in diesem Jahr noch die Möglichkeit, sich dieser düsteren Welt zu entziehen. In Frankreich und in Deutschland stehen 2017 Wahlen an. Wenn sich die 500 Millionen Bürger des alten Kontinents ihrer Geschichte bewusst sind, wenn sie beobachten, wie sich der große Bruder auf der anderen Seite des Atlantiks zum Hampelmann macht, dann sollte der nationalistische Extremismus in Europa keine Chance haben.“



Gastbeitrag von Evelyn Seibert, Korrespondentin
Chefredaktion Hörfunk / SWR ARD-Hauptstadtstudio

- Ein Briefwechsel zwischen Evelyn Seibert und ihrer Freundin Antoinette Marti, die als ehemalige Grundschullehrerin in Paris ihren Ruhestand genießt -



Evelyn Seibert schrieb an ihre französische Freundin Antoinette Marti im April 2017:

„Meine liebe Antoinette,

wenn ich an Paris denke, denke ich immer auch an Dich. Denn Du hast mir die Seele Deiner Geburtsstadt und ihre Bewohner gezeigt. Wie verschieden wir sind – und wie nah wir uns trotzdem fühlen. Du hast mir jenseits aller Luxus-Restaurant-Klischees bei Dir unterm Dach Linsen mit Knoblauch und Speck gekocht – ich habe selten besser gegessen. Du bist mit mir jenseits der teuren Feinkostläden auf dem Markt im 19. Arrondissement gefahren, wo alles nur die Hälfte kostet – aber das bunte Leben brummt. Du hast mir den Picknickfimmel der Pariser gezeigt, mitten im Park von La Villette, auf einer Decke zusammen mit der Concierge aus der Pförtnerloge und ein paar Nachbarn. Du bist mit mir in gefühlt 500 kleine Theater gegangen, dazu nochmal in genauso viele Ausstellungen – so habe ich gelernt, dass die Franzosen Kultur so selbstverständlich und alltäglich konsumieren wie gutes Essen. Du hast das Klischee der angeblich arroganten Pariser komplett widerlegt. Du quatscht jeden an – und siehe da, alle quatschen zurück. Übrigens auch ausgiebig über Politik. Auch das habe ich durch Dich gelernt: Wie politisch die Franzosen sind. Millionen schauen sich die großen Fernsehdebatten an, harren über viele Stunden aus – und am nächsten Tag wird mit dem Bäcker darüber diskutiert. Du hast einen klugen, kritischen Kopf hinter Deiner Libération, die Du jeden Morgen im Café auf Montmartre liest. Wir haben uns gegenseitig deutsche und französische Politik erklärt. Eigenheiten, Vorurteile, richtige und falsche Bilder, die wir uns voneinander als Nationen und Völker machen. Darüber haben wir gelernt, wie schön es ist, so unterschiedlich zu sein – und trotzdem das Gefühl zu haben, den anderen voll und ganz zu verstehen. Wir lachen über dieselben Dinge, wir lästern nach Herzenslust über Deutsche und Franzosen und regen uns über dieselben Missstände auf. Völlig egal, ob Du in Frankreich und ich in Deutschland geboren bin. Und als Du mir gesagt hast: ‘Gut, dass Du kein Dessert ist, Du wirst sonst zu dick’ – da habe ich mich zum ersten Mal sogar selbst als Französin gefühlt – so was sagen sich wirklich nur gute französische Freundinnen. Du hast ein großes Herz, liebe Antoinette – und ich fände es ganz schrecklich, wenn Politiker diese, unsere europäische Herzensbildung vergiften würden.

Ne me quitte pas ...

Deine Freundin Evi“

Antoinette Marti antwortete ihrer deutschen Freundin Evelyn Seibert im April 2017:

„Meine liebe Freundin,

Ne me quitte pas, verlass mich nicht, denn unsere Freundschaft besteht aus so vielen wunderbaren Erinnerungen. Ich erinnere mich wie wir uns kennengelernt haben, in Deutschland. Du hattest mich, die Fremde, in Köln eingeladen. Es war ein so warmer spontaner Empfang, der mir da von einer unbekannten Deutschen bereitet wurde. Du hast damals dafür gesorgt, dass ich mich in Deutschland wohl fühle. Ich erinnere mich daran, wie aus dieser Bekanntschaft eine deutsch-französische Freundschaft zu wachsen begann. Ich erinnere mich an Deine deutsch-praktischen Outfits: Hosen, Bluse, Stiefel, Rucksack. Ich erinnere mich daran, wie Du dann als Korrespondentin nach Paris umgezogen bist. Wie ernst Du Deinen Job nimmst, wie leidenschaftlich Du arbeitest – wie Du auf alles neugierig bist – und trotz des straffen Zeitplans immer Zeit für mich gefunden hast. Ich erinnere mich daran, wie wir dann gemeinsam in meiner Heimatstadt Paris gelebt haben, unsere vielen Ausstellungsbesuche, unsere Touren zu Fuß, mit dem Fahrrad, in der Metro – und immer haben wir die ganze Zeit miteinander diskutiert. Ich erinnere mich daran, wie viel wir uns über die Politik in unseren beiden Ländern unterhalten haben. Darüber, dass Angela Merkel ihren Schirm selbst trägt und relativ normal lebt. Während unser Präsident seinen Schirm tragen lässt, in einem Schloss arbeitet, unter vergoldeten Kronleuchtern im Luxus - und trotzdem glaubt, das sei normal. Ich erinnere mich daran, wie empört Dein kleiner Sohn war, als ich in Paris bei Rot über die Ampel gegangen bin – und wie selbstverständlich er das nach einer Weile selbst tat. Ich erinnere mich daran, wie Du in Paris Deinen Stil gewechselt hast. Du hast nach kurzer Zeit nur noch Röcke und Kleider getragen, nie mehr Hosen. Ich erinnere mich daran, dass Du spontaner geworden bist. Statt alles gründlich zu planen, hast Du lachend den Zeitplan über den Haufen geworfen und bist spontan mit mir in Paris ins Theater gegangen. Ich erinnere mich daran, wie Du wieder nach Deutschland gezogen bist und mich nach Berlin eingeladen hast. Wie ich mich darüber gefreut habe, dass die Berliner brav ihre Fahrkarten entwerten, obwohl es keine Durchgangssperre gibt wie in der Pariser Metro. Ich erinnere mich daran, dass keine Mauer unsere deutsch-französische Freundschaft jemals gefährden kann. Ich erinnere mich daran, dass wir uns in 20 Jahren an weitere schöne gemeinsame Dinge erinnern werden. Und das wir unseren Enkeln und Urenkeln von dieser Freundschaft erzählen sollten, damit sie sie weiterführen. Lasst uns gemeinsam in Europa bleiben, ne me quitte pas, Deine Freundin Antoinette“

Gastbeitrag von Jean-Luc Hees, der von 2009 bis 2015
Intendant von Radio France war und Dr. Willi Stolz,
der seit 2009 Intendant von Deutschlandradio ist

Jean-Luc Hees schrieb an seinen deutschen Freund Willi Steul im Mai 2017:

„Cher Willi,

es war sicher kein Zufall, daß wir Freunde geworden sind. Ich glaube, unsere Lebenswege und die Geschicke unserer Länder haben uns beide zu Menschen werden lassen, die sich um das Gemeinwohl sorgen. Die ihre Nachbarn respektieren und denen zutiefst dankbar sind, die bis heute den Frieden bewahren. Anders gesagt, lieber Willi: Ich habe den Eindruck, dass wir beide überzeugte Europäer sind. Hier mache ich mir für die Präsidentschaftswahlen in Frankreich die meisten Sorgen. Ich höre eine leise, heimtückische Musik, die gefährliche Ideen in die Ohren der Wähler flüstert. Nicht nur im Rechtsaußenlager, das schon immer den Unterschied zwischen Nation und Vaterland, Souveränität und Freiheit, dem Gemeinwohl und Nabelschau durcheinander gebracht hat. Nein, diese leise, beunruhigende Melodie erklingt überall, so als seien wir ein alt gewordenes Land, erschöpft und rückwärtsgewandt, ein Land, das schon alles gesehen hat, verschlissen ist, miesepetrig und sich feindselig gegen jeden Versuch neuer Einsichten stemmt. Dazu kommt, lieber Willi, dass die elf Kandidaten, die da zur Wahl stehen, uns auch nicht gerade freudig zu den Urnen eilen lassen. Da gibt es wenige Ideen oder gar keine. Persönliche Angriffe, 'Affären', Lügen - oder wie man heute sagt: 'Postfaktisches', denn die Politik gibt sich heutzutage mit vielem zufrieden. Die sozialen Netzwerke richten ihre üblichen Schäden an, ohne jede Aufsicht, und die französische Presse, sagen wir es offen, ist wahrlich nicht auf der Höhe. Meine Kollegen sind überlastet, überfordert von den Ereignissen, von den kleinen wie von den großen. Ich wünschte mir, die Medien würden ihren Nutzern, also den Wählern, die Inthronisierung einer 6ten Republik als das nationale Unglück vermitteln, das sie wäre. Ich wünschte mir, sie würden den geschichtsvergessenen Franzosen den Verdruss eines impotenten Regimes beschreiben, das korrupt ist und den Parteien ausgeliefert. Ich wünschte mir, dass ebendiese Medien die Geschichte der europäischen Einigung anders erzählten, ohne die immer gleiche Kritik an der Brüsseler Bürokratie. Ich wünschte mir, dass wir an jedem Tag, den der Herrgott schafft, vom Frieden redeten. Zum Beispiel von dem zwischen Frankreich und Deutschland. Und davon, dass dieser Frieden kein vom Himmel gefallenes Geschenk ist, sondern das Werk mutiger, visionärer Politiker. Das aktuelle Hätschelkind der Umfragen heißt Emmanuel Macron. Es sind nicht seine konkreten Projekte, die den Franzosen gefallen, denn die Umrisse seines Programms sind noch sehr verschwommen. Aber er ist jung, sieht gut aus und ganz offensichtlich würde man ihm die Schlüssel zum Hause Frankreich lieber anvertrauen als

Marine Le Pen. Reicht das, um Präsident der französischen Republik zu werden? Bräuchte es da nicht eines tieferen Verständnisses für die Geschichte, unsere Kultur und das, was man den Kampf der Kulturen nennt? Im Grunde genommen, lieber Willi, und ich muss ja den Tugendwächtern nicht gefallen, würde ich mir wünschen, dass es ein bisschen mehr wirkliche Politik und ein bisschen weniger „Moral“ in dieser Wahlkampagne gäbe.

Jean Luc Hees“

Willi Steul schrieb an seinen französischen Freund Jean-Luc Hees im Mai 2017:

„Mon cher Jean Luc,

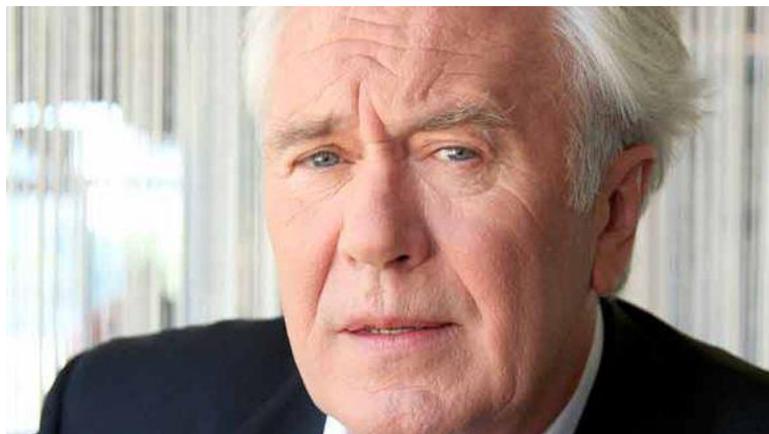
Du hast Recht, es ist wohl kein Zufall, dass wir Freunde wurden. Wir sind beide kurz nach dem Krieg 1951 geboren und es ist uns sehr bewusst, dass unsere Väter noch Feinde waren.

Der junge Leutnant Steul war sogar eine Zeit in der Normandie, in der Dein Vater eine Gruppe der Resistance führte. Es bleibt für uns beide ein emotionaler Moment, als „Oncle Hubert“, wie Du den fast 90jährigen Resistance-Kameraden Deines verstorbenen Vaters nennst, mir ein großes Glas Calvados mit den Worten servierte: ‘Auf Dich, mon petit, ein großes Geschenk, dass ich heute mit Dir trinken kann. Auf den letzten Deutschen, den ich gesehen habe, auf den habe ich noch geschossen.’ Wir sind, lieber Jean Luc, sicher auch deshalb Freunde geworden, weil wir beide in vielen Jahren als Korrespondenten die Welt gesehen haben. Gerade auch in Kriegen und in ihrem Elend und dabei die Großartigkeit unserer europäischen Kultur realisiert haben, aber auch die erschreckende Nabelschau unserer Gesellschaften. Ich lese in Deinem Brief eine Melancholie, die ich teile und ich kämpfe dagegen. Ja, auch ich vernehme diese ‘kleine heimtückische Musik’, wie Du so wunderbar formulierst, die sich da als Ohrwurm bei den Menschen festsetzt. Ich höre sie auch in Deutschland. Diese Flötentöne des Egoismus, die aus diffusen Ängsten erwachsen.

Ich sehe zu viele, die das Geschenk Europa auf den schnellen Grenzübergang und das Billigflug-Ticket nach Riga reduzieren. Ja, auch ich verzweifle gelegentlich an unserer eigenen journalistischen Klasse, die hinter der wohlfeilen Kritik am Brüsseler Bürokratiemonster die grandiose Vision aus den Augen verliert. Du hast völlig Recht, auch die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland ist nicht vom Himmel gefallen, sondern das Werk von Politikern mit Mut und Visionen. Die erhalten sie aber nicht alleine, mein Lieber, das braucht auch uns Journalisten, ja uns alle. Und da sehe ich seit Kurzem Großartiges. Ich war am

Sonntag in Berlin auf dem Gendarmenmarkt. Hier wie auch anderswo demonstrieren jeden Sonntag viele Menschen plötzlich für Europa! Ich mache mir auch keine wirklichen Sorgen um unser geliebtes Frankreich. Es ist zwar atemberaubend, wie sich da ein politisches Establishment selbst zerlegt. Ja, was das 'Hätschelkind der Umfragen', Emanuel Macron, wirklich gestalten kann, das wissen wir noch nicht. Aber er weckt Hoffnungen. Und Euer gesunder republikanischer Reflex wird das Desaster einer 6ten Republik einer Präsidentin Marine Le Pen schon verhindern. Kopf hoch, mein alter Freund.

Willi Steul“



Gastbeitrag von Professor Friedhelm Hufen, Johannes Gutenberg
Universität in Mainz und Professor Jean-Philippe Derosier,
Universität für Gesundheit und Recht in Lille

- Ein lebendiger Briefwechsel zwischen zwei Professoren
für Öffentliches Recht sowie Staats- und Verwaltungsrecht -

Friedhelm Hufen schrieb an seinen französischen Kollegen Jean-Philippe Derosier:

„Cher collègue,

Vor 60 Jahren begann mit den Römischen Verträgen die Europäische Integration. Im September 1962 stand ich als Junge auf dem Bonner Marktplatz und hörte begeistert den Ausruf Charles de Gaulles: 'Es lebe die deutsch-französische Freundschaft!'. Dieser Gedanke war fortan fester Bestandteil meines Lebens. Im Studium genossen wir von Freiburg aus die Nähe des Elsass. Immerhin mussten wir noch eine Grenze überqueren und sorgfältig darauf achten, dass wir zuvor das deutsche in französisches Geld umgewechselt hatten. Europarecht und deutsch-französische Rechtsvergleichung waren in meinem Studium noch Orchideenfächer, die eher am Rand ein Dasein fristeten. Welche Entwicklung haben die europäische Einigung und die deutsch-französische Freundschaft doch seither genommen! Heute genießen alle Europäer Freizügigkeit und weitere Grundfreiheiten in einem riesigen Gebiet. Die Grundrechte sind über die nationale Ebene hinaus in der Charta der europäischen Grundrechte und der Europäischen Menschenrechtskonvention gewährleistet. Im europäischen Binnenmarkt genießen wir nicht nur eine ungeheure Vielfalt des Angebots, sondern auch einen ständig steigenden Verbraucherschutz. Das Europarecht ist heute eine übergreifende Rechtsordnung, die nicht nur jedem Studenten geläufig ist, sondern auch von Europarechtlern wie Ihnen ständig fortentwickelt wird. Wir zahlen in gleicher Währung und merken nicht einmal mehr, wenn wir Staatsgrenzen überqueren. All dies alles hätten wir vor 60 Jahren gewiss nicht in den kühnsten Träumen erhofft. Da mag man es kaum glauben, dass im Zusammenhang von Europa heute mehr von Krise als vom Erfolg die Rede ist. Engstirnige Nationalisten und andere Demagogen wollen am liebsten Europa ins 19. Jahrhundert zurückbefördern. Wissen diese nicht, was alles auf dem Spiel steht? Europa ist ohne Frankreich nicht denkbar. Lassen wir nicht zu, dass es zu einer solchen Entwicklung kommt. Es ist auch Aufgabe der Wissenschaft, der praktisch tätigen Juristen und der Hochschullehrer das Erreichte zu bewahren und fortzuentwickeln. Nicht im Sinne bürokratischer Erstarrung sondern vielleicht flexibler als bisher, näher an den Menschen, Vielfalt betonend, nicht beseitigend. Tragen wir gemeinsam dazu bei, dass die Schulen und Hochschulen in Deutschland und Frankreich weiterhin lebendiger Kern einer sich immer weiter entwickelnden Europäischen Union bleiben, damit nicht all das gefährdet wird, was in den vergangenen 60 Jahren erreicht wurde. In herzlicher Verbundenheit,

Friedhelm Hufen, April 2017“

Jean-Philippe Derosier antwortete seinem deutschen Kollegen Friedhelm Hufen

„Lieber Kollege,

Ihr Brief hat bei mir emotionale Erinnerungen aus der Familie hervorgerufen – vor allem Gespräche, die ich mit meiner Großmutter geführt habe. Ihr Leben spiegelt die Geschichte der europäischen Integration. In Hamburg 1915, also im Ersten Weltkrieg geboren, hat sie die Krise von 1929 und die Machtergreifung Hitlers als junges Mädchen erlebt. In Berlin überstand sie den Zweiten Weltkrieg und gebar 1941 und 1942 zwei Töchter, die zweite – meine Mutter - mitten in der Nacht während eines Bombenangriffs im Luftschutzkeller. Aus Angst vor der Roten Armee floh sie 1944 mit den beiden Kindern zu Fuß in die Schweiz. Auch wenn ich diese Periode nicht selbst miterlebt habe, klingt sie doch seit meiner Kindheit wie eine eigene Erinnerung nach und ich weiß, welch hohen Preis für die Menschheit Krieg, Fremdenfeindlichkeit, Menschenrechtsverletzungen und die Abkehr einer Nation fordern. Ich weiß, dass Gemeinsamkeit statt Teilung, Zusammenarbeit statt Gegnerschaft, Gewährleistungen statt Verletzungen der Menschenrechte von grundlegender Bedeutung für die Bewahrung des Friedens und der demokratischen Ordnung sind. So wie Sie sich an den Staatsbesuch de Gaulles in Bonn am 4. September 1962 erinnern, ist mir der Abend des 9. November 1989 lebhaft in Erinnerung, als wir in unserem alten Fernseher sprachlos aber glücklich die Öffnung der Berliner Mauer sahen. Heute ist Europa nicht nur ein abstraktes Konzept, sondern eine wirkliche Einheit. Dank der Europäischen Union können wir uns in ihrem gesamten Gebiet frei bewegen und in allen Ländern studieren und arbeiten. Unsere Menschenrechte sind dank des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs anerkannt und geschützt. Der Europäische Gerichtshof sorgt dafür, dass sich europaweit Verfassungsprinzipien und Bürgerrechte festigen. All das wäre nicht geschehen ohne den festen deutsch-französischen Willen, die Zeit der historischen Gegnerschaft hinter sich zu lassen und sich einer dauerhaften Freundschaft zu öffnen. Von den Pariser Verträgen über den Élysée-Vertrag, die römischen Verträge bis zu den Verträgen von Maastricht und Lissabon war die Kooperation von Deutschland und Frankreich stets Motor und Markstein der Konstruktion Europas. Europa ist Teil unseres Lebens und die deutsch-französischen Beziehungen sind Teil des Lebens in Europa. Man kann das eine heute nicht in Frage stellen, ohne das andere zu zerstören. Das Risiko ist zu groß, die dunkelsten Stunden unserer Geschichte wiederzubeleben. Im Gegenteil: Deutschland und Frankreich müssen weiter Hand in Hand gehen, wie dies Helmut Kohl und Francois Mitterand am 22. September 1984 in

Verdun taten, um Europa zu stärken, denn dieses Europa kann im Hinblick auf Demokratisierung, Übersichtlichkeit und Effizienz durchaus noch gewinnen. Unsere Geschichte hat uns gelehrt, was auf dem Spiel steht, wenn Risse im europäischen Gebäude entstehen. An uns ist es, als Professoren und Wissenschaftler das zu unterrichten, was Partnerschaft, Zusammenarbeit und Freundschaft aufzubauen im Stande sind. In freundschaftlicher Verbundenheit, Jean-Philippe Derosier, April 2017“



Gastbeitrag von Andreas Ross,
der als Redakteur der *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
in Washington, D.C. am Puls des Geschehens sitzt

Andreas Ross schrieb in der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 5. März 2017:
„Die Welt wird ja gerade von so einigen ‘Despoten mit Herz’ heimgesucht. Einen prüfen wir hier mal auf Herz und Nieren: **Steckt auch Politik hinter Trumps quietschbunter Fassade?** Donald Trump ist noch nicht fertig mit dem Wahlkampf. Jeden Morgen zwitschert er einen neuen Streit vom Zaun. Tauchen Fragen über Kreml-Connections auf, tut der Präsident sie als ‘von Demokraten gestreute Fake News’ ab. Oder er fragt einen Saal voller Reporter: ‘Glaubt irgendwer im Ernst, dass Hillary Clinton härter mit Russland umspränge als Donald Trump?’ Als Trump beim Besuch des israelischen Ministerpräsidenten auf antisemitische Übergriffe in Amerika angesprochen wurde, antwortete er mit einer Hymne auf seinen eingebildeten Erdrutschsieg über Clinton und beschrieb die ‘gewaltige Begeisterung da draußen’ - für ihn, Donald Trump. Vor den republikanischen und demokratischen Gouverneuren der fünfzig Bundesstaaten schlug er zu Wochenbeginn spielerisch vor, den Krankenversicherungsmarkt einfach zusammenbrechen zu lassen, ‘denn dann können wir alle Schulden Demokraten und Präsident Obama geben’.

Der Präsident setzt aber nicht nur mit Karacho die Kampagne fort, die er vor mehr als zwanzig Monaten begonnen hat. Er setzt sein Leben fort. Vor Jahrzehnten hat Trump beschlossen und verkündet, dass nur eine Zumutung elender sei als schlechte Presse: keine Presse. Der Trump, der heute auf angeblich erfundene Durchstechereien von ‘fiktiven’ Informanten schimpft, ist derselbe, der einst Klatschreportern am Telefon unter falschem Namen schlüpfrige Details verriet, um sein Scheidungsdrama noch breiter zu treten. Damals prahlte Trump im ‘Playboy’: ‘Trump ist die Show, und alle Vorstellungen sind ausverkauft. Ich habe meinen Spaß, ich werde weiter meinen Spaß haben, und ich glaube, den meisten Leuten gefällt’s.’ Sein Horizont schien oft nur bis zur nächsten Morgenzeitung zu reichen. Facebook und Twitter haben ihn nicht gelehrt, langfristiger zu denken. Für Trump zählt das Hier und Jetzt. Jeder Vorwurf, er widerspreche seinen früheren Worten, perlt an ihm ab. ‘In der Trump-Show’, schrieb sein Biograph Marc Fisher kürzlich in der ‘Washington Post’, ‘wird das, was gestern, vorige Woche oder vor zehn Jahren geschah, immer von dem verdrängt, was der Zeremonienmeister jetzt gerade tut. Alle Augen ruhen auf ihm, und so hat es zu bleiben.’ Die weitere Perspektive entlarvt die Erwartung als naiv, dass Trump sein Auftreten doch noch der Würde und Bürde des Amtes anpassen könnte. Er hat nie aufgehört, sich als Regisseur der Trump-Show zu betätigen: Nicht auf dem Gipfel seines Liebesglücks, nicht in

den Abgründen seiner Ehekrise, nicht im Bankrott, nicht im Vorwahlkampf, nicht nach dem Kotau des Establishments auf dem Republikaner-Parteitag, nicht in der Übergangsphase zwischen Wahltriumph und Amtsantritt. Und nicht im Weißen Haus.

Vermutlich glaubt der Präsident trotzdem, was er täglich verkündet: dass er sich 'mit jeder Faser dem amerikanischen Volk verpflichtet' fühle, zu dem er aber offenbar nur Trump-Wähler zählt. Doch er stellt sich nicht der zähen Aufgabe, die Aufstiegschancen jener Amerikaner zu verbessern, die angesichts technologischer Umbrüche fürchten, abgehängt zu werden. Der Präsident begnügt sich mit dem Beifall, den er billiger bekommt: indem er grob mit Migranten, Minderheiten und deren Fürsprechern im Washingtoner 'Sumpf' umspringt.

Viele haben Trump voriges Jahr geraten, sich zu mäßigen. Doch gewonnen hat er auf seine Weise. Die Quintessenz aus seinem Leben als Verkäufer der Marke 'Trump' lautet: 'Dreistigkeit siegt'. Das scheint auch die überraschend breite Koalition von Republikanern zu bestätigen, die verunsichert oder gar verärgert sein mögen, aber nach außen vorerst die Ränge hinter Trump schließen. In der Partei regt sich nicht mehr viel offener Widerstand gegen den Nationalismus, Protektionismus und Chauvinismus, die der Präsident vor wenigen Tagen im Kongress bekräftigt hat. Dort stand den republikanischen Abgeordneten und Senatoren vielmehr Erleichterung ins Gesicht geschrieben, dass Trump bei Bedarf auch eine mit Pathos gewürzte Rede ablesen kann, ohne auf groteske Abwege zu geraten.

Im Wahlkampf hatte Hillary Clinton die Konservativen hinter Trump vereint. Weil die Demokratin nun ihren Schrecken verloren hat, malte Trump ihnen fürs Erste ein neues Feindbild: die Medien. Zwar geht der Präsident vielen Kongressmitgliedern zu weit in seinem 'Krieg' gegen diese 'Oppositionspartei'. Aber eine gewisse Genugtuung über die Unverfrorenheit, mit der Trump die überwiegend linksliberale Presse als 'Fake News' abtut, taugt den Rechten dennoch als Kitt. Erfolgreich hat der Präsident Amerikas rechter Hälfte obendrein eingebleut, dass er am laufenden Band Wahlversprechen erfülle, während seine Vorgänger immer nur Worte gemacht hätten.

Den Vereinigten Staaten mag tatsächlich eine Transformation bevorstehen, wenn es die danach trachtenden Akteure schaffen, Trump für ihre Zwecke einzuspannen. Doch bisher ist

sie das Hirngespinnst eines zwanghaften Selbstvermarkters. Die Ankündigung, in den Etats für Umweltschutz, Entwicklungshilfe und andere Programme jährlich mehr als fünfzig Milliarden Dollar zur militärischen Aufrüstung aufzutreiben, ist vorerst mehr Parole als Programm. Niemand weiß auch, was genau es bedeutet, dass Iran vom Weißen Haus neulich 'offiziell verwarnt' wurde. Gemessen am Brustgetrommel, ist Trumps Substanz nach vierzig Tagen dünn. Er hat mehrere von Obamas Projekten gestoppt, bevor sie Wirklichkeit wurden. So wird es keinen transpazifischen Freihandel im Sinne des TPP-Vertrags geben, was Trumps Chefstrategie Steve Bannon schon zum 'Wendepunkt der neueren amerikanischen Geschichte' erklärt hat. Richtlinien zum Wasserschutz treten ebenfalls nicht in Kraft. Dafür hat Trump die Tür für zwei umstrittene Ölleitungen aufgestoßen. Schulen haben vom Bund nichts mehr zu befürchten, wenn sie Transgender-Schülern die freie Klowahl verwehren. Trump hat zudem verfügt, dass für jede neue Regulierung zwei alte gestrichen werden müssen. Er hat einen konservativen Richter für die freie Stelle am Supreme Court nominiert, kann aber noch nicht wissen, ob der Senat ihn bestätigt. Schamlos hat er sich jede Investitionsankündigung von Unternehmen auf die eigenen Fahnen geschrieben, um sich zum Regenmacher des Arbeitsmarkts zu stilisieren. Selbst in der Einwanderungspolitik ist die Wende weniger greifbar als die Angst, die sie unter Migranten verursacht. Die Zahl der Abschiebungen wird sich nur dann deutlich erhöhen lassen, wenn der Kongress Geld für Zigtausende neue Polizisten und Abschiebegefängnisse bewilligen sollte. Auch die Grenzmauer bleibt abstrakt, solange die Finanzierung nicht bewilligt ist; real ist nur die Entrüstung in Mexiko, dessen Präsident sich für seine Gesprächsbereitschaft bestraft sieht. Beim Versuch, durch Einreiseverbote für Flüchtlinge und die Bürger von sieben Staaten der islamischen Welt die versprochene 'Muslimblockade' anzutäuschen, stolperte Trumps Team über die eigenen Beine. Gerichte kassierten das erste Chaos-Dekret. Der neue Entwurf atmet zwar immer noch den Ungeist von Diskriminierung um der Diskriminierung willen, fällt im Vergleich aber schon zahmer aus. Selbst den obligatorischen Auftrag an seinen Verteidigungsminister, zügig die Strategie im Kampf gegen den 'Islamischen Staat' zu überprüfen, zählt Trump zu seinen Erfolgen: Schließlich hat er die Order persönlich erteilt.

Donald Trump ist der Weg, Donald Trump ist das Ziel, aber Donald Trump ist kein Führer. Der Präsident schimpft fast täglich über 'Obamacare' und verspricht Amerikas Patienten das Goldene vom Gesundheitshimmel. Doch er macht sich nicht die Mühe, den Kongress auf eine

bestimmte Reform der Reform einzuschwören. 'Niemand hätte ahnen können', jammerte Trump vor gestandenen Gouverneuren, 'wie kompliziert das Gesundheitswesen ist.' Auch in globalen Fragen will er den Weg nicht weisen. Dass Israel und die Palästinenser nur als souveräne Nachbarn Frieden finden können, will er nicht vorgeben. Ein Staat, zwei Staaten - 'ich mag, was sie mögen', verkündete Trump. Genauso hält er es mit der Europäischen Union. Die sei wunderbar, aber nur, wenn die Europäer das auch so sähen. 'Wenn sie glücklich sind, dann bin ich dafür.' Trump bleibt stur bei der Ansicht, dass 'Folter funktioniert'. Aber weil sein Verteidigungsminister meint, 'mit einem Päckchen Zigaretten und ein paar Bier' in der Verhörzelle weiterzukommen, ist ihm das auch erst mal recht. Natürlich ist Trump nicht immer so biegsam. Dass sein neuer Sicherheitsberater H. R. McMaster im Weißen Haus wie einst Obama dozierte, die Gleichsetzung von Islam und Dschihadismus sei kontraproduktiv, hat Trump offenbar angespornt, dem 'radikalen islamischen Terror' noch lauter den Kampf anzusagen.

Generalleutnant McMaster, der dem nach nur drei Wochen und drei Tagen gefeuerten Michael Flynn folgte, ist nicht der Einzige, der herauszufinden versucht, wie man in den Kulissen der Trump-Show eigene Ziele am besten verfolgt. Neben McMaster haben die beiden pensionierten Generäle James Mattis und John Kelly an der Spitze des Verteidigungs- und des Heimatschutzministeriums sowie Vizepräsident Mike Pence international viel von dem Staub einzufangen versucht, den Trump aufgewirbelt hat. Auch Außenminister Rex Tillerson wird weithin als Vertreter einer eher traditionellen, republikanisch-robusten Außenpolitik angesehen. Der Ölmanager hat es allerdings schwerer als Mattis und Kelly. Er findet in der trumpskeptischen Diplomatenklasse keine erfahrenen Führungsleute, und er soll aus seinem Budget viele der Milliarden pressen, damit die 'Generäle' aufrüsten können. Allen im außenpolitischen Team ist klar, dass sie immer wieder Feuer austreten werden müssen, die der Oberbefehlshaber spontan entfacht hat. Pence, Mattis und Tillerson haben sich in Europa zum Bündnis bekannt. Mattis hat Trump im Irak widersprochen und versichert, niemand wolle dem Land sein Öl wegnehmen. Kelly hat die Worte des Präsidenten in Mexiko gerade gerückt und gelobt, es werde keine Massenabschiebungen geben, erst recht keine militärischen. Als Trost winkt den Außenpolitikern die Hoffnung, dass die Unberechenbarkeit ihnen Spielräume eröffnet. Aus Moskau heißt es schon, Präsident Putin trauere der Ära nach, als er Washingtons Reaktion vorhersehen konnte.

Hintertrieben wird alles Streben nach außenpolitischer Kontinuität von der Beraterclique um Steve Bannon. Auch dieser frühere Marineoffizier, Pentagonfunktionär, Investmentbanker, Reagan-Bewunderer, Hollywood-Produzent, Tea-Party-Propagandist, Wall-Street-Verächter, Islamfeind und Internetpublizist streift nicht seit Jahrzehnten mit einer gefestigten Ideologie durchs Leben. Doch in seiner jüngsten Inkarnation achtet Trumps reizbarer Chefstrategie darauf, dass Amerika dem 'Globalismus' abschwört. Nach seiner Definition steht im 'innersten Kern' des Weißen Hauses die Überzeugung, 'dass wir nicht nur eine Wirtschaft auf irgendeinem grenzenlosen Marktplatz sind, sondern eine Nation mit einer Kultur - und mit einer Existenzberechtigung'. In den ersten Tagen hat sich Bannon einen ständigen Sitz im Hauptausschuss des Nationalen Sicherheitsrats verschafft. Dort kann er sagen, dass der Islam die nationale Sicherheit gefährde. Oder dass Integrationsprojekte wie die EU der gesunden Vision einer Welt souveräner Nationalstaaten schadeten, in der die Supermacht Amerika immer die Oberhand behielte. Angeblich witzelt Trump manchmal im Oval Office, er wisse immer noch nicht, ob Bannon ein Rechter sei oder doch ein Linker.

Aber das ist dem Präsidenten auch egal.

Bannon hat innenpolitisch den 'Abbau des Verwaltungsstaats' als Ziel ausgegeben - da könnte er mit Trumps Kabinett mehr Freude haben als in der Außenpolitik. Bildungsministerin Betsy DeVos leitet unter dem Banner der 'Wahlfreiheit' einen Paradigmenwechsel weg von öffentlichen Schulen hin zu privaten Anbietern ein. Allerdings tragen die Bundesstaaten den Löwenanteil der Bildungsausgaben, weshalb die Milliardärin DeVos keine Hauruckwende ins Werk setzen kann. Justizminister Jeff Sessions wird Staaten und Kommunen in Ruhe lassen. Er will ihren Polizeitruppen nicht mehr im gleichen Maße von Washington aus auf die Finger schauen, wenn Gewalt gegen Afroamerikaner oder Latinos Fragen aufwerfen. Und Scott Pruitt hatte sich für die Leitung der Umweltschutzbehörde empfohlen, indem er sie als Justizminister des Ölstaats Oklahoma wegen des Überschreitens föderaler Kompetenzgrenzen verklagt hatte. Er will Wasserschutz- und andere Richtlinien abschaffen und mehr fossile Brennstoffe ausbeuten, und er soll das Budget der Behörde verringern. Der frühere Goldman-Sachs-Banker Steven Mnuchin wiederum wird als Finanzminister möglichst rasch das Korsett lockern, das die Politik der Finanzwirtschaft nach dem Crash von 2008 geschnürt hatte.

Vieles davon lässt die Herzen von rechten Republikanern (und Investoren an der Börse) höher schlagen. Niemand von den zu Tausenden versammelten Sozialstaatsgegnern, Waffennarren, Evangelikalen, Tea-Party-Puristen, Klimawandelskeptikern und Vollblutkapitalisten widersprach Trump im Februar auf der 'Conservative Political Action Conference', als er sie kurzerhand zu Trumpisten erklärte: 'Endlich habt ihr einen Präsidenten!' Doch der Präsident fordert auch massive Infrastrukturausgaben, erpresst Konzerne oder greift paternalistisch in Unternehmensentscheidungen ein. Seine Freihandelskepsis spaltet die Republikaner. Außerdem führen lokale Linksaktivisten seit Januar im ganzen Land vor, wie gut sie den obamafeindlichen Tea-Party-Aufstand studiert haben. Dutzende Republikaner bekamen es in ihren Wahlkreisen mit wütenden Bürgern zu tun. Die Nervosität wird auf beiden Seiten nicht sinken, wenn es bald ans Eingemachte des Haushalts geht und Kürzungen zugunsten des Pentagons Verlierer schaffen.

Denn ob Trump will oder nicht: Jetzt schlägt die Stunde des Kongresses. Das macht die republikanischen Kongressführer Paul Ryan und Mitch McConnell zu mächtigen Männern - wenn sie sich wegen der neuen Zentrifugalkräfte in ihrer Partei nicht bald als machtlos entpuppen. Beide geben sich als Trump-Fans aus, aber das nimmt ihnen niemand ab. Sie brauchen bloß die Gunst des Präsidenten, um endlich eine konservative Agenda durchzusetzen. Schließlich hat es in Washington seit 2007 keine republikanische Kongressmehrheit unter einem republikanischen Präsidenten mehr gegeben. Derzeit herrscht großer Unfriede zwischen Moderaten und Hardlinern. Je mehr Trump sich Bannons Linie zu eigen macht, desto größer die Unruhe unter den Abgeordneten und Senatoren. Die von Ryan als 'Speaker of the House' verfochtene Steuerreform findet schon im Senat kaum Zustimmung und stößt im Weißen Haus auf Skepsis. Auch in der Gesundheitspolitik beschränkt sich der gemeinsame Nenner der Republikaner auf die Abneigung gegen 'Obamacare'. Fiskalkonservative hadern mit den teuren Mauerplänen und zittern vor einem Konjunkturpaket Trumpscher Dimension.

Als wären die Sachfragen nicht verzwickelt genug, vergiftet auch noch der Streit um die Aufklärung der möglichen Trump-Moskau-Kontakte die Atmosphäre. Ryan und McConnell dürfen den Moment nicht verpassen, in dem sie dem Präsidenten zur Verteidigung der Verfassung energisch gegenüberreten müssen. Bisher haben sie demonstrativ gelassen

zugesehen, wie Trump mit seinen Behauptungen über angebliche Wahlfälschungen, Verräter in den Geheimdiensten, volksfeindliche Medien und pflichtvergessene Richter die Grenzen des Sagbaren immer weiter dehnte.

Auch der Autoritarismus Trumps kommt ohne ideologischen Überbau aus. Er denkt sich keine Argumente aus, warum der Präsident in Amerika mehr Macht haben müsse. Vielmehr hat er erst vor Tagen das Gegenteil nahegelegt, als er versicherte, dass das Land heute viel besser dran wäre, wenn George W. Bush und Barack Obama ihre Amtszeiten am Strand verödet hätten. An der Gewaltenteilung scheint ihn vor allem zu stören, dass manchmal Leute am Zug sind, die nicht Donald Trump sind. Wer sonst noch Aufmerksamkeit auf sich zieht, wird mit Tweets, Interviews und Kundgebungen bekämpft. Nach den Gesetzen des Entertainments wird die Faszination des Publikums irgendwann erlahmen. Doch im Weißen Haus kann der Showmaster den Einsatz jederzeit erhöhen und alle Welt wieder zum Hingucken zwingen. Amerika steht vor einem Weg ins Ungewisse. Nur Donald Trump ist schon angekommen.“

Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 5. März 2017.

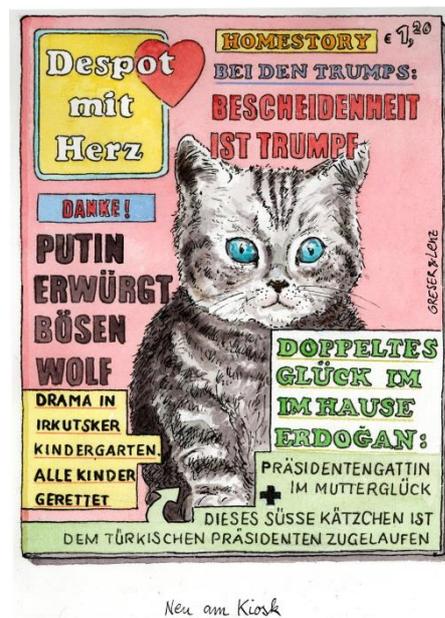
Artikel: „Steckt auch Politik hinter Trumps quietschbunter Fassade?“. Autor: Andreas Ross.

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt.

Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.



F.A.Z.-Foto / Patrick Slesiona



Neu am Kiosk

Gastbeitrag von Lars Hennemann,
Chefredakteur Echo Zeitungen in Darmstadt

Lars Hennemann sagte am 29. April 2017 (an Donald Trumps 100. Tag im Amt):

Die Präsidentschaft Donald Trumps hat genau so angefangen, wie es zu erwarten war. Man kann sich auf nichts verlassen – außer auf ständige Überraschungen und die Tatsache, dass Trump zumindest die Tatsache, dass er Präsident ist, sehr wichtig ist. Die Arbeit dürfen gerne mal andere machen, während er am Golf-Handicap arbeitet. Da auch sein Team nicht konstant besetzt war, überwiegt bei einer ersten Bilanz der Schatten, Licht ist wenig zu sehen. Seinen Sicherheitsberater Flynn wurde Trump schnell los, der sinistre Chefideologe Bannon wurde ebenfalls hin und her geschubst. Das Einreiseverbot für Muslime beschäftigt die Gerichte, Obamacare gibt es nach einer absolut illoyalen Vorstellung der Partei, die ihn eigentlich tragen soll, immer noch. Außenpolitisch bleiben der Husarenritt in Syrien, die (erzwungene?) Kehrtwende gegenüber Russland, plötzliche Treueschwüre zur Nato sowie heftiges Säbelrasseln in Nordkorea in Erinnerung. Alles mehr Knalleffekt als Konzept. Und trotzdem mögen ihn seine Anhänger noch, und in der ältesten Demokratie der Welt sind keine semi-diktatorischen Zustände ausgebrochen. Parlament und Justiz halten die irrlichternde Exekutive bislang leidlich im Zaum. Daraus jetzt abzuleiten, es sei alles nicht so schlimm, wäre trotzdem grundfalsch. Die USA funktionieren noch – trotz Trump. Das kann man aber beim besten Willen nicht zum Normalzustand ausrufen. Der Welt wäre besser gedient mit einem Amerika, das sich nicht mit brutalstmöglichen Grabenkämpfen selbst lähmt. Aber dafür bräuchte Donald Trump eine Vision von Politik, die aus mehr besteht als aus seinem Ego.



Gastbeitrag von Marc Pitzke,
der als Redakteur von *SPIEGEL ONLINE*
in New York am Puls des Geschehens sitzt

Marc Pitzke schrieb in SPIEGEL ONLINE am 29. April 2017:

„Seinen 100. Tag als Präsident wird Donald Trump dort feiern, wo er sich am wohlsten fühlt - im Kreise ekstatischer Anhänger. Und zwar in Harrisburg, der Hauptstadt Pennsylvanias, das er im November knapp gewann: Auf einer Großkundgebung will er sich umjubeln lassen. Sein Wahlkampf geht nie zu Ende. Wie dieser Wahlkampf waren auch seine ersten drei Monate: chaotisch, konfus, betäubend - ein tägliches Schleudertrauma zwischen 'Im Ernst?' und 'Wird schon'.

Eine Bilanz fällt schwer. Was zählt, was nicht, was bleibt?

Man behilft sich mit Strichlisten, als lasse sich der Dauerschock arithmetisch dämpfen. Was hat er erreicht, welche Versprechen hat er gehalten, wo eine Kehrtwende hingelegt? Einreisestopp, Gesundheits- und Steuerreform, Supreme Court, Mexiko-Mauer, Russland-Affäre, Syrienkrieg, Nordkorea. 'Der schlechteste Präsident', schreiben die einen. 'Hätte schlimmer kommen können', schreiben die anderen. Jeder hat recht, und das ist das Problem. 'Ich allein kann's richten', tönte Trump bei seiner Vereidigung. 100 Tage später ist nichts gerichtet, doch er ist überall. Wie eine groteske Dokusoap beherrscht er Amerikas Kabelnews, soziale Medien, Small Talk. Kein Tag ohne Trump: Sein Wortsalat, serviert in Twitter-Tiraden, widersinnigen Dekreten und kuriosen PR-Auftritten, regt keinen mehr auf. Als Realitystar hat er die Grenzen des Erträglichen verschoben, als Präsident neu definiert. Die Absurdität ist Alltag geworden. Doch hinter der Maske des Quoten-Clowns steckt bis heute ein demokratiefeindlicher Plutokrat, der ins mächtigste Amt der Welt hineingestolpert ist - und nun langsam lernt, wie er diese Macht nutzt. 'Wer hätte gedacht, dass das Gesundheitswesen so kompliziert ist?', wunderte sich Trump - als Einziger wohl -, weil sein erster Versuch, Millionen Kranken die Versicherung zu nehmen, im Kongress scheiterte. Sein zweiter Anlauf, zurzeit in Arbeit, dürfte erfolgreicher werden - und brutaler. Autokratische Kälte, als Populismus getarnt: Trumps Stammwähler werden das leider erst viel zu spät spüren. Noch halten sie, in stoischer Ignoranz, fest zu ihm, betört von seinen

militärischen Muskelspielen und der Hoffnung auf ein Amerika, das so 'great'- und monochrom - ist, wie es nie war. Andere spüren es jetzt schon. Einwanderer, Schwarze, Muslime, Schwule: Flankiert vom Südstaaten-Justizminister Jeff Sessions, nimmt Trump ihnen Rechte, die sie sich über Generationen erkämpft hatten. Familien werden auseinandergerissen, Minderheiten misshandelt, Unschuldige eingesperrt. Derweil explodiert die Zahl der antisemitischen Übergriffe um 83 Prozent. Der rechtsradikale Rand drängt in den Mainstream - und sogar ins Weiße Haus, wo er inzwischen zwar brav schweigt, doch wer weiß, wie lange. Die Angst vor dem anderen, die alle Extremisten befeuert und der Pulsschlag des US-Wahlkampfs war, zieht sich auch durch Trumps Regierungsgeschäfte. Immer wieder beschwört er eine Nation im ewigen Belagerungszustand, bedroht von Ausländern, Kriminellen, Dunkelhäutigen, um drakonische Gesetze zu forcieren, die bisher zwar klemmen, doch wer weiß, wie lange. Seine Machoallüren offenbaren, was der Historiker Christopher Clark als 'Krise der Männlichkeit' beschrieb, die Europa mit in den Ersten Weltkrieg trieb. So erklärt sich auch das reißfeste Band zwischen dem Milliardär aus dem goldenen Tower und den Millionen Arbeitslosen in der Provinz, die über die Jahre nicht nur ihre Jobs verloren haben, sondern ihre Würde. Deshalb sehen sie ihm seine Schattenseiten bisher nach. Das intellektuelle Desinteresse, die Ungebildetheit, den Narzissmus, die Lügen, die adoleszenten Ausbrüche, den fehlenden Anstand. Wer sonst spricht in einem Atemzug von einem Luftwaffenangriff und dem 'schönsten Stück Schokoladentorte, das Sie je gesehen haben'? Wer sonst zetert über seinen golfenden Vorgänger und verbringt dann selbst mehr Zeit auf dem Golfplatz als je ein Präsident? Wer sonst erklärt die Nato für obsolet, dann für 'nicht länger obsolet'? Wer sonst sagt, er habe eine 'Armada' gegen Nordkorea geschickt, lässt das dann dementieren, nur um der Atommacht Pjöngjang jetzt mit einem 'großen, großen Konflikt' zu drohen? Achtlose Querschüsse, die die Welt erschüttern. Sie sehen es ihm ebenso nach wie sein Weltbild, verankert in seinem ersten Staatsetat: Geld für Panzer, kein Geld für

Arme. Naturdenkmäler werden für den Bergbau freigegeben, Küsten für Ölbohrungen und Flüsse für industrielle Ausbeutung - im Dienste einer überkommenen Drill-baby-drill-Ideologie. Dabei ist das nicht mal seine Ideologie, er hat ja gar keine, wie seine ständigen Flipflops beweisen. Sein einziger Antrieb ist das Ego, alles Weitere lässt er sich einflüstern von den Milliardären, den Lobbyisten und der Familie, die mit in den West Wing gezogen sind, um sich zu bereichern, bevor es zu spät ist, und ihn dazu als 'stumpfes Instrument' nutzen, wie es sein Berater Steve Bannon formulierte. Bewusst oder unbewusst, Trumps Worte und Taten sind ein Frontalangriff gegen die demokratischen Institutionen. Die Beamtenschaft hat er dezimiert, das Wahlverfahren diskreditiert, den Kongress würde er am liebsten umgehen und die missliebigen Gerichte 'auflösen', weil sie ihm als letzte Schutzinstanz der Verfassung die Stirn zu bieten wagen. Die Medien hasst er auch, braucht sie aber, um seine Sucht nach Selbstdarstellung zu stillen. Noch hält das System. 100 Tage Trump: Ja, es hätte schlimmer kommen können. Aber es bleiben ja noch 1360 Tage bis zur nächsten US-Präsidentschaftswahl.“



Gastbeitrag von Thomas Gutschker,
Redakteur für außen- und sicherheitspolitische Themen
bei der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*

Thomas Gutschker schrieb in der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 28. Mai 2017:

„TRUMP, DER FREMDE: Auf diesen amerikanischen Präsidenten kann sich Europa nicht verlassen. Donald Trump war neun Tage auf Reisen: Saudi-Arabien, Israel, Europa. Die Bilanz, ganz kurz, im Twitter-Jargon des Präsidenten: great, amazing, bad. Großartig waren die Saudis, kaufen Waffen bis zum Abwinken und tanzen mit Säbeln. Wundervoll auch die Israelis, echte Freunde, und eine tolle Holocaust-Gedenkstätte. Der Papst, na ja, geht so. Immerhin ein prächtiger Palast, schöne Gewänder, doch alles sehr steif. Wirklich nervig dann diese Typen aus Europa. Reden den ganzen Tag über Welthandel, Klimaschutz und Flüchtlinge, zahlen aber ihre Rechnungen nicht. An erster Stelle natürlich die Deutschen - echt übel. So ähnlich mag Trump diese erste Auslandsreise als Präsident empfunden haben, bei der er kein einziges Mal golfen durfte. Im goldglitzernden vollklimatisierten Saudi-Arabien konnte er sich immerhin wie daheim im Trump Tower fühlen. Sein Geschmack, sein Gespür für Geschäfte, sein Sinn für Familie. Und überall sein Porträt an den Wänden. In Europa bejubelte ihn niemand. Stattdessen Ermahnungen, gequälte Gesichter, endlose Arbeitssitzungen. Eine fremde Welt. Die einzige Gemeinsamkeit: Die anderen fanden ihn auch seltsam. Über Trumps Vorgänger Obama hieß es anfangs, er habe keinen Sinn für Europa, er werde der erste pazifische Präsident der Vereinigten Staaten sein. Das war voreilig: Nur weil Obama auf Hawaii zur Welt kam und China als Herausforderung betrachtete, kehrte er der Alten Welt nicht den Rücken. Er wurde dort respektiert, anfangs sogar gefeiert, und er bekannte sich zu denselben Werten. Er nahm Amerikas Führungsanspruch etwas zurück, aber nach der russischen Invasion auf der Krim und im Osten der Ukraine stand er den Nato-Partnern mit Panzern und Soldaten bei. Als Obama diese Woche auf dem Evangelischen Kirchentag in Berlin redete, sprach er vielen Europäern aus dem Herzen: klug, abgewogen, weltoffen. Wie fremd wirkte im Vergleich dazu sein Nachfolger! Trump sah alle Themen durch eine winzige amerikanische Brille, er repräsentierte nicht die Vielfalt seines großartigen Landes, sondern die Einfalt einer wütenden Wählerschaft. Weltprobleme wie Migration und Klimaschutz interessierten ihn allein unter dem Gesichtspunkt, was sie für amerikanische Jobs bedeuten. Gemeinsame Werte - was kostet das? Hat sich jemals ein amerikanischer Präsident so aufgeblasen und dabei doch so klein gemacht? Dazu das rüpelhafte Auftreten. Es ist keine Petitesse, wenn er den montenegrinischen Ministerpräsidenten mal eben aus dem Weg rempelt, nur weil er in der ersten Reihe stehen will. Es ist Ausdruck von Respektlosigkeit gegenüber Verbündeten; Montenegro ist das 29. Mitglied der Allianz.

Trumps Auftritt im neuen Nato-Hauptquartier war der politische Tiefpunkt dieser Woche. Die Verbündeten hatten ihm eine goldene Brücke gebaut - in Form eines Mahnmals, ein Stahlträger des eingestürzten World Trade Centers. Die Erinnerung an 9/11, das auch für die Nato eine Zäsur war: Zum ersten und einzigen Mal in ihrer Geschichte erklärte sie den Bündnisfall. Ein Akt der Solidarität war das, untermauert mit Zehntausenden Soldaten in Afghanistan - 1100 Europäer ließen dort ihr Leben. Es wäre ein Leichtes für Trump gewesen, sich an diesem Ort zur Allianz und zur Beistandspflicht zu bekennen.

Doch stattdessen setzte er fort, was er im Wahlkampf begonnen hatte. Trump redet nicht über Solidarität, sondern über Geld. Diesmal fabulierte er über "enorme Summen", welche die Verbündeten seinem Land angeblich noch schulden. Gönnerhaft fügte er hinzu, er frage ja gar nicht danach, was das Hauptquartier gekostet habe. Trumps Minister hatten sich in den vergangenen Monaten zur kollektiven Verteidigung bekannt. Vom Präsidenten gibt es bislang kein solches öffentliches Bekenntnis. Es muss Wladimir Putin in Moskau deshalb großen Spaß gemacht haben, diese Rede zu hören. Wenn der Anführer der Nato so spricht, muss sich Russland wirklich keine Sorgen machen. Ja, es darf sich sogar ermutigt fühlen, weiter Nato-Staaten zu destabilisieren - kurzer Blick in die Verteidigungsausgaben genügt.

Natürlich hat Amerika jedes Recht, von den anderen Staaten zu verlangen, dass sie mehr für die gemeinsame Sicherheit tun. Das hat auch Obama getan. Bei der Nato ist noch gut die Brandrede in Erinnerung, mit der sich sein erster Verteidigungsminister Gates 2011 von der Allianz verabschiedete. Damals waren die Verteidigungsbudgets im freien Fall, der deutsche Verteidigungsminister zu Guttenberg brüstete sich mit Rekordeinsparungen, von denen sich die Bundeswehr bis heute nicht erholt hat. Wenn das so weitergehe, warnte Gates, würden irgendwann amerikanische Politiker an die Macht kommen, die nicht von der Nato geprägt worden seien und denen dieses Investment zu teuer werde. Trump ist genau dieser Typ, obwohl er mit seinen siebzig Jahren genug vom Kalten Krieg mitbekommen haben müsste. Nur: Es ist eben nicht so weitergegangen wie seinerzeit befürchtet. Die Nato-Staaten haben ihre Verteidigungshaushalte stabilisiert, sie investieren wieder, nicht alle gleichermaßen, aber doch so, dass der Nato-Generalsekretär zu Recht von einer Trendwende spricht.

Deutschland zum Beispiel steht gar nicht schlecht da: Seit 2014 ist der Verteidigungsetat um stattliche 13 Prozent gestiegen. Weil zugleich aber auch die Wirtschaft kräftig wuchs, bleibt das Zwei-Prozent-Ziel der Nato in weiter Ferne - es wird relativ zum Bruttoinlandsprodukt gemessen. Umgekehrt erscheint Griechenland in der Statistik als Musterknabe; es gehört zu

den fünf Staaten, die das Ziel erfüllen. Doch gibt es für sein Militär tatsächlich vierzig Prozent weniger aus als 2009, die Folge der geschrumpften Wirtschaftsleistung.

Kein Vorbild für die anderen.

Die Trendumkehr bei den europäischen Verteidigungsausgaben hängt mit dem Krim-Schock zusammen. Seitdem ist Russland zurück in den Fokus der Allianz gerückt, die Mitglieder an der östlichen Flanke fühlen sich in ihrer Souveränität bedroht, und diesmal ist das nicht bloß Paranoia. Mitglieder wie Deutschland und Frankreich haben schon erfahren, wie es ist, wenn Moskau seine Cybertruppen in Marsch setzt. Für Amerika gilt das natürlich erst recht - aber genau das ist der wunde Punkt Trumps. Er selbst, sein Schwiegersohn Jared Kushner und engste Mitarbeiter im Wahlkampf stehen im Verdacht, mit dem Kreml kollaboriert zu haben.

Das raubt seiner Forderung nach mehr Geld die moralische Autorität.

Optimisten unter den Transatlantikern hatten gehofft, dass Trump sich in Europa anders präsentieren werde: realpolitisch, pragmatisch, verbindlich. Die Hoffnung gründete in seinem Umgang mit China. Dessen Präsidenten hat Trump offenbar als Partner akzeptiert und dafür zentrale Versprechen aus seinem Wahlkampf entsorgt: dass er China als

Währungsmanipulator einstufen werde, dass er Strafzölle verhängen werde und, und, und. Doch zeigt sich hier nicht eine tiefere Einsicht Trumps in globale Spielregeln, sondern bloß seine Unberechenbarkeit. Er selbst hat nur geringe Sachkenntnisse und keine politische

Erfahrung. Sein analytisches Vermögen ist beschränkt. Trump lebt in einer Welt der Kurzbotschaften. Gedankengänge, die sich nicht in 140 Zeichen vermitteln lassen, scheinen ihm Unbehagen zu bereiten. Es kommt deshalb immer darauf an, wer Zusammenhänge so stark vereinfachen kann, dass sie die Aufmerksamkeit des Präsidenten erregen. Mal sind es die Hardcore-Nationalisten um seinen Chefstrategen Bannon, mal die Realisten

um seinen Sicherheitsberater McMaster.

Wenn Trump über den deutschen Handelsüberschuss schimpft, ist das der Bannon-Sound seiner Wahlkampagne. Der Präsident blendet dann einfach aus, dass seine Wirtschaft von deutschen Maschinen ebenso abhängt wie von deutschen Direktinvestitionen. Erklärt hatte ihm die Bundeskanzlerin das schon mal. Sie brachte ihm auch nahe, wie deutsche

Unternehmen für eine bessere Berufsausbildung in seinem Land sorgen können. Vergangene Woche war sein Arbeitsminister Acosta in Deutschland, er schwärmte vor der deutsch-amerikanischen Handelskammer davon, dass BMW der größte Auto-Exporteur Amerikas ist.

Aber Acosta ist eben ziemlich weit weg von Trumps Ohr.

Angela Merkel ist immer dann näher dran, wenn sie einander begegnen. Offenbar hielt sie Trump wenigstens davon ab, schon beim G-7-Treffen den Klimawandel für obsolet zu erklären. Er will ja auch noch die Umwelt-Enzyklika des Papstes lesen. Vielleicht ringt er sich bis zum G-20-Gipfel in Hamburg dazu durch, das Pariser Klimaschutzabkommen doch halbwegs anzuerkennen. Allzu viele Hoffnungen sollte man aber nicht darauf setzen. Was Merkel von Trumps Nato-Auftritt hielt, konnte man jedenfalls ihren Gesichtszügen ablesen: nichts.

Den Europäern sollte nach dieser Woche klar sein, dass sie ihre Werte und Interessen unabhängig von Amerika vertreten müssen. Beim Handel ist die Europäische Union schon eine Weltmacht, die sich von niemandem die Regeln diktieren lassen muss. Sie kann sogar von Trumps protektionistischem Kurs profitieren. Schließlich verhandelt Brüssel gerade mit zwanzig Staaten parallel über Freihandelsabkommen, darunter Japan, Australien und Mexiko. Im Klimaschutz ist die Lage schwieriger. Doch haben die großen Schwellenländer eingesehen, dass sie aus purem Eigeninteresse Maßnahmen ergreifen müssen. Auch da sind Allianzen ohne Amerika möglich. Und bei der Verteidigung liegt vor Europa ein weiter Weg. Aber immerhin: Dieser Weg ist eine Chance, den Kontinent zusammenzuschweißen.“

Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 28. Mai 2017.

Artikel: „TRUMP, DER FREMDE“. Autor: Thomas Gutschker.

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt.

Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.



F.A.Z.-Foto/Wolfgang Eilmès

Über den Autor

Eckhard Fahlbusch, Umwelt- und Energieberater sowie Buchautor

Geboren am 7. Januar 1957 in Bad Gandersheim. Der Maschinenbauingenieur berät seit über 30 Jahren Wirtschaft und Politik im Umweltschutz. Im Jahr 2003 gründete er das Beratungsunternehmen EFA Batt Consulting und fördert eine ganzheitlich vernetzte und gemeinwohlorientierte Energiewende mit den vier Säulen erneuerbare Energien, Energiespeicherung, Elektromobilität und Energieeffizienz.

Der Autor lebt und arbeitet zusammen mit seiner Frau im Einklang zwischen Natur und Technik in idyllischer Atmosphäre auf einem ehemaligen Winzerhof. Hier wird die Energiewende in restaurierten Gebäuden seit 2012 vorgelebt.

Näheres unter www.efa-batt.de.



Erklärung des Autors: Die Erlöse aus dem Verkauf dieser Streitschrift werden in voller Höhe und im Wechsel bestehenden Stiftungen und Organisationen zugeführt, die ausschließlich wohltätigen Zwecken dienen.

Anmerkungen des Autors

Mit der vorliegenden Streitschrift eröffnen wir unsere *Homo progressivus*-Bücherreihe. Diese basiert auf unserer Fibel „*Homo progressivus* - Der energische Aufstand *Oder*: Wie sich Planet Erde vom ärgsten Virus befreit“.

Auf den vorstehenden Seiten befinden sich 13 Gastbeiträge, die im Kern zum gleichen Ergebnis kommen, nämlich dass wir uns mit Autokraten und extremistischen Populisten am Ruder auf dem falschen Dampfer befinden. In unserem oben genannten Hauptwerk konnten wir bisher 225 Menschen und Organisationen gewinnen, die uns auf dem richtigen Weg begleiten. Und es werden immer mehr ...

Komprimieren wir einmal das Alter unserer Erde von 4,6 Milliarden Jahren auf ein Kalenderjahr. Dann hat *Homo sapiens* erst am Silvestertag nach 23 Uhr das Licht der Welt erblickt. Unsere Welt ist wunderschön und gleichzeitig zum Haare-Raufen, weil *Homo sapiens* seit einer halben Stunde im Nebel der Evolution feststeckt und Gefahr läuft, in einer evolutionären Sackgasse zu verschwinden.

Lebenswichtige Organe von *Homo sapiens* sind dabei, ihre Funktion einzustellen. Die Gattung Mensch liegt auf der Intensivstation, zusammen mit vielen anderen Arten, die im Sog dieses Systems mitgerissen werden. Die Überlebenschancen sind gering - wenn wir uns nicht endlich **gemeinsam** aufbäumen und kämpfen.



Mir hat mal jemand gesagt, du kannst sein, was du willst. Danach habe ich beschlossen, ein *Homo progressivus* zu werden.

Werke vom selben Autor

Eckhard Fahlbusch und Silke Koglin: *Homo Progressivus - Der energische Aufstand*
Oder: Wie sich Planet Erde vom ärgsten Virus befreit, Horrweiler September 2016

Eckhard Fahlbusch und Silke Koglin: *Homo progressivus - Der energische Aufstand*
Oder: Wie sich Planet Erde vom ärgsten Virus befreit, aktualisierte Ausgabe als E-Book,
Horrweiler Dezember 2016

Eckhard Fahlbusch und Silke Koglin: *Homo progressivus – The Energetic Rebellion*
or: Saving Earth from Its Most Vexing Virus, Horrweiler 2017

Eckhard Fahlbusch: *Homo progressivus – Une résistance acharnée*
Ou: comment se libérer d'une part du système arbitraire et de l'aberration politique
qu'incarne Donald Trump et d'autre part des autocrates et populistes de droite

Eckhard Fahlbusch (Hg): Ein Buch zur ganzheitlich vernetzten Energiewende:
Batterien als Energiespeicher: Beispiele, Strategien, Lösungen, Berlin 2015